

BUNDESSTIFTUNG  
AUFARBEITUNG



# READER

---

**XI. STIPENDIATENKOLLOQUIUM DER BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG**

**15./16. APRIL 2011, BERLIN**



## Inhalt

|                                     |    |
|-------------------------------------|----|
| Programm des Kolloquiums 2011 ..... | 4  |
| Maya <b>BÖHM</b> .....              | 6  |
| Peter <b>RÖMER</b> .....            | 11 |
| Agneta Maria <b>JILEK</b> .....     | 14 |
| Lisa <b>SCHOß</b> .....             | 17 |
| Ulrich <b>EISELE</b> .....          | 22 |
| Dr. Tom <b>THIEME</b> .....         | 28 |
| Steffi <b>TÖPFER</b> .....          | 34 |
| Ines <b>LANGELÜDDECKE</b> .....     | 40 |
| Sabine <b>PANNEN</b> .....          | 45 |
| Markus <b>BÖICK</b> .....           | 51 |
| Henning <b>SCHULZE</b> .....        | 53 |
| Sebastian <b>LINDNER</b> .....      | 56 |
| Franziska <b>KUSCHEL</b> .....      | 60 |
| Angelika <b>ZAHN</b> .....          | 66 |

## XI. StipendiatInnenkolloquium der Bundesstiftung Aufarbeitung

**BEGINN:** Donnerstag, 14. April 2011, 18 Uhr  
**ENDE:** Samstag, 16. April 2011, 16 Uhr  
**ORT:** Geschäftsstelle der Stiftung, Kronenstraße 5, 10117 Berlin,  
Besprechungsraum in der zweiten Etage

### DONNERSTAG, 14. APRIL 2011

|               |  |
|---------------|--|
| 18:00 – 21:00 | Vorabendliche Zusammenkunft mit Vertretern der Stiftung im Restaurant Maximilians in der Friedrichstraße 185-190, 10117 Berlin – Mitte, Eingang über Kronenstraße, <a href="http://www.maximiliansrestaurant.de">www.maximiliansrestaurant.de</a> (fakultativ) |
|---------------|--|

### FREITAG, 15. APRIL 2011

|               |   |
|---------------|---|
| 9:00 - 9:15   | Begrüßung   |
| 9:15 - 10:15  | Maya <b>Böhm</b> : Auswirkungen politischer Inhaftierung in der ehemaligen DDR auf die Familien der Inhaftierten  |
| 10:15 – 10:45 | Kaffeepause   |
| 10:45 – 11:45 | Peter <b>Römer</b> und die Geschichtspolitik in Deutschland und Polen sowie Agneta Maria <b>Jilek</b> und die Fotografie der DDR  |
| 11:45 – 12:45 | Lisa <b>Schoß</b> : Deutsche Juden im Film der DDR. Untersuchung eines widersprüchlichen Zusammenhangs  |
| 12:45 – 14:00 | Mittagspause  |
| 14:00 – 15:00 | Ulrich <b>Eisele</b> : Die DDR in den Vereinten Nationen 1973 – 1990  |
| 15:00 – 16:00 | Dr. Tom <b>Thieme</b> : Politische Eliten und die Systemwechsel in Ostmitteleuropa  |
| 16:00 – 16:30 | Kaffeepause   |
| 16:30 – 17:30 | Steffi <b>Töpfer</b> : Die sowjetischen Ehrenmale in Berlin und Wien. Zum geschichtspolitischen Umgang in Deutschland und Österreich mit einem schwierigen Erbe (1945-2010) |
| 17:30 – 18:30 | Ines <b>Langelüddecke</b> : Rückkehrende Gutsbesitzer und Dorfbevölkerung in Brandenburg - Getrennte Geschichte nach 1945? Gemeinsame Geschichte seit 1989/90?              |
| 18:30 – 19:45 | Abendessen  |
| ab 20:00      | Abendprogramm   |

**SAMSTAG, 16. APRIL 2011**

|               |  |
|---------------|--|
| 9:30 – 10:30  | Sabine <b>Pannen</b> : "Wo ein Genosse ist, da ist die Partei!"? Stabilität und Erosion an der SED-Parteibasis 1979-1989                                   |
| 10:30 – 11:30 | Markus <b>Böick</b> und die Treuhandanstalt zwischen 1990 und 1994 sowie Henning <b>Schulze</b> und die "sozialistische Chemiarbeiterstadt" Halle-Neustadt |
| 11:30 – 12:30 | Mittagspause   |
| 12:30 – 13:30 | Sebastian <b>Lindner</b> : Die Strafvollzugsanstalt Hoheneck. Das zentrale Frauengefängnis der DDR 1950-1989/1990  |
| 13:30 – 14:30 | Franziska <b>Kuschel</b> : Schwarzhörer, Schwarzseher und heimliche Leser. Die DDR und die Westmedien  |
| 14:30 – 15:30 | Angelika <b>Zahn</b> : Öffentlichkeit in der Diktatur: Möglichkeiten und Grenzen politischer Aushandlung in der DDR  |
| 15:30         | Schlussbesprechung   |

Telefonische Erreichbarkeit während des Kolloquiums

Besprechungsraum 2. Etage: **030 – 31 98 95 444**

Stiftungshandy: **0151 - 12 13 86 18**

# **Auswirkungen politischer Inhaftierung in der ehemaligen DDR auf die Familien der Inhaftierten**

von Maya Böhm

## **1 Einleitung**

In der DDR wurden circa 200 000 Personen aus politischen Gründen inhaftiert. Sie wurden häufig unerwartet und unvorhersehbar festgenommen, über lange Zeiträume ohne Kontaktmöglichkeit zu ihren Angehörigen in Untersuchungshaftanstalten festgehalten, zu Geständnissen erpresst und gefoltert. Nach einer Gerichtsverhandlung, zu der in der Regel die Öffentlichkeit ausgeschlossen war, wurden sie in einer Strafvollzugsanstalt untergebracht. Die Lebensumstände in Haft waren äußerst belastend. Auch hier war ein Kontakthalten mit den Angehörigen nur eingeschränkt möglich.

Aus der politischen Haft entlassen, drohten in der ehemaligen DDR weitere Repressionen und gesellschaftliche Isolation. Eine Ausreise nach Westdeutschland bedeutete, Angehörige und Freunde in der DDR zurückzulassen, dort alles aufzugeben und einen Neubeginn in einer Gesellschaft zu wagen, die vom Leben in der DDR, geschweige denn ihren Gefängnissen, oft nichts wusste und oft nichts wissen wollte. Viele ehemalige Inhaftierte waren zudem durch ihre Erlebnisse politischer Repression traumatisiert. Sie litten zum Großteil mindestens einmal in ihrem Leben unter auf die Haftzeit zurückgehenden Symptomen psychischer Erkrankungen. Vielfach sind sie gesundheitlich und sozial bis heute belastet.

Wie aber erging und ergeht es den Familien der politisch Inhaftierten? Wie haben sie die Zeit der Verhaftung, die Zeit der Inhaftierung, die Zeit der Entlassung und des Lebens danach erlebt? Waren sie selbst politischen Repressionen ausgesetzt? Was bedeutete die politische Haft eines oder mehrerer Angehöriger für sie?

Wie fanden die ehemaligen Inhaftierten nach der Haft in ihre Familien zurück? Welche ihrer Erlebnisse teilten sie, welche behielten sie für sich? Wie reagierten ihre Partner/-innen und Kinder auf ihre Erzählungen? Hatten sie selbst die Haftzeit als belastende, traumatisierende Zeit erlebt, die psychische Folgen hinterließ? Erlebten sie das Zusammenleben mit einem Familienmitglied, das traumatisiert worden war, als belastend? Bestehen Unterschiede im Umgang mit der Haft zwischen Familien, in denen beide Eltern inhaftiert waren und Familien, in denen ein Elternteil in politischer Haft war? Welche Reaktionen zeigten Partner/-innen und Kinder, die die Haftzeit nicht selbst miterlebt hatten? Bewerten Angehörige die Haftzeit als eine für ihr eigenes Leben wichtige Zeit?

Das hier vorgestellte Forschungsvorhaben versucht diese und weitere Fragen zu beantworten.

## **2 Empirische Befunde zu Angehörigen politisch Inhaftierter**

Die negativen gesundheitlichen Folgen für die von politischer Inhaftierung in der ehemaligen DDR Betroffenen sind durch eine Reihe von Studien belegt. Welche Auswirkungen die Inhaftierung für die Partner/-innen und Kinder der Betroffenen hatte, war bisher hingegen nur am Rande Thema empirischer Arbeiten. Nachfolgend werden exemplarisch einige Befunde aktueller Forschungsarbeiten dargestellt.

Kornelia Beer und Gregor Weißflog fanden in ihrer Studie heraus, dass 70% der von ihnen befragten ehemaligen politischen Inhaftierten ihren Partnern/-innen von der Haftzeit erzählt hatten. 60% gaben an, ihren Kindern von der Haftzeit erzählt zu haben.

Sibylle Plogstedt bezog in ihre Befragung ehemaliger politischer Häftlinge explizit auch Fragen nach der Lebenssituation der Angehörigen ein. Hier wurde deutlich, dass die Angehörigen in Ausübung ihres Berufes und Absolvierung ihrer Ausbildung nicht selten behindert wurden, dass sie Aussagen zum inhaftierten Familienmitglied machen mussten und dass ihre Kontaktmöglichkeiten während der Haftzeit durch Kontaktsperre und Zensur deutlich eingeschränkt wurden. Frau Plogstedt machte außerdem darauf aufmerksam, dass Leid und Wohlergehen der nicht-inhaftierten Angehörigen häufig nur wenig Beachtung gefunden habe.

An der Universität Leipzig wurde von Gregor Weißflog und Grit Klinitzke eine Studie zu Auswirkungen politischer Inhaftierung auf die zweite Generation durchgeführt. Hier ergab sich, dass Kinder von in der ehemaligen DDR inhaftierten Personen, unabhängig davon, ob sie zur Zeit der Haft bereits geboren waren oder nicht, erhöhte psychopathologische Belastung in den Bereichen Depressivität, Ängstlichkeit, somatoforme Beschwerden und posttraumatische Belastungsstörung berichteten. Diese Ergebnisse stehen in Einklang mit Ergebnissen anderer Studien zu transgenerationaler Übertragung von Traumatisierungen.

Aus Erlebnisberichten von Betroffenen und aus Studien, die den Verlauf der Inhaftierung und dessen Folgen beschreiben, lassen sich außerdem mögliche Auswirkungen auf die Angehörigen ableiten. Hier sind wichtige Aspekte zum Beispiel die Erpressung der inhaftierten Familienmitglieder durch vorenthaltene oder falsche Informationen über ihre Angehörigen und Androhung oder Durchführung der Adoptionsfreigabe von Kindern inhaftierter Eltern. Daraus ergibt sich die Frage nach Veränderungen der Partner- sowie der Eltern-Kind-Beziehung durch die Erlebnisse während und nach der Haftzeit. Auch muss geprüft werden, inwieweit Angehörige durch die Haft und damit in Verbindung stehende Ereignisse selbst traumatisiert wurden.

Weiterhin lassen sich aus Befunden zu Traumafolgestörungen der ehemaligen Inhaftierten, zum Beispiel im Bereich der gesundheitlichen Belastetheit, des Ärgererlebens und – ausdrucks und des Kommunikationsverhaltens, Annahmen bzw. Forschungsfragen zur innerfamiliären Interaktion ableiten.

Die übergeordnete Fragestellung des hier vorgestellten Projektes lautet: Welche Auswirkungen hatte eine politische Inhaftierung in der ehemaligen DDR auf die Familien der Inhaftierten?

Diese Fragestellung lässt sich auf Basis des oben kurz skizzierten theoretischen Rahmens in verschiedene Teilfragestellungen unterteilen (s. auch Abschnitt 3).

### **3 Methodische Umsetzung**

Zur empirischen Umsetzung der Fragestellung wurde eine Kombination aus quantitativem und qualitativem Verfahren gewählt. Die Erhebung quantitativer Daten war der Erhebung qualitativer Daten vorangestellt. Die Auswertung der Daten erfolgt parallel.

#### **3.1 Quantitativer Teil**

Im quantitativen, hypothesenprüfenden Teil der Arbeit kommt ein Fragebogeninstrument zum Einsatz, das in drei Versionen (Betroffene, Partner/-innen, Kinder) vorliegt. Der Fragebogen wurde aus selbst erarbeiteten Fragekomplexen zu Parametern der politischen Haft und zur Kommunikation über die Haftzeit<sup>1</sup> sowie standardisierten Fragebögen zusammengestellt und deckt die folgenden Bereiche ab:

- Politische Haft
- Ausreise
- Erleben nicht-strafrechtlicher Repressionsmaßnahmen
- Kommunikation über die Haftzeit
- Psychische Belastung durch die politische Inhaftierung
- Familienbeziehungen
- Psychisches Wohlbefinden

Teilnehmer/-innen für diesen Teil der Studie wurden über verschiedene Quellen gewonnen. In den Zeitschriften „Stacheldraht“ (UOKG) und „Freiheitsglocke“ (VOS) wurde jeweils ein Studienaufruf veröffentlicht. Nach Gesprächen mit den Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR erklärten diese sich zu verschiedenen Formen der Unterstützung bereit. Auch halfen zum Beispiel der Frauenkreis der ehemaligen Hoheneckerinnen, die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge Bonn und weitere Stellen, Kontakt zu betroffenen Familien herzustellen.

---

<sup>1</sup> Die im Fragebogen verwendeten Fragen und Antwortalternativen basieren auf den Ergebnissen der diesem Forschungsprojekt vorangegangenen Diplomarbeit und der theoretisch-empirischen Basis des Forschungsprojektes.

len. Die Autorin suchte über verschiedene Veranstaltungen wie zum Beispiel das Bautzen-Forum auch persönlich Kontakt mit ehemals politisch Verfolgten und fragte im persönlichen Umfeld nach bekannten und verwandten betroffenen Familien. Auf diese Weise wurde versucht, eine möglichst heterogene Gruppe von Teilnehmenden zu gewinnen.

Die von politischer Haft in der DDR Betroffenen, ihre Partner/-innen und Kinder nahmen dann in der Regel selbst per Telefon oder E-Mail Kontakt auf. Zu diesem Zeitpunkt wurden Ziel und Ablauf der Studie noch einmal erläutert und eventuelle Fragen besprochen. Erklärte sich der bzw. die Betroffene zu einer Teilnahme oder einer Ansicht der Fragebögen bereit, wurden diese per Post zugeschickt. Eine große Anzahl von Fragebögen wurde freundlicherweise zudem von den Büros der Thüringer Landesbeauftragten und des Sachsen-Anhaltinischen Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR ohne vorherigen Kontakt der Angeschriebenen zur Autorin versendet. Auch konnten Familien über die Hilfe von Teilnehmenden gewonnen werden. Im letzten Jahr wurden so insgesamt über 200 Fragebögen verschickt.

Die Auswertung der Fragebögen erfolgt mit einem Statistikprogramm. So können Aussagen zu den folgenden Bereichen gemacht werden:

1. „Äußere Auswirkungen“

Bsp.: In welchem Ausmaß waren die Befragten zu verschiedenen Zeiträumen nicht-strafrechtlichen Repressionsmaßnahmen ausgesetzt?

Wurden die befragten Partner/-innen und Kinder Zeuge der Verhaftung und damit assoziierter Ereignisse?

2. „Innere Auswirkungen“

Bsp.: Zeigen sich die hier Befragten im Vergleich zu in repräsentativen Umfragen Befragten gesundheitlich belastet?

Wie wurde in den Familien über die Haftzeit kommuniziert?

Bestehen Zusammenhänge zwischen verschiedenen erfassten Bereichen (z.B. Parameter der Haft, nicht-strafrechtliche Repressionen, Kommunikation, Familienbeziehungen) und der gesundheitlichen Belastung der einzelnen Familienmitglieder?

### **3.2 Qualitativer Teil**

Für den qualitativen, rekonstruktiven Teil der Arbeit werden biographisch-narrative Einzel-Interviews mit den Familienmitgliedern aus je zwei Generationen in circa fünf Familien geführt. Dieser Teil der Arbeit hat das Ziel, Verläufe sichtbar zu machen und die subjektiven Sichtweisen der betroffenen Familien in die Arbeit zu integrieren. Gerade weil es bisher nur wenige Forschungserkenntnisse zu Auswirkungen politischer Inhaftierung in der ehemaligen DDR auf Familien gibt, ist der Einsatz eines qualitativen Erhebungsverfahrens angezeigt. Dadurch können erste Erkenntnisse gewonnen werden und die Arbeit bleibt gleichzeitig offen für die Erschließung neuer Perspektiven. Der Fokus auf die Erlebens- und Verarbeitungsperspektive der betroffenen Familien und die Anwendung eines rekonstruktiven Auswertungsverfahrens ermöglichen einen wissenschaftlich gesicherten Einbezug ihrer Deutungen und Entwicklungen. In der Kontrastierung von Familien ergibt sich so ein Feld möglicher Verläufe und Bewältigungsmuster nach politischer Haft in der ehemaligen DDR.

Familien für diesen Teil der Arbeit werden aus der Menge der Familien gewonnen, die an der Fragebogenbefragung teilgenommen haben. Die Kontaktaufnahme geschieht über die Autorin. Eine Auswertung der Interviews erfolgt mit dem Verfahren der Narrationsanalyse.

Während die Fragebögen also eher eine „Momentaufnahme“ und die Prüfung von Hypothesen zulassen, ermöglichen die Interviews einen Blick auf die lebensgeschichtliche Einbettung der Haftzeit und die Folge von Ereignissen und Bewältigungsstrategien in den Leben der betroffenen Familien. In der Integration beider Teile ergibt sich im Idealfall ein Modell, das äußere Bedingungen und auslösende Faktoren, Bewältigungsverläufe und –ergebnisse in den Familien von Personen, die in der ehemaligen DDR aus politischen Gründen inhaftiert waren, beschreibt.



#### **4 Stand der Arbeit und Ausblick**

Zum jetzigen Zeitpunkt werden sowohl die Fragebögen als auch erste Interviews ausgewertet. Es liegen derzeit Fragebögen von 162 Personen aus insgesamt 79 Familien vor. In zwei Familien wurden bisher Interviews geführt.

Erste Ergebnisse aus dem Forschungsprozess lassen bereits jetzt vermuten, dass nicht alle betroffenen Familien in gleichem Maße zu einer Studienteilnahme bereit waren. Personen, deren Familien in Folge der politischen Haft zerbrachen, waren zum Beispiel in erheblich geringerem Maße zu einer Teilnahme an der Befragung bereit. So ist damit zu rechnen, dass intakte Familien, die die Erlebnisse der politischen Haft gut verarbeiten konnten, in dieser Studie stark vertreten sind. Dies muss bei der Interpretation der Ergebnisse bedacht werden. Knapp die Hälfte der bisher befragten Familien bestand zur Zeit der Inhaftierung, die andere Hälfte wurde nach der Haftentlassung gegründet. 68% der befragten ehemaligen Inhaftierten gaben an, vor der Wiedervereinigung nach Westdeutschland ausgereist zu sein. Sie reisten zum Teil mit ihren Familien aus, gründeten zum Teil jedoch auch erst in Westdeutschland Familien oder ließen ihre Familie in der DDR zurück. Deutlich wird die immense Komplexität der auf die politische Inhaftierung folgenden Ereignisse wie z.B. Zeitpunkt und Verlauf der Ausreise oder Art und Dauer der erlebten nicht-strafrechtlichen Repressionsmaßnahmen. In einer genauen Analyse der Daten wird versucht werden, mögliche Zusammenhänge zwischen den einzelnen Faktoren aufzudecken.

Die Ergebnisse der bereits durchgeführten und in Auswertung befindlichen Interviews legen auf der lebensgeschichtlichen Ebene ein verstörendes Ausmaß an Traumatisierung nahe, das sich über die unmittelbar Betroffenen hinaus auf ihre Familien erstreckt und bis heute fortwirkt.

#### **Kurzbiographie**

Maya Böhm, 1982 in Köln geboren, studierte Psychologie in Halle/Saale, Leipzig und Stellenbosch (Südafrika). 2007-2008 studentische Hilfskraft im Projekt „Gesundheitliche und soziale Folgen politischer Inhaftierung in der SBZ/DDR“ am selbständigen Institut für Sozialmedizin der Universität Leipzig. In ihrer Diplomarbeit beschäftigte sie sich mit den Auswirkungen politischer Inhaftierung in der ehemaligen DDR auf die Kinder der Inhaftierten.

## **Gliederung**

1. Einleitung
2. Dimensionen politischer Inhaftierung in der ehemaligen DDR
3. Folgen politischer Inhaftierung in der ehemaligen DDR
  - 3.1. „Äußere“ Folgen
  - 3.2. „Innere“ Folgen
4. Familie und politische Haft in der ehemaligen DDR
  - 4.1. Definition und Modelle
  - 4.2. Familien als Ziel staatlicher Repressionen
  - 4.3. Familie und Trauma
  - 4.4. Bewältigung in Familien
5. Fragestellung der vorliegenden Arbeit
  - 5.1. Quantitativer Teil
  - 5.2. Qualitativer Teil
6. Gewählte Methoden
  - 6.1. Quantitativer Teil der Untersuchung
  - 6.2. Qualitativer Teil der Untersuchung
  - 6.3. Integration der Zugänge
7. Durchführung
  - 7.1. Quantitativer Teil
  - 7.2. Qualitativer Teil
8. Ergebnisse
  - 8.1. Quantitativer Teil
  - 8.2. Qualitativer Teil
  - 8.3. Integration der Ergebnisse: Ein Modell zum familiären Umgang mit politischer Inhaftierung in der ehemaligen DDR
9. Diskussion

## **Nach dem Staatssozialismus. Die Geschichtspolitik der Deutungseliten in Deutschland und Polen, 1989-2009. Ein beziehungsgeschichtlicher Diktaturaufarbeitungsvergleich**

von Peter Römer

Eine schwierige Aufgabe lag nach der Zäsur von 1989/90 vor Deutschland und Polen: Beide Staaten mussten Wege finden, um mit den Hinterlassenschaften des staatssozialistischen Vorgängerregimes umzugehen. Die politischen Akteure beider Länder wählten zunächst unterschiedliche Lösungsansätze. Ausgehend von der Bürgerrechtsbewegung ist früh mit der Aufarbeitung der DDR begonnen worden. Die volksrepublikanische Vergangenheit wurde in den ersten Jahren der Dritten Republik Polens hingegen ruhen gelassen. Beide Staaten gliederten sich jedoch in ihrer Vorgehensweise, beeinflusst von Wechselwirkungen, immer mehr an. Wichtige polnische Politiker betonten den Vorbildcharakter deutscher Aufarbeitungsmethoden und begründeten damit eigene Schritte. So orientierte sich die Mitte-Rechts-Regierung 1998 bei der Implementierung des „Instituts für nationales Gedenken“ an den Aufgaben der „Bundesbehörde für die Stasi-Unterlagen“.

Dies ist ein Beispiel dafür, dass wichtige Dynamiken der Aufarbeitung nicht ohne das Wirken des Nachbarn erklärt werden können. Ich betrachte die Aufarbeitungsprozesse in Deutschland und Polen zwischen 1989 und 2009 daher beziehungsgeschichtlich, also in Abhängigkeit zueinander. Ich konzentriere mich auf die Debatten der bestimmenden Akteure, die Deutungseliten der Vergangenheit. Die Aushandlungen entscheidender Wegmarken der Aufarbeitung beider Länder werden verglichen, aber auch als gemeinsamer Prozess verstanden, indem auf Verweise und Verflechtungen geachtet wird.

Die Darstellung erfolgt vornehmlich anhand der Aufarbeitungen des Staatssozialismus. Die parallel fortlaufende NS-Aufarbeitung wird jedoch mit reflektiert. Sie bot den Deutungseliten Orientierung für die DDR-Aufarbeitung, die zudem oft nicht von Fragen der NS-Aufarbeitung zu trennen ist. Die deutsch-polnische Erinnerung ist ferner von deutschen Verbrechen an Polen während des Zweiten Weltkriegs geprägt. Die Aufarbeitung dieser Taten bildete so auch für polnische Deutungseliten einen Bezugspunkt. Daher werden Debatten mit einbezogen, die in der NS-Aufarbeitung wurzeln.

Die ausgewählten Diskurse werden in den Kontext der erinnerungskulturellen Entwicklung gestellt. Die Erinnerungskultur einer Gesellschaft bietet Politikern Orientierung und Grenzen für den Umgang mit Vergangenheit. Sie zu beeinflussen ist ein Ziel von Geschichtspolitik. Daher wird analysiert, was über die Vergangenheit vor und nach den jeweiligen Aufarbeitungsdebatten als sagbar galt. Auf diese Weise kann dargestellt werden, wie die Deutungseliten die erinnerungskulturelle Konstellation in den Aufarbeitungsprozessen verarbeiteten und möglicherweise neu beeinflussten.

Ein Beispiel für die Neubeeinflussung nationaler Erinnerungskultur sind die Enquetekommissionen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Sie waren von einem antitotalitären Konsens geprägt, auf dessen Grundlage Vergleiche von 3. Reich und DDR wieder akzeptiert worden sind. Während diese Beeinflussung der Sagbarkeitsregeln über die Vergangenheit vornehmlich nationale Bedeutung hatte, besaßen andere Aufarbeitungsvorgänge stärkere Außenwirkung. So versuchte die Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) in Regierungsverantwortung den zunehmend selbstkritischen polnischen Geschichtsdiskurs zu beeinflussen. Sie wandte sich sowohl gegen Bestrebungen liberaler Deutungseliten, eigene Täterschaft stärker zu erörtern, wie auch gegen deutsche Pläne eines „Zentrums gegen Vertreibungen“. Ihrer Vergangenheitsinterpretation zufolge fielen die Vertreibungen nach 1945 aus der polnischen Verantwortung hinaus, da hierbei Kommunisten initiativ wirkten. Die Partei verband so die nationale Aufarbeitung des Staatssozialismus mit der binationalen Debatte um Vertreibungen.

Als eines von vielen Beispielen zeigt sich an der Politik der PiS, dass die Verarbeitung eigener Diktaturerfahrungen über einen nationalen Rahmen hinaus wirkt. Die Wechselwirkung zwischen Aufarbeitung und Erinnerungskultur lässt sich also nur in einem transnationalen Rahmen in vollem Umfang erfassen. Dieses Vorgehen ermöglicht es, eine Zwischenbilanz der geschichtspolitischen und erinnerungskulturellen Konstellation in und zwischen beiden Ländern nach zwanzig Jahren der Aufarbeitung des Staatssozialismus zu ziehen.

## **Kurzbiographie**

Peter Römer, 1984 in Hamburg geboren, studierte Politikwissenschaft, Neuere und Neueste Geschichte und Öffentliches Recht in Münster und Warschau. Hier entstand auch sein nachhaltiges Interesse an Polen, das er durch einschlägige Praktika verstärkte. Seine Masterarbeit beschäftigte sich mit der Geschichtspolitik von „Recht und Gerechtigkeit“. Seit Frühjahr 2010 arbeitet er unter Betreuung von Prof. Dr. Thomas Großbölting an seiner Dissertation.

## **Vorläufige Gliederung**

### **I. Einleitung**

### **II. Theoretischer Rahmen**

1. Begriffsannäherung: Aufarbeitung, Geschichtspolitik und Erinnerungskultur
2. Vor- und Nachteile existierender Konzepte zu Geschichtspolitik und Aufarbeitung
3. Forschungslücken
  - a. Verhältnis von Erinnerungskultur und Geschichtspolitik
  - b. Transnationale Erinnerungskultur
4. Vorgehensweise für den beziehungsgeschichtlichen Diktaturaufarbeitungsvergleich
  - a. Gegenüberstellung der Aufarbeitungsdiskurse von Deutungseliten in Deutschland und Polen
  - b. Normative Kontexte der Diskurse
    - aa. Erinnerungskulturelle Entwicklungen (national, bi- und transnational)
    - bb. Brüche, Kontinuitäten und Einschränkungen durch die Übergänge zur Demokratie
  - c. Formen der Diskurse
  - d. Inhalte: Hauptaussagen und gegenseitiger Einfluss der Diskurse
  - e. Funktion der Thematisierungen der Aufarbeitung
  - f. Spezifika und Konvergenzen
  - g. Handlungserfolge
    - aa. Bezug zu den eigenen Zielsetzungen der Akteure
    - bb. Abgleich mit den erinnerungskulturellen Kontexten und in der Forschung konstatierten Änderungen

### **III. Hauptteil: Beziehungsgeschichtlicher Diktaturaufarbeitungsvergleich**

#### *1. Unterschiedlicher Beginn*

- a. Integration: Mindermeinung in den Vereinigungsverhandlungen 1990/  
Der „Dicke Strich“ als Verhinderung von Aufarbeitung
- b. Ausschluss der alten Nomenklatura: Diskussion um die Abgeordnetenüberprüfung im deutschen Bundestag 1991/  
Gescheiterte Lustrationsbeschlüsse des Ministerpräsidenten Olszewski 1992
- c. Politische Prozesse: Der „Politbüro“-Prozess 1992 und die eingestellten Verfahren gegen die Führung der PZPR, 1992-1996

## *2. Frühe Gemeinsamkeiten*

- a. Wiedergutmachung und Restitution: SED-Unrechtsbereinigungsgesetz 1992/ Amnestien 1989, die Illegalisierung des Kriegszustandes 1992 und die Restitutionsregelung für jüdisches Eigentum 1997 Peter Römer: Beziehungsgeschichtlicher Aufarbeitungsvergleich: Deutschland und Polen, 1989-2007 12
- b. Enthüllung und Instrumentalisierung: Der Untersuchungsausschuss gegen Manfred Stolpe '92/'93 und der erzwungene Rücktritt Józef Oleksys 1996
- c. Ausbleiben von Entschuldigung: Krenz zum Schießbefehl und Jaruzelski zum Kriegsrecht
- d. Exkurs I: Die Ausdifferenzierung der ehemaligen Opposition im Aufarbeitungsprozess bis 1993: Bündnis '90 und Solidarność
- e. Exkurs II: Ansätze einer deutsch-polnischen Zusammenarbeit in der Aufarbeitung. Die Anhörung Manfred Wilkes vor der Sejm-Kommission 1995

## *3. Nachholende Angleichungsprozesse*

- a. Aktenöffnung: Initialisierung der BStU 1990 und des IPN 1998
- b. „Reinigung“ durch Lustration: Stasi-Unterlagen-Gesetz 1991/Lustrationsgesetze 1997/1998 und die Verschärfung 2006/2007
- c. Anerkennung von Verantwortung und Schuld: Schabowski 1997/Jaruzelski 2005
- d. Rückprojektion von Tageskonflikte auf die Vergangenheit: „Systemantikommunismus“ in den Wahlkampfkampagnen „Rote Socken“ (CDU) 1994/98 und „4. Republik“ 2005 (PiS)
- e. Verständigung der Parlamente: Die Bundestagsdebatte zu der Enquete-Kommission 1994 und die Diskussion um die von der PiS initiierte Abrechnung mit der kommunistischer Diktatur im polnischen Sejm 2006

## *4. Aufeinander zulaufende Entwicklungen*

- a. Didaktischer Deutungsstreit um das Verhältnis von Nationalsozialismus zu Kommunismus: Diskussion um den Entschließungsentwurf zur „Förderung von Gedenkstätten zur Diktaturgeschichte in Deutschland“ der CDU/CSU 2004/ Debatte um das Museum des Warschauer Aufstandes 2004
- b. Datenschutz oder Informationsfreiheit? Der „Fall Kohl“ 2000-2004 und die „Wildstein-Liste“ 2005

## **IV. Rückschlüsse für die Theoriebildung zum Umgang mit diktatorischer Vergangenheit**

### **V. Fazit**

### **VI. Literaturverzeichnis**

## **Der Arbeiterstaat im Bild: Die Repräsentation von Arbeit in der künstlerischen DDR-Fotografie der 1970er und 80er Jahre**

von Agneta Maria Jilek

In der DDR wurde eine Bildpolitik etabliert, in deren Zentrum der Arbeiter als Personifikation des staatlichen Aufbaus stand. Dieses Bildprogramm unterlag analog zum Wechsel von der Ulbricht- zur Honeckerära einem Wandel: Nach dem Machtantritt Erich Honeckers entwickelte sich der Kanon des „Sozialistischen Realismus“ hin zu einer größeren Alltagsnähe. Ziel der Dissertation ist es, die Genese der Darstellung des arbeitenden Menschen in der sozialdokumentarischen DDR-Fotografie der 1970er und 80er Jahre herzuleiten. Anhand des fotografischen Bildes der Arbeit soll dabei der Frage nachgegangen werden, wie die auf dem Normenkonzept des Sozialistischen Realismus basierende Bildpolitik der DDR von den Künstlern verinnerlicht und in deren Arbeiten transformiert wurde.

Für viele Künstler in der DDR war die Darstellung des arbeitenden Menschen eine elementare bildkünstlerische Aufgabe, weil sie sich an einem Kunstmodell orientierten, das sich aus dem Normenkonzept des Sozialistischen Realismus heraus entwickelt hatte. Im Zentrum der ideologisierten staatlichen Auftragsfotografie und der künstlerisch „unabhängigen“ Fotografie stand dabei jeweils das Bild des Menschen als Synonym der erwünschten bzw. konkreten gesellschaftlichen Verhältnisse. Auftragsfotografen waren verpflichtet, die Ideale und Grundwerte der sozialistischen Ideologie, in erster Linie ausgehend vom Bild des arbeitenden Menschen, in die Ikonografie der Fotografie zu transportieren, um die ideale sozialistische Gesellschaft zu visualisieren. Die seit 1951 in der DDR auf dem Gebiet der bildenden Kunst insbesondere für die Malerei geführte „Formalismus-Debatte“ wurde von Beginn an auch auf den Bildjournalismus übertragen, wobei die spezifischen Eigenschaften des fotografischen Mediums jedoch nicht berücksichtigt wurden. Die realistische Abbildung diente als Transportvehikel für den ideologischen Inhalt. Dabei stand in den 1950er Jahren im Mittelpunkt der Berichterstattung vor allem der heroisierte Arbeiter, der aktiv am Aufbau des Staates beteiligt war. In den 1970er Jahren vollzog sich laut Paul Kaiser innerhalb der offiziellen fotografischen Bildwelten ein Wandel vom starren Stildiktat des rigiden sozialistischen Idealismus hin zu einem fluiden Integrationsmodell im Sinne eines alltagsnahen Realismus. Die Folgen dieser Wandlung schlugen sich schließlich auch in den sozialdokumentarischen Konzepten von Fotografen in der DDR nieder. Die Realität des „real existierenden Sozialismus“ sickerte in die künstlerische Thematisierung von Arbeit ein. Besonders im letzten Jahrzehnt der DDR wurden schließlich menschenunwürdige Arbeitsumstände in den Betrieben thematisiert und müde, desillusionierte Arbeiter an Stelle heroischer gezeigt – jedoch ohne die Grenzen des Bildmusters aufzuweichen. In der Dissertation werden ausgewählte Fotoserien der 1970er und 80er Jahre einer genaueren Analyse unterzogen: unter anderem die „Kneipenbilder“ (1972) von Helga Paris, die hauptsächlich in den 1980er Jahren entstandenen Porträts von Gundula Schulze, die Arbeiterporträts von Arno Fischer, die Arbeiten zum Thema „Ausstellungsbesucher“ (ab 1957) von Evelyn Richter und die Serie „Familienporträts“ von Christian Borchert (ab 1983).

Politische Einflussfaktoren wurden bei der Betrachtung von DDR-Fotografie in der Forschung bisher weitgehend ausgeblendet, nicht zuletzt weil die Tradition des Sozialistischen Realismus über das Ende der DDR hinaus keine Fortsetzung gefunden hat. Eine differenzierte Analyse des Sozialistischen Realismus in Bezug auf die künstlerische Fotografie der DDR und in seinen Bezügen und Reaktionen sowohl auf die gleichzeitigen Entwicklungen im Westen und im Verhältnis zur Fotografie der 1920er Jahre und des Nationalsozialismus steht also noch aus. Für die geplante Dissertation ist es in diesem Zusammenhang wichtig, die Rolle und den Wirkungsgrad der DDR-Fotografietheorie auf die künstlerische Fotografie, beginnend bei der Lehre an der Hochschule für Grafik und Buchkunst in Leipzig, die ab 1963 die einzige Ausbildungsstätte für künstlerische Fotografie in der DDR war, zu untersuchen.

## Kurzbiographie

Agneta Maria Jilek, 1981 in Gera geboren, Studium der Kunstgeschichte, Journalistik und Anglistik in Leipzig und Bologna, 2010 Studienabschluss: Magisterarbeit zur sozialdokumentarischen DDR-Fotografie der 1970er und 80er Jahre, Publikationsbeitrag [in Arbeit]: „Metaphorik des Urbanen: die Fotoserie Häuser und Gesichter. Halle 1983–85 von Helga Paris“. Die Promotion wird von Juniorprof. Friedrich Tietjen an der Hochschule für Grafik und Buchkunst in Leipzig betreut.

## Vorläufige Gliederung

### I Einleitung

- 1 Fragestellung
- 2 Methodik
- 3 Gliederung

### II Theoretische Grundlagen zur fotografischen Repräsentation von Arbeit

- 1 Entwicklungslinien der Arbeiterfotografie
  - 1.1 Jacob August Riis und Lewis Hine
  - 1.2 Die Farm Security Administration
- 2 Funktionen und Rezeptionsweise der fotografischen Repräsentation von Arbeit in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts
  - 2.1 Arbeiterfotografie in der Weimarer Republik
    - 2.1.1 Arbeiterfotografie und Arbeiterbewegung – proletarische Amateurfotografie
    - 2.1.2 August Sanders „Menschen des 20. Jahrhunderts“
  - 2.2 Fotografie von Arbeit und Arbeitswelt als Parteipropaganda
    - 2.3.1 Der Arbeiter in der NS-Diktatur
    - 2.3.2 Die Repräsentation von Arbeit in der sowjetischen Fotografie, sowjetische Arbeiterfotografie

### III Die Fotografie in der DDR

- 1 Die Entwicklung der Fotografie in der DDR: Von der Nachkriegszeit bis zu den 1960er Jahren
  - 1.1 Trümmerfotografie und Fotoreportagen – Nachkriegs- und Besatzungszeit 1945–1949
  - 1.2 Aufbaupathos: Die 1950er Jahre – Pressefotografie
  - 1.3 Die marxistisch-leninistische Fotografieästhetik ab den 1960er Jahren
    - 1.3.1 Die Fotografietheorie Berthold Beilers
    - 1.3.2 Fotografietästhetik im Wandel von der Ulbricht- zur Honeckerära
    - 1.3.3 Theoretische Grundlagen der Ausbildung an der Hochschule für Grafik und Buchkunst in Leipzig
- 2 Die Implikation des „Sozialistischen Realismus“ in die Fotografie der DDR
  - 2.1 Begriffsklärung: Zum sozialistischen Bildprogramm in den Künsten der DDR
  - 2.2 Sozialistischer Realismus in der DDR-Fotografie
  - 2.3 Anmerkungen zum „Bitterfelder Weg“ - die Verlagerung der Kunst in die Arbeitswelt
  - 2.4 Die fotografische Repräsentation von Arbeit in der sozialistischen Fotografie

- 2.4.1 Die Rolle des Typischen – die Rezeption August Sanders
- 2.4.2 Die Arbeiterdarstellungen in der DDR-Fotografie bis 1960: „Neue Menschen“, der heroisierte Arbeiter
- 2.4.3 Fotografierende Arbeiter in den 1960ern: Arbeiterfotografie in den Betrieben der DDR
- 2.4.4 Kollektivbilder – die Abbildung des Arbeiterkollektives
- 2.4.5 Veralltäglichung: der ikonografische Wandel in der Arbeiterdarstellung ab 1970

### 3 Utopieverlust und Realitätsschärfe: die Darstellung des Arbeiters in der Sozialdokumentarischen DDR-Fotografie der 1970er und 80er Jahre

- 3.1 Aspekte künstlerischer Fotografie der 1970er und 80er Jahre
- 3.2 Entwicklungslinien der sozialdokumentarischen Fotografie
- 3.3. Die Entheroisierung des Arbeiters in der Sozialdokumentarischen Fotografie der 1970er und 80er Jahre
  - 3.3.1 Analyse ausgewählter Fotoarbeiten: Helga Paris, Arno Fischer, Christian Borchert, Evelyn Richter

## IV Schlussbemerkung



## **Deutsche Juden im Film der DDR. Untersuchung eines widersprüchlichen Zusammenhangs**

von Lisa Schoß

Bekanntermaßen gehörte die Antifaschismus-Thematik zum Herzstück des ostdeutschen Films. Darin spielte deutsch-jüdische Kultur und Geschichte mit ihren gesellschaftlichen, politischen, künstlerischen und biographischen Zusammenhängen eine bedeutende Rolle. Dennoch gibt es bislang keine umfassende Dokumentation und vergleichende Analyse der Filme, die sich diesseits wie jenseits des offiziellen Antifaschismus mit diesen Zusammenhängen und Widersprüchen beschäftigt haben. Ihre Bilder sind bis auf wenige Ausnahmen in wichtigen Diskursen und der Fülle an Publikationen zur Darstellung von deutsch-jüdischer Geschichte und der Shoah weitgehend unbeachtet geblieben.

Die gesteuerte Geschichts- und Gedenkpolitik in der DDR führte zu ganz spezifischen Formen des Erinnerns (und Verschweigens) von deutsch-jüdischer Vergangenheit und dem Mord an den europäischen Juden. Film, als stark politisiertes Medium, hatte daran seinen Anteil: Jüdische Themen und Charaktere waren kontinuierlich präsent, wurden dort jedoch meist gezielt eingesetzt. Gleichwohl wird man den zahlreichen Filmen, die sich der Kultur und Geschichte der Juden in Deutschland, der deutsch-jüdischen Erfahrung widmen (jüdische Themen im DDR-Film sind vor allem deutsch-jüdische Themen), nicht gerecht, begreift man sie nur als Ausdruck von Reglementierung oder Instrumentalisierung nach ideologischer Zweckmäßigkeit. Zum einen, weil man damit die Tatsache ignoriert, dass der Grad der Beeinflussung vom tages- und kulturpolitischen Geschehen abhing. Zum anderen, weil ideologisches Sollen und künstlerisches Wollen im Film keineswegs immer zusammengingen. (Film-)Kunst birgt in ihrer Ästhetik, Struktur und ihren Inhalten offene Elemente wesentlich in sich, Vieldeutigkeiten, die man weder auf staatlich vorgeschriebene Haltungen gegenüber Juden und jüdischen Themen noch auf einen „verordneten Antifaschismus“ (Ralph Giordano) reduzieren kann. Darüber hinaus muss man daran erinnern, dass zahlreiche der Autoren, Filmemacher und Schauspieler jüdischer Herkunft waren – ein Faktum, das keinesfalls im Vordergrund stehen sollte, welches zu ignorieren aber ebenso falsch wäre, tragen die Filme doch fast immer autobiographische Züge. Die Frage ist also nicht, ob jüdische Charaktere und Akteure, also ‚Juden‘ und Juden im Film der DDR einen Platz hatten. Die Frage ist, wie sie zum Ausdruck kamen und ob es neben dem offiziellen Diskurs einen filmischen Erinnerungsdiskurs gegeben hat, der sich der jeweils politisch korrekten Norm entzog sowie individuellen Erfahrungen und Bildern einen möglichen Raum bot.

Die Arbeit richtet ihr Augenmerk auf den Spielfilm der DEFA sowie wichtige, durch sie koproduzierte Fernsehfilme und deren Protagonisten. (Der aktuelle Filmkorpus umfasst knapp 50 Titel). Diese Filme werden als historische Dokumente für die (visuelle) Gedächtniskultur und widersprüchliche Realität deutsch-jüdischen Lebens in der DDR in den Blick genommen.

Filmgeschichte eröffnet eine eigene Perspektive auf Kultur- und Zeitgeschichte. Aus diesem Grund ist die Methode der Arbeit interdisziplinär: Zeit-, Kultur- und Filmgeschichte werden mit Analysen von zentralen Filmen verwoben. Dabei zeigt sich, dass die Ausarbeitung des kontextuellen Rahmens für das Verständnis der Filme wesentlich ist: Der Kontext, aus dem sie hervorgehen, ermöglicht ein besseres Verständnis derselben, wohingegen die Filme ihrerseits ein verändertes Licht auf den Kontext werfen, in den sie eingegangen sind. Die Darstellung von Film und Kontext als einander bedingende Instanzen erlaubt das Zusammenspiel von politischen Bedingungen, gesellschaftlichen und künstlerischen Diskursen sowie persönlichen Motivationen, das Verhältnis von – wie ich es nennen möchte – Antifaschismus ex officio und Antifaschismus ex animo an einem klar bestimmten Gegenstand ein Stück weit offen zu legen. Es wird diskutiert, wie sich geschichtspolitische Deutungsvorgaben und die Konkurrenz zum bundesrepublikanischen Gedenken auf die Filme auswirkten? Welche ideologischen Zuschnitte, Aus- und Überblendungen, gar Einsprüche und Subversion entstanden

dabei? Was waren Antrieb und Anspruch, Arbeits- und Lebenslinien der Beteiligten? Welche Freiräume gab es? Wie haben die Filme in die gesellschaftliche Entwicklung eingegriffen? Welche Veränderungen innerhalb der Filme, ihrer (deutsch-jüdischen) Bilder und somit im Wandel des kollektiven Gedächtnisses sind zu beobachten?

Grundlegende Zusammenhänge, innerhalb derer sich die Filme bewegen, von denen sie Spiegelbild sind oder von denen sie sich abheben, sind: (i) Die wechselseitige Perzeption und reaktive Dimension einer deutsch-deutschen Beziehungs- und ‚Bewältigungsgeschichte‘; (ii) die schillernde Rolle des Antifaschismus, die Bandbreite an Zielen und Zwecken (bzw. ihre Deformation), das Spektrum von Opportunismus bis Idealismus, den Wandel einer lebendigen Erinnerung zum leeren Ritual, mithin die Frage nach alternativen Umgangsformen mit der NS-Vergangenheit und deutsch-jüdischer Erfahrung in verschiedenen sozialen, politischen und kulturellen Milieus. Von Belang ist ferner (iii) das Thema Judentum und Kommunismus; die politisch motivierte jüdische Remigration und „Loyalitätsfalle“ (Karin Hartewig); die Identitätsfrage einerseits und ein auferlegtes Verständnis von Judentum andererseits; überhaupt deutsch-jüdisches Leben in der Sowjetischen Besatzungszone und DDR zwischen Repression, Instrumentalisierung, Anpassung und Integration; die Haltung zu ‚Wiedergutmachung‘ und dem Staat Israel sowie das Verhältnis von Antisemitismus und Antizionismus; nicht zuletzt die Rezeption deutsch-jüdischer Geschichte innerhalb der Diskussion um ‚Erbe und Tradition‘. Ebenso wenig außer Acht lassen kann man (iv) die spezifische Rolle der Kunst in einer Diktatur, speziell die des Films, dem als Massenmedium besondere Bedeutung zugesprochen wurde; das Postulat seiner inhaltlichen und formalen Neuausrichtung nach 1945; das Maß an Konflikt und Konsens zwischen künstlerischen Akteuren und Kulturbehörden sowie Wegen und Möglichkeiten, alternativen, mitunter konkurrierenden Interpretationen einen Raum zu schaffen. Dem gegenüber steht (v) ein Publikum, das – am Alltag in einer Diktatur geschult – sich einerseits der ideologischen Vorauswahl wie dem Erziehungsanspruch vieler Filme bewusst, andererseits bereit und ein Stück weit gewohnt war, gleichsam ‚zwischen den Bildern zu sehen‘.

Vor diesem zeitgeschichtlichen und kulturellen Hintergrund stellt sich mir die Auseinandersetzung mit jüdischen Themen im Film der DDR als eine Abfolge von drei Phasen dar: eine frühe unmittelbare, eine mittlere, sehr produktive und eine späte Phase, die neue Akzente setzt. Die Phasen sind durch jeweils eine Zäsur getrennt. Pro Phase steht jeweils ein als exemplarisch betrachteter Film bzw. Regisseur im Fokus, im dem sich das erinnerungspolitisch und künstlerisch (Un-)Zeitgemäße spiegelt bzw. bricht. Alle weiteren Filme veranschaulichen das künstlerische Umfeld, werden indes nur punktuell und komparativ verhandelt.

1. Kapitel) Die frühe Phase bilden die unmittelbaren Nachkriegsfilme, denen die jüngste Vergangenheit noch emotional und bildhaft präsent ist. Nach 1945 schien in der Sowjetischen Besatzungszone ein deutsch-jüdischer Frühling einzusetzen: Kaum jemals wieder gab es derart viele Solidaritätsbekundungen, Gedenk- und Aufklärungsveranstaltungen, wurden Zeitzeugenberichte und Sachliteratur publiziert, fand die jüdische Erfahrung in Literatur, im Theater, Film und Hörfunk einen, vielleicht ihren Ausdruck. So bereiten bereits 1946 deutsche und jüdische Filmschaffende einen Film vor, der die Verfolgung der Juden (gleichwohl mit Mitteln der alten Ufa-Ästhetik) zum zentralen Thema macht: Ehe im Schatten. Die Motivation für die frühen filmischen Reaktionen ist eine persönliche. Aus ihnen spricht Wut, Verzweiflung, spontanes wie bewusstes Engagement politisch denkender Leute, gewissermaßen ein Antifaschismus ex animo. Sie wollen Konsequenzen ziehen, aufklären und Bewusstsein schaffen. Die Klärungsprozesse machen Filmemacher und Publikum gleichermaßen durch. Hier diskutiert man offen über Antisemitismus, Judenverfolgung und die Mitschuld der Deutschen – offener als in dem darauf folgenden Jahrzehnt.

2. Kapitel) Schon bald folgt ein bitterer Abbruch: Die 50er Jahren bilden die erste Zäsur. Zäsur deshalb, weil – vor dem Hintergrund eines antisemitischen Klimas, staatlicher Repressionen und den stalinistischen Schauprozessen im gesamten Ostblock – genuin jüdische Themen kein Gehör finden (sollen). Im Kampf um politische und emotionale Ressourcen,

setzen sich die Kommunisten an erste Stelle in der Hierarchie der Verfolgten des Naziregimes. Der Mord an den europäischen Juden (ganz zu Schweigen von der Verfolgung der Sinti und Roma, der Homosexuellen oder der Bibelforscher) wird im Gedenken marginalisiert. Dieser Entwicklung widerspricht nur scheinbar, dass zur selben Zeit mithilfe der Instrumentalisierung jüdischer Figuren Filme den Beweis antreten, wie restaurativ und judenfeindlich die Bundesrepublik sei. Das Jahrzehnt steht ganz im Zeichen von Ideologie und Doktrin: des Antifaschismus ex officio.

3. Kapitel) Die 60er Jahre sind, was jüdische Themen betrifft, eine äußerst produktive Phase. Zum einen ist es die Zeit der großen NS-Prozesse (Eichmann, Frankfurter Auschwitz Prozesse, Treblinka-Prozesse etc.). Die Gerichtssäle werden zu einem Ort der juristischen Vergangenheitsaufarbeitung, und sie werden zu einem zentralen Ort des Ost-West-Konfliktes. Das findet seinen Niederschlag in zahlreichen Gerichtsfilm, welche die propagandistische Bildproduktion der 50er Jahre fortführen. Zum anderen versuchen eine Reihe von Autoren und Regisseuren wider die ideologische Verengung der Perspektive und die zunehmende Beziehungslosigkeit gegenüber der Vergangenheit anzufilmten. Sie erzählen und erinnern deutsch-jüdische Geschichte, sie führen die Verquickung von Gestern und Heute vor, sie fragen nach einem Ort, nach einer Identität in dieser Geschichte. Die ‚jüdische Trilogie‘ Konrad Wolfs (Sterne, Prof. Mamlock, Ich war neunzehn) steht exemplarisch für das Zusammenspiel von Antifaschismus ex animo und Antifaschismus ex officio, das die ungeheure Energie dieses Jahrzehnts zu erklären hilft.

4. Kapitel) Dem folgt erneut eine Zäsur: Jene Energie hat sich in den 70er Jahren erschöpft. Bis auf die prominente Ausnahme von Jakob der Lügner (dessen Entstehungsgeschichte in die 60er Jahre zurückreicht, der schließlich im Fernsehen der DDR uraufgeführt wird und danach erst in die Kinos kommt), finden sich kaum jüdische Themen im DEFA-Spielfilm. Das hat zunächst praktische Gründe: Nach der quantitativ reichen Produktion des vorangegangenen Jahrzehnts und im Zuge einer kulturpolitischen Liberalisierung richtet sich das Interesse der Filmemacher auf neue (Gegenwarts-)Stoffe. Daneben lässt die deutsch-deutsche Entspannungspolitik die ‚Angriffsfläche Bundesrepublik‘ kleiner werden. Jüdische Themen verlagern sich mehr und mehr ins DDR-Fernsehen in Form von Fernsehspielen, -romanen sowie Literaturadaptionen, die die Nazivergangenheit wiederholt auf didaktische Art behandeln. Darum stellt an dieser Stelle ein Exkurs das Spektrum ‚des Jüdischen‘ im Fernsehen der DDR vor, das sich zwischen Politisierung, Unterhaltung und Romantisierung bewegt.

5. Kapitel) Im letzten Jahrzehnt der DDR rückt Jüdisches wieder vermehrt und auf neue Weise ins Bewusstsein. Die Kompaktvorstellung ‚Jude‘ = ‚(passives) Opfer‘ macht, wenngleich zögerlich, einer Reihe verschiedener Deklinationen deutsch-jüdischen Selbstverständnis Platz. Jüdisches wird nicht mehr allein als historische Größe, sondern als Teil der Gegenwart, als Teil des DDR-Alltags anerkannt. Die Gründe dafür sind vielfältige. Der DDR-Regierung dienen Juden als Image-Faktor. Mit einem Generationswechsel erwacht ein neues Interesse an jüdischer Kultur bzw. der romantisierten Projektion. Es entsteht – sofern man das für die DDR sagen kann –, was Michal Bodemann ein „judaisiertes Milieu“ genannt hat: Nicht-Juden beginnen sich für jiddische Lieder und Klezmer als einer Form von Subkultur zu interessieren – auf der Suche nach einem ‚authentischen‘ Judentum oder schlicht um sich in Opposition zum Staat zu setzen (eine Entwicklung, die parallel zum Zulauf in den Kirchen zu verstehen ist). Mit dem Brüchigwerden der kommunistischen Idee beginnt auch für viele Juden eine Zeit der Spurensuche – weniger auf den Wegen der Religion als der eigenen Familiengeschichte, den kulturellen Wurzeln. Neu angeregt durch die amerikanische Fernsehserie Holocaust im Fernsehen der Bundesrepublik (1979) erfahren jüdische Themen ebenfalls im Film eine Wiederbelebung. Doch inszeniert eine junge Generation von Filmemachern veränderte Bilder. Ein Film wie Die Schauspielerin (1988) reflektiert die filmische Darstellung ‚des Juden‘ im Allgemeinen und zitiert Bilder des Jüdischen im DEFA-Film im Besonderen. Ein Kreis schließt sich.

Beim DEFA-Filmstock handelt es sich um den seltenen Fall eines abgeschlossenen Stücks Filmgeschichte, ipso facto eines Stücks Zeitgeschichte. In ihm ist das Gedächtnis eines nicht mehr existierenden Staates, ein Teil deutscher wie deutsch-jüdischer Geschichte und Erinnerung aufgehoben. Anhand des Zeitraums von 1946 bis 1990 lässt sich die Beschäftigung mit dem deutsch-jüdischen Zusammenhang im Film der DDR in seiner Vielfalt, seinen Widersprüchen und seinen Wandlungen dokumentieren sowie eine Bilanz ziehen (6. Kapitel). So wird einerseits das Spezifische von ‚Juden‘ und Juden im Film der DDR sichtbar (Visualisierung der deutsch-jüdischen Erfahrung, der Akkulturation, Instrumentalisierung und Teilhabe von jüdischen Charakteren und Akteuren im Ost-West-Konflikt etc.), andererseits das, was die filmischen Auseinandersetzung der DDR mit anderen Filmkulturen in Europa oder den USA in Bezug auf Bilder des Jüdischen teilt (das Bild des passiven jüdischen Opfern bzw. deren Effeminierung, Universalisierung des Leids, Romantisierung, konstruierte Nostalgie, der unreflektierten Umgang mit einem antisemitischen Bilderschatz etc.)

Filme sind Gedächtnis und Gradmesser der Kultur, aus der sie hervor- und in die sie eingegangen sind. Dabei ist die deutsch-jüdischen Erfahrung in der DDR und deren Visualisierung Teil einer in manchen Punkten ‚anderen‘ Geschichte innerhalb der deutschen Nachkriegsgeschichte und Gedächtniskultur, ohne die deutsch-jüdische Kulturgeschichte nach 1945 unvollständig bleibt. Wenn man mit Blick auf die Gegenwart sinnvoll über deutsch-jüdische Kulturgeschichte, Formen der Erinnerungsarbeit und des Gedenkens diskutieren will, kann eine solche notwendige Verständigung nur erfolgreich sein, wenn die unterschiedlichen Erfahrungen, die Menschen mit dieser Erinnerung hier wie dort gemacht haben, in ein Gespräch gebracht werden.

### **Kurzbiographie**

Lisa Schoß, 1979 in Berlin geboren, studierte Neuere deutsche Literatur und Kulturwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin. Ihr Interesse gilt v. a. deutsch-jüdischer Kulturgeschichte. Zusammenarbeit mit dem Institut für visuelle Zeitgeschichte an der Universität Wien, von 2008-09 Stipendiatin der DEFA-Stiftung zur Vorbereitung ihres Forschungsvorhabens, seit 2009 Doktorandin bei Prof. Dr. Christina von Braun am Kollegium Jüdische Studien der HU.

## Gliederung

|  |  |
|--|--|
| I. Einleitung .....  |  |
| II. Einstellungen.....   |  |
| 1. Der deutsch-jüdische Zusammenhang in der DDR .....  |  |
| 2. Antifaschismus.....   |  |
| III. Szenen eines deutsch-jüdischen Zusammenhangs: Film als kulturelles Gedächtnis .....   |  |
| 1. Frühe Phase: In alter Form und neuem Inhalt. Die Nachkriegsfilme (1946-1949) .....  |  |
| 1.1 Melodramatische Judenverfolgung: <i>Ehe im Schatten</i> .....  |  |
| 1.2 Was konnte, was wollte der deutsche Nachkriegsfilm?.....   |  |
| 2. Zäsur: Die ideologische Leinwand (1950-1958) .....  |  |
| 2.1 Ende des deutsch-jüdischen Frühlings .....   |  |
| 2.2 Lehrstücke und Propaganda: Darstellungen von Freund und Feind .....  |  |
| 3. Produktive Phase: Schuld und Sühne (1959-1969).....   |  |
| 3.1 Auf der Suche nach einem Ort in der Geschichte: Konrad Wolfs jüdische Trilogie: <i>Sterne, Prof. Mamlock, Ich war neunzehn</i> ..... |  |
| 3.2 Zusammenspiel von Antifaschismus ex officio und ex animo.....  |  |
| 4. Zäsur (1970er) und Exkurs: Der deutsch-jüdische Zusammenhang im DDR-Fernsehen..   |  |
| 4.1 Mehrteiler/Literaturverfilmungen des DDR-Fernsehens: 'Juden' als Thema & Motiv ...   |  |
| 4.2 Juden und 'Juden' in der Fernsehunterhaltung (Krimis, Gerry Wolff, Lin Jaldati etc.)..   |  |
| 5. Reife Phase: Bilder deutsch-jüdischer Kultur vor und nach 1933 (1980-1988).....   |  |
| 5.1 In der Rolle 'der Jüdin': <i>Die Schauspielerin</i> .....  |  |
| 5.2 Kontinuität und Wandel oder Die Bilder werden reflexiv .....   |  |
| IV. Zusammenschau und Ausblick – die andere deutsch-jüdische Erinnerung? .....   |  |
| 1. Deutsch-jüdische Erinnerung im Film der DDR .....   |  |
| 2. Offene Enden und andere Fortsetzungen .....   |  |
| <br>   |  |
| Filmographie.....  |  |
| Bibliographie .....  |  |

## Die DDR in den Vereinten Nationen 1973 – 1990

von Ulrich Eisele

Um 17.43 Uhr hatte das lange Warten Ost-Berlin endlich ein Ende! Als am Spätnachmittag des 18. September 1973 der Hammer des Präsidenten der 28. UN-Vollversammlung in New York fiel, waren die DDR und die Bundesrepublik Deutschland offiziell als Mitgliedsstaaten 133 und 134 in die Vereinten Nationen aufgenommen. Welche Tragweite das Ereignis aus Sicht Ost-Berlins hatte, wurde in der Antrittsrede des ostdeutschen Außenministers Otto Winzer am East River deutlich. Darin bezeichnete er den UN-Beitritt als den „*Höhepunkt in dem Prozeß des gleichberechtigten Teilnehmens der DDR am internationalen Leben*“. De facto hatte die DDR damit ihr jahrzehntelang verfolgtes oberstes außenpolitisches Ziel, die internationale Anerkennung, weitestgehend erreicht. Am Jahreswechsel 1973/74 war weithin sichtbar, dass sich die außenpolitischen Handlungsmöglichkeiten des ostdeutschen Staates im Vergleich zu früher deutlich erweitert hatten. Neben der internationalen Anerkennungswelle infolge des Grundlagenvertrags und der Teilnahme der DDR an den KSZE-Verhandlungen wurde dies besonders durch ihre Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen dokumentiert, in denen die DDR von nun an, neben der Bundesrepublik, als Vollmitglied vertreten war.

Im Dissertationsprojekt wird die UN-Politik des ostdeutschen Staates nach 1973 untersucht. Im Mittelpunkt des Interesses steht, wie die DDR den erweiterten außenpolitischen Handlungsspielraum in den Hauptorganen und Sonderorganisationen des Systems der Vereinten Nationen nutzte und inwiefern ideologische, politische und ökonomische Determinanten ihr Engagement beeinflussten. Berücksichtigt wird dabei, dass die Außenpolitik Ost-Berlins sehr stark äußeren Einflüssen und Zwängen unterworfen war.

### II.

Seit den 1950er Jahren hatte der in der „Hallstein-Doktrin“ formulierte Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik den Durchbruch der DDR auf internationaler Bühne verhindert. Dies galt auch für den Beitritt zu den Vereinten Nationen: Da für die Aufnahme die Zustimmung sämtlicher ständiger Mitglieder des Sicherheitsrates Voraussetzung war, konnte die Bundesrepublik dank ihrer westlichen Partner USA, Großbritannien und Frankreich den Einzug der DDR in das Weltgremium verhindern. Umgekehrt bedeutete dies jedoch auch für die Bundesrepublik, dass sie nicht alleine Mitglied in der Weltorganisation werden konnte. Dem stand das Vetorecht der Sowjetunion entgegen. Das Dilemma der beiden deutschen Staaten trat klar zutage: Einer alleine konnte nicht Mitglied der Vereinten Nationen werden, die Aufnahme beider lag allerdings lange Zeit ebenso wenig im Interesse der Bundesrepublik. Das Bild der „siamesischen Zwillinge“, die keinen Schritt ohne den anderen machen konnten, machte die Runde.

Ganz zutreffend war diese Metapher jedoch nicht. Die Bundesrepublik war in allen zum UN-System gehörigen Sonderorganisationen vertreten und unterhielt auch eine Beobachtermision am UN-Sitz in New York, wodurch sie ihren Einfluss geltend machen konnte, um zu verhindern, dass der DDR der Einzug in auch nur eine Sonderorganisation gelang. Die DDR hingegen blieb außen vor. Erst als die Bundesrepublik Anfang der 1970er Jahre offiziell von der Hallstein-Doktrin abrückte, konnte die DDR als Folge des Grundlagenvertrages Mitglied in den Vereinten Nationen werden.

Der Beitritt der DDR zur Sonderorganisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) im November 1972 stellte für die DDR den formal entscheidenden Schritt auf dem Weg hin zum lange angestrebten Ziel der Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen dar. Durch die Aufnahme in eine Sonderorganisation erwuchs für sie der formale Anspruch auf Mitgliedschaft im gesamten UN-System. Nach dem öffentlich wahrgenommenen Höhepunkt des Einzugs der DDR-Delegation in die Generalversammlung im September 1973 trat die DDR bis 1974 auch zahlreichen weiteren zum UN-System gehörigen Sonderorganisationen bei. Das Prinzip der Universalität der Weltorganisation, das der DDR vor 1972/73 stets als wichtiges Argument zur Begründung ihres Anspruchs auf Mitgliedschaft diente, spielte dabei allerdings keine Rolle. Die DDR nahm ihr Recht auf Mitarbeit im gesam-

ten UN-System bis zu ihrem Ausscheiden nur selektiv (Wilhelm Bruns) wahr. Zu den Organisationen, in denen sie die Aufnahme beantragte, gehörten beispielsweise der Internationale Fernmeldeverein (UIT), der Weltmeteorologische Verein (WMO) sowie die Internationale Arbeitsorganisation (ILO). Anderen Organisationen, wie der Weltbank, dem Weltwährungsfonds und der Internationalen Finanzorganisation, blieb sie „entsprechend der gemeinsamen Position der UdSSR und anderer sozialistischer Staaten“ fern.

Es lassen sich verschiedene allgemeine Zielstellungen benennen, die die Ost-Berliner Führung mit ihrem UN-Engagement verfolgte und die für die Schwerpunktsetzung in der Dissertation relevant sind. Deutlich wurde erstens die Absicht, den Status der DDR auf der internationalen Bühne sowie die Position der sozialistischen Staaten allgemein durch das Engagement in den UN zu erhöhen. In diesem Zusammenhang sollten auch die „Errungenschaften des realen Sozialismus in der DDR sowie die Vorzüge der sozialistischen ökonomischen Integration“ ausführlich dargestellt und das angeblich „menschenfeindliche Wesen des Imperialismus“ vorgeführt werden.

In Bezug auf die Entwicklungsländer galt es zweitens, die Zusammenarbeit im Sinne der eigenen Zielsetzung zu verbessern. Grundsätzlich wurde dabei ein Interessengleichklang zwischen den sozialistischen Staaten und den Entwicklungsländern im Sinne der „antiimperialistischen Solidarität“ unterstellt.

Drittens nahm die DDR die Vereinten Nationen als ein zwischenstaatliches Gremium wahr, das auf der Grundlage des Prinzips der „friedlichen Koexistenz“ funktionierte. Daher sollte es in erster Linie dazu genutzt werden, „die international gleichberechtigte Zusammenarbeit von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung unter strenger Beachtung der Prinzipien der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten [...] zu fördern“. Damit war zunächst ganz allgemein das Verhältnis zwischen den sozialistischen und kapitalistischen Staaten gemeint. Insbesondere zielte es jedoch auf die Beziehungen der DDR zur Bundesrepublik ab. Obwohl Ost-Berlin das Vorhandensein einer Sonderbeziehung zum westdeutschen Staat vehement leugnete, blieb die Konkurrenz mit der Bonner Republik aufgrund der mangelnden innen- und außenpolitischen Legitimität des SED-Staates auch nach der internationalen Anerkennung eine Konstante seiner Außenpolitik. Daher wird in dem Dissertationsprojekt danach gefragt, wie sich das „Kaum [M]iteinander, selten [G]egeneinander, meist [N]ebeneinander“<sup>2</sup> der beiden deutschen Staaten in den Vereinten Nationen nach 1973 entwickelte.

Zum anderen führte die Wahrnehmung der Vereinten Nationen durch die DDR und infolge dessen auch ihre allgemeine Zielsetzung dazu, dass sie die Themen „internationale Sicherheit“ und „Abrüstung“ in den Vordergrund ihres Engagements rückte. Dabei dürfte nicht zuletzt auch ihre Lage an der Nahtstelle des Kalten Krieges eine Rolle gespielt haben. Es galt mit Hilfe des Systems der Vereinten Nationen, den „in Gang gekommenen Prozeß der Durchsetzung der friedlichen Koexistenz irreversibel zu machen und die Erfolge der Politik der sozialistischen Staaten bei der Verwirklichung des Friedensprogramms auszubauen“. Folglich ließ sich eine klare Schwerpunktsetzung im UN-Engagement der DDR erkennen: Insbesondere die nukleare Rüstungsbegrenzung und Abrüstung galten Ost-Berlin als unabdingbare Voraussetzung für eine internationale Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wirtschaft, Wissenschaft sowie der Technik und Kultur. Wirtschaftliche und soziale Themen traten hinter die Friedenssicherungs- und Abrüstungsziele ebenso zurück wie die stark im Fokus der Bundesrepublik liegende Menschenrechtspolitik im System der Vereinten Nationen. Im Rahmen des Dissertationsprojektes wird daher auch gefragt, wie sich das Auftreten der DDR in den Feldern „Abrüstung und internationale Sicherheit“, „wirtschaftliche Fragen“, „soziale, humanitäre und kulturelle Fragen“ und „Entwicklungspolitik“ in Phasen von Entspannung und Konfrontation des Kalten Krieges entwickelte. In ausgewählten Themenbereichen wie der Menschenrechtspolitik wird darüber hinaus untersucht, welche innenpolitischen

---

<sup>2</sup> So der Titel eines Gesprächs, das Eberhard Brecht und Volker Weyel im Juni 1993 mit dem ehemaligen Vize-Außenminister und Vertreter der DDR bei den Vereinten Nationen, Peter Florin führten. Vgl. Brecht, Eberhard/Weyel Volker: Kaum miteinander, selten gegeneinander, meist nebeneinander. Ein Gespräch über die Zeit der deutschen Zweistaatlichkeit in den Vereinten Nationen. In: Vereinte Nationen 4 (1993), S. 125 – 132.

Rückwirkungen die in den UN eingegangenen Verpflichtungen auf die DDR hatten und ob sich ein Zusammenhang mit dem Zusammenbruch des Systems 1989/90 nachweisen lässt.

### III.

Methodisch wird der in der jüngsten Forschung verstärkt geforderte Ansatz verfolgt, die DDR-Geschichte neben ihrer nationalen Perspektive auch in ihren spezifischen (ost-)europäischen und globalen Bezügen zu untersuchen und dadurch neue Forschungsperspektiven zu eröffnen. Diesem Vorgehen liegt die Annahme zugrunde, dass gerade der ostdeutsche Staat, als Produkt des Kalten Krieges, eingebettet in eine internationale Ordnung und deren Steuerungsprozesse betrachtet werden muss, die sie aufgrund der vielfältigen Verflechtungen, bei aller nationalen Abgrenzung, vor allem in politischer und ökonomischer Hinsicht, zu ständiger Grenzüberschreitung zwang.

Insbesondere das Agieren der DDR im System der Vereinten Nationen verspricht hier aufgrund der engen Verknüpfung der oben genannten drei Ebenen – national, (ost)europäisch, global – großen Erkenntnisgewinn. Die Vereinten Nationen stehen somit als Sinnbild für das Spannungsfeld zwischen nationaler Abgrenzung und Grenzüberschreitung (Madeleine Herren), in dem sich die DDR bei ihrem internationalen Auftreten bis zu ihrer endgültigen Auflösung 1989/90 ständig befand.

Methodisch operationalisiert werden diese Überlegungen mittels eines modernen, integrierten politikgeschichtlichen Forschungsansatzes.<sup>3</sup> Dies bedeutet zum einen die Analyse der ostdeutschen UN-Politik in dem erwähnten dynamischen Mehrebenensystem, zum anderen erfolgt die Untersuchung unter Anwendung eines akteurszentrierten Ansatzes, der vor allem die Rolle der Politik bestimmenden Akteure in Partei und Staat in den Fokus nimmt. Dabei wird die Tatsache in Rechnung gestellt, dass in der SED-Diktatur Einflüsse gesellschaftlicher Akteure auf den politischen bzw. außenpolitischen Kurs hinter die des Herrschaftsapparates zurücktraten. Angesichts der herausragenden Rolle des Politischen bietet sich bei der Erforschung der DDR ein avancierter politikgeschichtlicher Untersuchungsansatz wesentlich stärker an als bei der Betrachtung pluralistisch-demokratischer Gesellschaften. Daher soll dieses Vorgehen auch schwerpunktmäßig bei der Analyse der ostdeutschen UN-Politik zum Tragen kommen.

### IV.

Dem methodischen Ansatz folgend, lässt sich die Arbeit in drei große Teilbereiche gliedern.

#### *Rahmenbedingungen der ostdeutschen UN-Politik*

Zunächst werden die allgemeinen außen- und innenpolitischen Rahmenbedingungen der ostdeutschen UN-Politik beleuchtet. Die Notwendigkeit der Untersuchung der allgemeinen Rahmenbedingungen, denen das ostdeutsche UN-Engagement unterworfen war, ergibt sich aus dem oben erläuterten Verständnis der UN-Politik als einer „kontextgebundenen Außenpolitik“ (Wilhelm Bruns), d.h. der Annahme, dass das UN-Engagement des ostdeutschen Staates aufgrund seiner Entstehungs- und Existenzbedingungen in hohem Maße sowohl von außen- als auch von innenpolitischen Faktoren beeinflusst wurde. Diese Faktoren gilt es zunächst zu benennen und zu analysieren, um im Folgenden die jeweiligen Einflüsse auf die UN-Politik der DDR herausarbeiten zu können.

#### *Akteure der ostdeutschen UN-Politik*

Ein weiterer Teilbereich der Arbeit beschäftigt sich mit den Akteuren der ostdeutschen UN-Politik. Aufgrund des breiten Spektrums an Themen, die durch die UN-Politik berührt wurden, waren zahlreiche Akteure auf Partei- und Staatsebene in diesen Politikbereich involviert. Daher sollen die wichtigsten Persönlichkeiten und Stellen, die mit der ostdeutschen UN-Politik betraut waren, untersucht und Entscheidungsstrukturen – soweit dies möglich ist – nachgezeichnet werden. Auf der Parteebene müssen hier primär die für die DDR-Außenpolitik all-

<sup>3</sup> Vgl. dazu Bispinck, Henrik/Hoffmann Dierk/Schwartz Michael u.a.: Die Zukunft der DDR-Geschichte. Potentiale und Probleme zeithistorischer Forschung. In: VfZ 4 (2005), S. 547 – 570. Sowie Wentker, Hermann: Forschungsperspektiven und -desiderate der DDR-Geschichte. In: Promovieren zur deutsch-deutschen Zeitgeschichte. Hrsg. v. Hechler, Daniel/Hüttmann, Jens/Mählert, Ulrich u.a. Berlin 2009, S. 25 – 39.



gemein wichtigen Akteure<sup>4</sup> wie der Generalsekretär und der außenpolitische Apparat des ZK, insbesondere die Abteilung Internationale Verbindungen, in den Blick genommen werden. Auf staatlicher Ebene wird vor allem die Rolle des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) untersucht, in dessen Zuständigkeit die UN-Politik fiel und das durch seinen diplomatischen Apparat die zentrale Funktion auf der politisch-operativen Ebene einnahm. Ebenfalls untersucht wird die Frage, inwiefern das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) als Akteur bezüglich der UN-Politik in Erscheinung trat.

#### *Ziele und Auftreten der DDR im System der Vereinten Nationen*

Im eigentlichen Untersuchungsschwerpunkt wird das Auftreten der DDR in den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen in den Blick genommen. Dabei geht es insbesondere um die Ziele und Strategien, die die DDR im System der Vereinten Nationen innerhalb der bereits erwähnten Themenbereiche „deutsch-deutsche Beziehungen“, „Abrüstung und internationale Sicherheit“, „wirtschaftliche Fragen“, „soziale, humanitäre und kulturelle Fragen“ und „Entwicklungspolitik“ verfolgte. Ziele und Strategien in den Schwerpunktgebieten werden dabei in Abhängigkeit von der weltpolitischen Lage in Phasen von Entspannung und Konfrontation auf Kontinuität und Wandel hin untersucht. Es gilt danach zu fragen, inwiefern sich Phasen des Wandels im weltpolitischen Klima innerhalb des Systems der Vereinten Nationen und in der UN-Politik der DDR widerspiegeln. Als signifikante Einschnitte werden dabei der Wechsel von der Entspannung hin zu zunehmender Konfrontation am Übergang von den 1970er zu den 1980er Jahren sowie der Amtsantritt Michail Gorbatschows als Generalsekretär der KPdSU im Jahr 1985 angesehen.

### **Kurzbiographie**

Ulrich Eisele, geb. 1980 in Würzburg, studierte Neuere und Neueste Geschichte, Mittelalterliche Geschichte und Politikwissenschaft in Bamberg. Während des Studiums war er Tutor und studentische Hilfskraft. Von 2007 bis 2010 arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Seine Dissertation wird von Prof. Dr. Hermann Wentker am Institut für Zeitgeschichte betreut.

---

<sup>4</sup> Vgl. hierzu beispielsweise Wentker, Hermann: Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949 – 1989 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte vom Institut für Zeitgeschichte, Bd. 72). München 2007. Sowie Siebs, Benno-Eide: Die Außenpolitik der DDR 1976 – 1989. Strategien und Grenzen (= Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart). München 1998.

## **VORLÄUFIGE GLIEDERUNG**

### **I. Einleitung**

1. Themengegenstand
2. Forschungsstand
3. Quellen
4. Literatur
5. Aufbau und Methodik

### **II. Rahmenbedingungen und Bestimmungsfaktoren der ostdeutschen UN-Politik**

1. DDR und Kalter Krieg
2. Das Verhältnis zur Sowjetunion und die Mitgliedschaft im Warschauer Vertrag
3. Die Beziehungen zur Bundesrepublik
4. Innenpolitische Bestimmungsfaktoren
5. Ideologische Grundlagen der ostdeutschen UN-Politik
6. Aufbau und Funktion des UN-Systems

### **III. Akteure und Entscheidungsprozesse der UN-Politik**

1. Der Parteiapparat  
Die Rolle des Generalsekretärs – Das Politbüro – Die Abteilung Internationale Verbindungen – Weitere beteiligte Stellen und Abteilungen
2. Der Staatsapparat  
Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) – Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) – Weitere staatliche Akteure

### **IV. Die DDR in den Vereinten Nationen**

1. Der Einzug der DDR ins System der Vereinten Nationen 1973  
Werben um Mitgliedschaft und Aufnahme – Zielsetzungen in den Hauptorganen und Sonderorganisationen
2. Die UN-Politik der DDR vor dem Hintergrund weltpolitischer Entspannung 1973 – 1979/81
  - 2.1 Internationale Anerkennung und selektive Partizipation. Die Entwicklung der DDR-Mitgliedschaft in den Hauptorganen und Sonderorganisationen
  - 2.2 Inhaltliche Positionen und Agieren der DDR im System der Vereinten Nationen  
Keine „Klagemauer“. Die deutsche Frage am East River – Internationale Sicherheit und Abrüstung als oberste Priorität – Neue Weltwirtschaftsordnung und „Charta der ökonomischen Rechte und Pflichten von Staaten“. Die Haltung der DDR zu wirtschaftlichen Fragen – Die Menschenrechtspolitik der DDR und die Haltung zu sozialen, humanitären und kulturellen Fragen – Antirassismus und Antikolonialismus im Zeichen antiimperialistischer Solidarität.

## Die Entwicklungspolitik der DDR

3. Die UN-Politik der DDR im Zeichen zunehmender Konfrontation 1979/81 – 1985
  - 3.1 Etabliert im Kreis der Großen? Die DDR als nichtständiges Mitglied im Sicherheitsrat und ihre Beteiligung am System der Vereinten Nationen
  - 3.2 Das Auftreten der DDR im System der Vereinten Nationen  
Deutsch-deutsche Beziehungen vor dem Hintergrund internationaler Spannungen – Wachsende Eigeninitiative bei Abrüstungs- und Sicherheitsfragen vor dem Hintergrund von Raketenkrise und Afghanistan-Einmarsch – Die Haltung der DDR zu ökonomischen Fragen – Die UN-Menschenrechtspolitik der DDR vor dem Hintergrund der innenpolitischen Entwicklungen – Die DDR und die Dritte Welt. Die ostdeutsche Entwicklungspolitik in den Vereinten Nationen
4. Die UN-Politik der DDR vom Amtsantritt Gorbatschows bis zur Wiedervereinigung 1985 – 1990
  - 4.1 Die personelle, materielle und finanzielle Beteiligung der DDR in den Hauptorganen und Sonderorganisationen der UN
  - 4.2 Die DDR als Akteur im System der Vereinten Nationen  
Routiniertes Nebeneinander und vorsichtige Kooperation. Die deutsch-deutschen Beziehungen – Rüstungskontrolle und Abrüstung im Zeichen amerikanisch-sowjetischen Tauwetters. Das sicherheitspolitische UN-Engagement der DDR – Kampf für „internationale ökonomische Sicherheit“. Ostdeutsche Positionen zu ökonomischen Fragen – Die Dynamisierung der unabhängigen innenpolitischen Menschenrechtsdebatte und die UN-Menschenrechtspolitik der DDR – Zunehmender ökonomischer Druck. Die Entwicklungspolitik der DDR
5. Das Ende der ostdeutschen UN-Mitgliedschaft

## V. Schlussbetrachtung

## VI. Quellen- und Literaturverzeichnis

## **Systemwechsel und politische Eliten in Ostmitteleuropa. Die Rolle der „alten“ Machthaber in den Demokratisierungsprozessen der postsozialistischen Staaten im Vergleich.**

von Dr. Tom Thieme

Über 20 Jahre nach dem Auftakt der weitgehend friedlichen Systemwechsel in den sozialistischen Diktaturen Europas herrscht Dissens über die Rolle der einstigen politischen Machthaber. Sie vermieden die „chinesische Lösung“, aber befürworteten sie stattdessen Freiheit und Demokratie? Das Handeln der politischen Eliten während der Systemwechsel wurde aus systematisch-politikwissenschaftlicher Perspektive bislang nicht beleuchtet. Die vergleichende Untersuchung der kommunistischen Eliten in der DDR, Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn während der verschiedenen Phasen des Systemwechsels, ihrer Ziele, Mittel, Strategien und Handlungsweisen und somit eine Bewertung ihrer Rolle als Verzögerer, Verhandler oder Gestalter der Systemtransformation ist Gegenstand des Habilitationsprojektes. Die Leitfrage lautet: Welchen Beitrag leisteten die politischen Eliten der kommunistischen Regime zur Etablierung demokratischer Ordnungen?

Die Frage nach Kontinuität und Wandel der früheren Nomenklatur lässt sich entlang der Unterscheidung „Elitenwechsel“ (Austausch der Führungsschicht) und „Elitenwandel“ (Austausch der ideologischen Positionen) sowie entlang der Periodisierung von Systemwechseln analysieren. Zum einen geht es um die Rolle der politischen Eliten in den verschiedenen Phasen der Transformation, (1) Ende des alten Regimes, (2) Institutionalisierung und (3) Konsolidierung des neuen, zum anderen um eine systematische Differenzierung der einstigen Machthaber. Grundlage des methodischen Vorgehens bildet die Operationalisierung von Kriterien und Indikatoren zur Einordnung und Klassifizierung (post)kommunistischer Eliten. Dies setzt eine Differenzierung der politischen Eliten voraus. „Hardliner“ lassen sich in reaktionäre Kräfte, die Liberalisierungstendenzen rückgängig machen und ein totalitäres System (re-)installieren wollen sowie in konservative Kader unterscheiden. Letztere wollten am Status quo einer sozialistischen Diktatur mit gewissen individuellen (weniger politischen) Freiräumen festhalten. Auch innerhalb der „Softlinerfraktion“ gibt es mindestens zwei Untergruppen: Reformen, die eine Dritte-Weg-Konzeption aus Elementen der alten und neuen Ordnung präferieren, und Demokratisierer, die den fundamentalen Bruch mit dem Realsozialismus befürworten. Erklärende Variablen und Indikatoren für Zuordnungen zu den verschiedenen „Elitentypen“ sind entlang der beschriebenen Transformationsphasen zu bestimmen. In der ersten Phase geht es vor allem um Kriterien für die Elitenrolle im Krisenstadium des alten Systems, z. B. die Wandlungsfähigkeit der alten Kader, der Umgang mit den Sicherheitsapparaten und oppositionellen Kräften sowie die ideologischen Erneuerungsversuche der Parteien. In der zweiten Phase stehen u. a. Elitenpositionen zur Demokratisierung im Vordergrund, etwa Maßnahmen zur politischen Beteiligung der Bevölkerung bzw. der oppositionellen Gruppen und das Verhalten gegenüber der formal-demokratischen Umgestaltung. Wichtig ist zudem die Frage, ob Konsens oder Konfrontation die inneren und gesellschaftlichen Vorgänge prägten. In der dritten Phase konzentriert sich die Betrachtung vor allem auf das Verhältnis der (post)kommunistischen Eliten zum Funktionieren der Demokratien, auf Einstellungen gegenüber den demokratischen Verfassungsstaaten und gegenüber der eigenen Vergangenheit (vgl. Anhang).

Das Habilitationsvorhaben siedelt nicht nur thematisch und konzeptionell, sondern auch methodisch an der Schnittstelle von Geschichts- und Politikwissenschaft an. Die in beiden Disziplinen gebräuchlichen Formen der Inhalts- und Dokumentenanalyse sowie der qualitativen Hermeneutik bieten sich für die systematisch angelegte Regionalstudie an. Die Zusammenführung und Untersuchung der Einzelfalluntersuchungen aus vergleichender Perspektive geschieht auf der Meta-Ebene. Dies soll generalisierbare Aussagen ermöglichen und unter den systematischen Prämissen des Merkmalskatalog für Elitenklassifikationen betrachtet werden.

## Anhang:

Kriterien und Indikatoren zur Klassifizierung politischer Eliten in den Phasen der Systemwechsel

| Transformationsphasen             | Kriterien                     | Indikatoren   |
|-----------------------------------|-------------------------------|---|
| 1. Phase - Ende des alten Regimes | Ideologie                     | Restauration, Beharrung, Erneuerung oder Bruch mit den ideellen Grundlagen des Systems; Verhältnis zum „Klassenfeind“; Haltung zu Glasnost und Perestroika            |
|                                   | Repression                    | Ausbau, Beibehaltung, Abbau oder Abschaffung der Sicherheitsapparate; Umgang mit der Opposition; Gewaltfrage; Restriktions- und Kontrollmaßnahmen                     |
|                                   | Liberalisierung               | Erneuerung der Parteispitze; Zulassung von Oppositionsgruppen; gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Öffnung; Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit |
| 2. Phase - Institutionalisierung  | Öffnung des Machtmonopols     | Zusammensetzung von Institutionen der Staatsführung; Einflussmöglichkeiten der Opposition an Runden Tischen   |
|                                   | Verfassungskonflikte          | Positionen zur Beibehaltung, Revision oder Neufassung der Verfassung; Strategien im Verfassungsgebungsprozess, Ergebnisse der Verfassungsgebung                       |
|                                   | Gestaltung freier Wahlen      | Wahlgesetzgebung, Wahltermin, Wahl(rechts)manipulationen, Wahlkampf   |
|                                   | Parlamentarisierung           | Stellung zum funktionalen Wandel der Parlamente; Abstimmungsverhalten bei „Schlüsselentscheidungen“   |
|                                   | Innerparteiliche Umgestaltung | Wandel der Organisationsstruktur und Programmatik; Rechtsnachfolge; Personalwechsel und -rekrutierung; Ausschlüsse; Abspaltungen                                      |
| 3. Phase – Konsolidierung         | Funktionieren der Demokratie  | Verhaltenskonsolidierung der Akteure; Regime-, Regierungs- und Koalitionsstabilität, Abstimmungsverhalten, Vetopotenzial  |
|                                   | Verhältnis zur Demokratie     | Parteiprogramme; angestrebtes Gesellschaftsmodell; extremistische Strömungen; Einfluss auf Anhänger   |
|                                   | Vergangenheitsbewältigung     | Haltung zu den Diktaturen und ihren Verbrechen; Versöhnung mit den Opfern, Bewertung der eigenen Rolle  |
|                                   | Etablierung im neuen System   | Gesellschaftliche Verankerung; öffentliche Wahrnehmung; Einfluss auf die Medien   |

## Kurzbiographie

Dr. Tom Thieme, 1978 in Karl-Marx-Stadt (jetzt Chemnitz) geboren, studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Geographie. Von 2004 bis 2006 promovierte er als Stipendiat der Hanns-Seidel-Stiftung e. V. über extremistische Parteien in Osteuropa, von 2007 bis 2010 arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der TU Chemnitz. Zu den Schwerpunkten seiner Arbeit gehören Parteien, Demokratie- und Extremismusforschung.

## Vorläufige Gliederung

### I. Einleitung ca. 25 S.

1. Relevanz des Themas
2. Problemstellung und Hypothesen
3. Forschungsstand
4. Konzeption und Methodik
5. Aufbau

### II. Grundlagen der Systemwechsel in Ostmitteleuropa – das Dilemma der Gleichzeitigkeit

1. Systeminterne Ursachen ca. 30 S.
  - 1.1. Politische Dimension
  - 1.2. Wirtschaftliche Dimension
  - 1.3. Gesellschaftliche Dimension
2. Systemexterne Ursachen
  - 2.1. Politische Dimension
  - 2.2. Wirtschaftliche Dimension
  - 2.3. Gesellschaftliche Dimension

### III. Analysekonzept – Kontinuität und Wandel alter Eliten im Systemwechsel ca. 50 S.

1. Grundbegriffe
2. Systemwechseltheorien
  - 2.1. System- und Strukturtheorien
  - 2.2. Akteurstheorien
3. Phasen des Systemwechsels
  - 3.1. Ende des alten Systems
  - 3.2. Institutionisierung des neuen Systems
  - 3.3. Konsolidierung des neuen Systems
4. Analyserahmen: (Post)Kommunistische Eliten
  - 4.1. Hardliner, Konservative, Reformer und Demokraten
  - 4.2. Eigeninteresse und Gemeinwohlorientierung
  - 4.3. Indikatoren für Wandel und Kontinuität alter Eliten
5. Fallauswahl
6. Zusammenfassung

### IV. Politische Eliten in der DDR ca. 60 S.

1. Ende des alten Systems
  - 1.1. Ideologische Ausrichtung zu Beginn des Systemwechsels
  - 1.2. Entwicklung der politischen Repressionen
  - 1.3. Öffnung und Liberalisierungstendenzen
    - 1.3.1. Innerparteiliche Entwicklung
    - 1.3.2. Innenpolitische Strategien
    - 1.3.3. Außenpolitische Interessen
2. Institutionalisierung der Demokratie
  - 2.1. Einfluss auf Wahlen, das Wahlsystem und Wahlrechtsgrundlagen
  - 2.2. Strategien und Ziele im Institutionenbildungsprozess
    - 2.2.1. Runder Tisch

- 2.2.2. Verfassung
- 2.2.3. Regierung und Staatsoberhaupt
- 2.2.4. Volkskammer
- 2.2.5. Sonderfall: Deutsche Einheit
- 2.3. Innerparteiliche Demokratisierung
  - 2.3.1. Rechtsnachfolge und formale Umgestaltung
  - 2.3.2. Ideologisch-programmatische Positionierung
  - 2.3.3. Ausschlüsse und Abspaltungen
- 3. Konsolidierung der Demokratie
  - 3.1. Einfluss auf das Funktionieren der Demokratie
  - 3.2. Einstellungen zur Demokratie
  - 3.3. Bewertung der kommunistischen Vergangenheit
  - 3.4. Etablierung im neuen System

#### V. Politische Eliten in Polen ca. 60 S.

- 1. Zusammenbruch des alten Systems
  - 1.1. Ideologische Ausrichtung zu Beginn des Systemwechsels
  - 1.2. Entwicklung der politischen Repressionen
  - 1.3. Öffnung und Liberalisierungstendenzen
    - 1.3.1. Innerparteiliche Entwicklung
    - 1.3.2. Innenpolitische Strategien
    - 1.3.3. Außenpolitische Interessen
- 2. Institutionalisierung der Demokratie
  - 2.1. Einfluss auf Wahlen, das Wahlsystem und Wahlrechtsgrundlagen
  - 2.2. Strategien und Ziele im Institutionenbildungsprozess
    - 2.2.1. Runder Tisch
    - 2.2.2. Verfassung
    - 2.2.3. Regierung und Staatsoberhaupt
    - 2.2.4. Sejm und Senat
  - 2.3. Innerparteiliche Demokratisierung
    - 2.3.1. Rechtsnachfolge und formale Umgestaltung
    - 2.3.2. Ideologisch-programmatische Positionierung
    - 2.3.3. Ausschlüsse und Abspaltungen
- 3. Konsolidierung der Demokratie
  - 3.1. Einfluss auf das Funktionieren der Demokratie
  - 3.2. Einstellungen zur Demokratie
  - 3.3. Bewertung der kommunistischen Vergangenheit
  - 3.4. Etablierung im neuen System

#### VI. Politische Eliten in der Tschechoslowakei ca. 70 S.

- 1. Zusammenbruch des alten Systems
  - 1.1. Ideologische Ausrichtung zu Beginn des Systemwechsels
  - 1.2. Entwicklung der politischen Repressionen
  - 1.3. Öffnung und Liberalisierungstendenzen
    - 1.3.1. Innerparteiliche Entwicklung
    - 1.3.2. Innenpolitische Strategien
    - 1.3.3. Außenpolitische Strategien
- 2. Institutionalisierung der Demokratie
  - 2.1. Einfluss auf Wahlen, das Wahlsystem und Wahlrechtsgrundlagen
  - 2.2. Strategien und Ziele im Institutionenbildungsprozess
    - 2.2.1. Verfassung
    - 2.2.2. Regierung und Staatsoberhaupt
    - 2.2.3. Abgeordnetenhaus und Senat
  - 2.3. Innerparteiliche Demokratisierung
    - 2.3.1. Rechtsnachfolge und formale Umgestaltung
    - 2.3.2. Ideologisch-programmatische Positionierung

- 2.3.3. Ausschlüsse und Abspaltungen
- 3. Konsolidierung der Demokratie – Sonderfall Staatsteilung
  - 3.1. Tschechien
    - 3.1.1. Einfluss auf das Funktionieren der Demokratie
    - 3.1.2. Einstellungen zur Demokratie
    - 3.1.3. Bewertung der kommunistischen Vergangenheit
    - 3.1.4. Einstellungen zum neuen System
  - 3.2. Slowakei
    - 3.2.1. Einfluss auf das Funktionieren der Demokratie
    - 3.2.2. Einstellungen zur Demokratie
    - 3.2.3. Bewertung der kommunistischen Vergangenheit
    - 3.2.4. Einstellungen zum neuen System

## VII. Politische Eliten in Ungarn ca. 60 S.

- 1. Zusammenbruch des alten Systems
  - 1.1. Ideologische Ausrichtung zu Beginn des Systemwechsels
  - 1.2. Entwicklung der politischen Repressionen
  - 1.3. Öffnung und Liberalisierungstendenzen
    - 1.3.1. Innerparteiliche Entwicklung
    - 1.3.2. Innenpolitische Strategien
    - 1.3.3. Außenpolitische Interessen
- 2. Institutionalisierung der Demokratie
  - 2.1. Einfluss auf Wahlen, das Wahlsystem und Wahlrechtsgrundlagen
  - 2.2. Strategien und Ziele im Institutionenbildungsprozess
    - 2.2.1. Runder Tisch
    - 2.2.2. Verfassung
    - 2.2.3. Regierung und Staatsoberhaupt
    - 2.2.4. Parlament
  - 2.3. Innerparteiliche Demokratisierung
    - 2.3.1. Rechtsnachfolge und formale Umgestaltung
    - 2.3.2. Ideologisch-programmatische Positionierung
    - 2.3.3. Ausschlüsse und Abspaltungen
- 3. Konsolidierung der Demokratie
  - 3.1. Einfluss auf das Funktionieren der Demokratie
  - 3.2. Einstellungen zur Demokratie
  - 3.3. Bewertung der kommunistischen Vergangenheit
  - 3.4. Etablierung im neuen System

## VIII. Vergleich der (post)kommunistischen Eliten ca. 100 S.

- 1. Zusammenbruch des alten Systems
  - 1.1. Ideologische Ausrichtung zu Beginn des Systemwechsels
  - 1.2. Entwicklung der politischen Repressionen
  - 1.3. Öffnung und Liberalisierungstendenzen
    - 1.3.1. Innerparteiliche Entwicklung
    - 1.3.2. Innenpolitische Strategien
    - 1.3.3. Außenpolitische Strategien
- 2. Institutionalisierung der Demokratie
  - 2.1. Einfluss auf Wahlen, das Wahlsystem und Wahlrechtsgrundlagen
  - 2.2. Strategien und Ziele im Institutionenbildungsprozess
    - 2.2.1. Runde Tische
    - 2.2.2. Verfassungsgebung
    - 2.2.3. Regierung und Staatspräsident
    - 2.2.4. Ein- und Zweikammernparlamente
  - 2.3. Innerparteiliche Demokratisierung
    - 2.3.1. Rechtsnachfolge und formale Umgestaltung
    - 2.3.2. Ideologisch-programmatische Positionierung



### 2.3.3. Ausschlüsse und Abspaltungen

#### 3. Konsolidierung der Demokratie

3.1. Einfluss auf das Funktionieren der Demokratien

3.2. Einstellungen zur Demokratie

3.3. Bewertungen der kommunistischen Vergangenheit

3.4. Etablierung in den neuen Systemen

#### 4. Ergebnis

### IX. Schlussbetrachtung ca. 25 S.

1. Zusammenfassung

2. Offene Fragen und Perspektiven der Elitenforschung in Transformationsprozessen

### X. Literaturverzeichnis ca. 40 S.

#### 1. Quellen

1.1. Primärquellen

1.2. Sekundärquellen

1.3. Unveröffentlichte Quellen

#### 2. Literatur

2.1. Selbstständig erschienene Literatur

2.2. Unselbstständig erschienene Literatur

Gesamt ca. 500 S.

### XI. Anhang

## **Die sowjetischen Ehrenmale in Berlin und Wien Zum geschichtspolitischen Umgang in Deutschland und Österreich mit einem schwierigen Erbe (1945-2010)**

von Steffi Töpfer

Während der Kämpfe um die deutsche und die österreichische Hauptstadt in den letzten Tagen des Zweiten Weltkrieges im April und Mai 1945 fielen ca. 30.000 Soldaten der Roten Armee in Berlin und ca. 18.000 in Wien. Für die Gefallenen mussten deshalb Bestattungsmöglichkeiten geschaffen werden. Waren dies in Berlin zunächst verschiedene innerstädtische Orte, wurden 1949 3.000 bis 5.000 Gefallene in den Treptower Park umgebettet, wo mit dem Sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow zeitgleich das größte sowjetische Monument außerhalb der UdSSR errichtet wurde. Der sowjetischen Führung war es wichtig in den Ländern der Besiegten bleibende Gedenkort zu erbauen zu lassen, um auf visuellem Feld die dauerhafte Gegenwart der UdSSR zu sichern. Deshalb entstanden bereits im August 1945 auf dem Wiener Schwarzenbergplatz sowie im November 1945 im Berliner Tiergarten sowjetische Ehrenmale.

Aufgrund der bisherigen Quellen- und Literaturrecherche können folgende Befunde der Untersuchung festgehalten werden: Treptow ist nicht nur das bekannteste der Ehrenmale, sondern zudem das einzige, dem in der DDR eine eindeutige politische Funktion zugeschrieben wurde, während das in den Westsektoren stehende Denkmal im Tiergarten eine nachrangige Rolle innehatte. Auch das Wiener Denkmal erhielt bereits kurz nach seiner Erbauung im Zentrum der Stadt eine Außenseiterposition am Rande des öffentlichen Bewusstseins. So können den untersuchten Denkmälern bestimmte Leitfragen zugeordnet werden, die es im Verlauf der Untersuchung zu verifizieren respektive zu falsifizieren gilt:

- Das Sowjetische Ehrenmal im Tiergarten – Fremdkörper im Gebiet West-Berlins oder Monument der Anti-Hitler-Koalition?
- Das Sowjetische Ehrenmal in Treptow – vom Außenseiterstatus zum Zentrum parteistaatlicher Repräsentation der DDR?
- Das „Russendenkmal“ am Schwarzenbergplatz – ungeliebtes Relikt einer kurzen Besatzungszeit?

Vorrangiges Ziel des Dissertationsvorhabens ist die vergleichende Analyse, wie und durch wen die sowjetischen Ehrenmale in dem epochenübergreifenden Zeitraum 1945 bis 2010 geschichtspolitisch (staatlich, administrativ, parteipolitisch, zivilgesellschaftlich, medial, publizistisch) verwendet wurden, wie sich jeweils die Sichten auf die Ehrenmale änderten und ob diese somit als Indikatoren für den gesellschaftlichen und politischen Wandel der Nachkriegsgesellschaften in der SBZ, der DDR, der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich stehen können. Zudem ist eine sowohl kunsthistorische als auch ikonographische Analyse der Denkmale geplant. Aufbauend auf diese Analysen wird die Frage gestellt, wie die sowjetischen Ehrenmale als Orte der Erinnerung im geschichtspolitischen Kontext zu verorten sind in der SBZ (1945-1949), der DDR und der Bundesrepublik Deutschland (1949-1990), in Deutschland (1990-2010) sowie in Österreich unter sowjetischer Besatzung (1945-1955), nach dem Staatsvertrag (1955-1990) bzw. nach dem Ende des Ost-West-Konflikts (1990-2010). Abschließend soll ein Ländervergleich vorgenommen werden, in dem exemplarisch Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Umgang mit den Denkmälern der ehemaligen sowjetischen Besatzer und damit auch mit der eigenen Vergangenheit aufgezeigt werden sollen.

Vor allem ungedruckte Quellen des Bundesarchivs (Außenstelle Berlin), des Landesarchivs, des Landesdenkmalamtes und der BStU Berlin sowie des Bundesministeriums für Inneres in Wien werden im Zuge des Dissertationsvorhabens ausgewertet. Zudem wurden die zeitgenössische Publikationen zu den Denkmälern gesichtet sowie zahlreiche Zeitzeugenbefragungen durchgeführt, vor allem mit Personen, die für die Ehrenmale administrativ zuständig waren bzw. sind oder die sich nach 1990 für ihren Erhalt oder ihre Veränderung/Entfernung eingesetzt haben. Um Fragen des Unterhalts und der Pflege der Denkmale zu untersuchen,

konnten bereits eine Vielzahl von Akten des Magistrats der Stadt Berlin, des Bundesministerium für Inneres Wien sowie der Senats- und Stadtverwaltung Berlin eingesehen werden. Anhand von Artikeln in den verschiedenen auflagenstarken Zeitungen in Berlin (Ost und West) und in Wien, die an den Einweihungs-, sowjetischen Feier- und anderen Gedenktagen in ausgewählten Jahrgängen zwischen 1945 und 2010 erschienen sind, wird zudem untersucht, wie die Denkmale praktisch genutzt und in der Öffentlichkeit dargestellt bzw. wahrgenommen wurden. Bei der Auswahl der Zeitungen wurde – in Abhängigkeit von den jeweiligen politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen – auf ein möglichst breites politisches Meinungsspektrum geachtet.

Ursprünglich schloss das Dissertationsvorhaben auch die Untersuchung des Sowjetischen Ehrenmals in der Schönholzer Heide in Berlin ein. Nach den vergleichenden Recherchen des zurückliegenden Förderungszeitraums wurde aber in Abstimmung mit dem Betreuer der Arbeit beschlossen, dieses Beispiel auszuklammern. Die Anlage in der Schönholzer Heide dient ausschließlich als Ehrenfriedhof für mehr als dreizehntausend Gefallene und weist in ihrer ikonographischen Gestaltung nur wenige Gemeinsamkeiten mit den übrigen untersuchten Anlagen auf. So fehlt beispielsweise eine zentrale Figur, die in Wien und im Falle der beiden anderen Berliner Denkmäler stets der Idealisierung des Rotarmisten als Sieger und Beschützer diene. Auf geschichtspolitischer Ebene spielte die Anlage nur eine untergeordnete Rolle. Aus ähnlichen, nichts zuletzt auch aus arbeitsökonomischen Gründen, wurde auf eine Einbeziehung des auch in Wien – komplementär zum innerstädtischen Ehrenmal – bestehenden Russischen Heldenfriedhofs verzichtet.

Wie alle Denkmale stehen auch die drei sowjetischen Ehrenmale für eine vergangene Zeit, an die aus einer bestimmten, in der Gestaltung der Anlagen wirksamen Perspektive erinnert wird. Dass dabei die Erinnerung an den Großen Vaterländischen Krieg und das Gedenken an die Gefallenen der Roten Armee bzw. der Sieg über den Nationalsozialismus im Mittelpunkt steht, ist offensichtlich. Die Anlagen sind aus dieser Perspektive durchaus als Kriegs- bzw. Siegesdenkmäler zu bezeichnen, die in einer langen gestalterischen Tradition stehen. Bei genauerer Betrachtung und ikonographischer Analyse der Anlagen zeigen sich allerdings vor allem bei der Treptower Anlage wichtige Anleihen aus der christlichen Bild- und Formensprache. Die Bezüge zwischen dem Soldaten mit dem Kind auf dem Arm und Raffaels *Sixtinischer Madonna* wurden vom Bildhauer des Ehrenmals J.W. Wutschetitsch intendiert und im Mai 1985 zum 40. Jahrestag der *Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus* in einem offiziellen Jubiläumsartikel der *Jungen Welt* besonders positiv hervorgehoben und illustriert. Alle drei Denkmale sind zudem bedeutende Ensembles der Architektur der Stalin-Zeit. Gewählt wurde bei der Konzipierung der Anlagen ein Monumentalstil, der ein individuelles Gedenken an die Opfer an den Großen Vaterländischen Krieg unmöglich macht. Während sich jedoch das Treptower Denkmal – vier Jahre später als die anderen erbaut – einer komplexen symbolisch-metaphorischen Formensprache bedient, sind das Ehrenmal im Tiergarten sowie am Schwarzenbergplatz in ihrer Gestaltung konventionell militärisch ausgerichtet.

Meine bisherigen Recherchen haben gezeigt, dass das „Russendenkmal“ in Wien keineswegs nur das ungeliebte, weitgehend ignorierte Relikt einer kurzen Besatzungszeit ist. In Abhängigkeit vom Verhältnis Österreichs zur ehemaligen UdSSR bzw. zur heutigen Russischen Föderation wurde das „Befreiungsdenkmal“ an sowjetischen Feiertagen genutzt. Dabei ist eine deutliche Reduzierung des öffentlichen Interesses bereits kurz nach der Errichtung des Denkmals festzustellen: In den ersten Jahren nach seiner Errichtung (1945-1949) fanden die alljährlichen Feierlichkeiten zur Befreiung Wiens am 13. April stets am „Denkmal für die sowjetischen Befreier“ statt. Jedoch nahm die Prominenz der Vertreter, die Österreich zu diesen Feierlichkeiten entsandte, stetig ab. Nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages zwischen Österreich und der Sowjetunion (1955) wurde dies immer deutlicher. Schließlich ist seit Mitte der 1950er Jahre nur noch die Teilnahme von Vertretern der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ) nachweisbar. Durch die 1956 vorgenommene Verlegung eines am Denkmal positionierten sowjetischen Panzers in das Heeresgeschichtliche Museum der Stadt Wien sowie durch die Exhumierung von vier Ehrengräbern sowjetischer Soldaten, die sich ebenfalls an der Anlage befanden, wurden zudem frühzeitig Maßnahmen ergriffen, die

Anlage und ihre städtebauliche Wirkung zu verändern. Die Motive dieser Maßnahmen werden in der Arbeit – soweit rekonstruierbar – verfolgt.

Auffällig ist auch, dass das Denkmal in den ersten Jahren der Zweiten Republik offiziell als „Befreiungsdenkmal“ bezeichnet wurde, wohingegen es seit den 1960er Jahren beinahe ausschließlich als „Russendenkmal“ bekannt ist. Es gelangte bis zum Ende des Kalten Krieges jedoch nicht als Gegenstand politischer Debatten in den Mittelpunkt öffentlichen Interesses, sondern vor allem durch politisch motivierte Attentate und einen Mordfall mit spektakulärer Tätersuche. Erst nach 1989 stand das Denkmal wieder im Mittelpunkt öffentlicher Debatten und wurde zum Objekt nachdrücklicher Forderungen nach Abriss bzw. Verkleinerung. Entsprechende Maßnahmen unterblieben allerdings.

Für die zwei Berliner Ehrenmale haben die gesichteten Quellen den Eindruck bestärkt, dass ausschließlich das Treptower Denkmal eine entscheidende geschichtspolitische Rolle in den Jahren 1949 bis 1990 innehatte. Diese Funktion des Denkmals – als Ort für Aufmärsche, Feierlichkeiten, Staatsbesuche und Jubiläen – wurde während des 40jährigen Bestehens der DDR *zunehmend* wichtig. Beispielhaft zeigt sich diese zunehmende Präsenz des Ehrenmals im „kollektiven Gedächtnis“ der DDR-Bevölkerung an den alljährlich stattfindenden Feiern zum 8. Mai. Dass kollektive Erinnerungsakte immer eine mediale Dimension aufweisen, zeigt auch das stärker werdende Echo in den Medien der DDR auf diese Rituale anlässlich des „Tages der Befreiung vom Hitlerfaschismus“ von 1949 bis 1989. So versammelten sich 1985 zum 40. Jahrestag des 8. Mai – bei der sogenannten „Manifestation der Jugend am Treptower Ehrenmal“ – rund 50.000 Thälmann- und Jungpioniere sowie Komsomolzen im „Schein der Fackeln“ auf dem Gelände des Ehrenmals. Das war der bis dahin größte Aufmarsch an diesem sowjetischen Denkmal. Nach 1990 folgte naturgemäß ein dramatischer Einbruch in der praktischen Nutzung und in der Berichterstattung zum 8. Mai.

Die Quellenlage für die Berliner Denkmale ist differenzierter als für das Wiener Vergleichsbeispiel. So können auch die „alltäglichen“ Seiten der Pflege der Denkmäler völlig neu beleuchtet werden. Es zeigt sich, dass auch hier die Mangelwirtschaft der DDR ihre Spuren hinterließ. Zwischen 1945 bis 1990 wurde beinahe um jede pflegerische Maßnahme gestritten; nach 1990 mussten die Anlagen deshalb vollständig saniert werden. Ähnlich wie im Fall des Wiener Denkmals wurde auch am Ehrenmal im Tiergarten im November 1970 ein politisch motiviertes Attentat verübt. Es war der einzige Anlass, durch den das Denkmal zugleich in die Schlagzeilen der ost- *und* der westdeutschen Medien geriet. Bezeichnend für den Stellenwert des Westberliner Ehrenmals in der Politik Ost-Berlins ist dabei, dass zwar die dortigen Behörden zuständig für die Pflege der Anlage waren und die Staatssicherheit Überwachungsmaßnahmen bis hin zur Verfolgung des Attentäters von 1970 durchführte, eine offizielle Nutzung des Denkmals für Gedenkfeiern und Kranzniederlegungen jedoch unterblieb. Dies war ausschließlich Mitgliedern der Partei- und Regierungsdelegationen der UdSSR vorbehalten.

Bereits jetzt kann für alle untersuchten Denkmale festgehalten werden, dass sie seit ihrer Errichtung genuine *russische Erinnerungsorte* in der deutschen und österreichischen Hauptstadt waren und noch heute sind. Es sind nach wie vor Orte, die nicht nur von den ehemaligen russischen Besatzern erbaut sondern auch bis heute symbolisch geprägt wurden – als Zeichen des siegreichen Triumphes, der Trauer und der Befreiung zugleich. Gerade der „Dank für die Befreiung“ zeigte sich in Praxis allerdings als ambivalent: entweder er wird, wie beim Treptower Ehrenmal, bis 1990 systematisch politisch verordnet, oder er tritt, wie beim Wiener Denkmal nach dem Abzug der Sowjetarmee und später – nach 1990 – auch beim Treptower Ehrenmal, rasch in den Hintergrund, da ein selbsttragendes Gedenken „der Gesellschaft“ sich nur in Ansätzen entwickelt hat.

Das Monument im Berliner Tiergarten spiegelt hingegen die Zerrissenheit Berlins der Jahre 1949/1961 bis 1990 wider. Das sowjetische Ehrenmal auf dem Gebiet der Westsektoren war der Staats- und Parteiführung der DDR zwar administrativ unterstellt, aber faktisch gänzlich unbeachtet und steht heute wieder in der Mitte Berlins, vor allem als touristischer Schauplatz. Indem die Dissertation diese komplizierte Konstellation – Denkmal in *West-Berlin*, Un-

terhalt und Pflege durch die Behörden im *Osten* der Stadt – untersucht, leistet sie auch einen Beitrag zur Erforschung dieses wenig bekannten Kapitels der Teilungsgeschichte Berlins.

### **Kurzbiographie**

Steffi Töpfer, 1978 in Nordhausen geboren, verheiratet, eine Tochter. Von 2001 bis 2007 Studium der Kulturwissenschaften und Journalistik an der Universität Leipzig. Seit 2001 mehrere Praktika (u. a. MDR Figaro, NDR Info, Goethe Institut St. Petersburg, Deutsche Bahn) sowie Tätigkeit als Geschäftsführerin des Kompetenzzentrums Mittel- und Osteuropa Leipzig e.V. Seit 2009 Stipendiatin der Stiftung Aufarbeitung und Studentin an der Research Academy Leipzig.

## Gliederung

### 1. Einleitung

- 1.1 Untersuchungsgegenstand und Fragestellung
- 1.2 Quellenlage und Forschungsstand
- 1.3 Theoretischer Ansatz: Konzepte deutscher Geschichtspolitik

### 2. Ausgangslage und Entwicklung der geschichtspolitischen Beziehungen

- 2.1 Zwischen der UdSSR und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR)
- 2.2 Zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland
- 2.3 Zwischen der Russischen Föderation und Deutschland
- 2.4 Zwischen der UdSSR/Russischen Föderation und Österreich

### 3. Die sowjetischen Ehrenmale in Berlin (Treptow/Tiergarten) und Wien

- 3.1 Eine Beschreibung der Anlagen
- 3.2 Die Komponenten – eine Interpretation ihrer Symbolik
- 3.3 Ensembles der Architektur der Stalin-Zeit

### 4. Die sowjetischen Ehrenmale in Berlin (Treptow/Tiergarten)

#### 4.1 Berlin 1945 bis 1949

- 4.1.1 Erbauung und Einweihungsfeierlichkeiten
- 4.1.2 Zwischen Ost- und West-Berlin: Funktionen und Nutzungsformen im Vergleich

#### 4.2 Deutsche Demokratische Republik und West-Berlin 1949 bis 1990: Zwei Ehrenmale zwischen Außenseiterstatus und politischer Inszenierung?

- 4.2.1 Die Unterhaltung der Ehrenmale
- 4.2.2 Zwischen Mauerbau, Attentat und Fall der Mauer – Funktionen und Nutzungsformen des Sowjetischen Ehrenmals in Berlin-Tiergarten  
*ODER: Das sowjetische Ehrenmal im Tiergarten – Fremdkörper im Gebiet West-Berlins oder Monument der Anti-Hitler-Koalition?*
- 4.2.3 Von Legenden, Ritualen und medialer Präsenz – Funktionen und Nutzungsformen des Sowjetischen Ehrenmals in Berlin-Treptow  
*ODER: Das sowjetische Ehrenmal in Treptow – vom Außenseiterstatus zum Zentrum partei-staatlicher Repräsentation der DDR?*

#### 4.3 Deutschland 1990 bis 2010: Gegen das Vergessen oder sowjetische Ehrenmale als Touristenattraktion?

- 4.3.1 Der rechtliche Status nach 1990
- 4.3.2 Verfall und Sanierung
- 4.3.3 Beispiele der Präsentation und Nutzung
- 4.3.4 Exkurs: Ein Streit ohne Folgen? Die Zitate Stalins auf den Kenotaphen des Treptower Ehrenmals

#### 4.4 Die geschichtspolitische Einordnung der sowjetischen Ehrenmale in Berlin (1945 bis 2010)

## 5. Das sowjetische Ehrenmal in Wien (Schwarzenbergplatz)

### 5.1 Wien 1945 bis 1955: Das erste sowjetische Denkmal in einem Land der Besiegten

#### 5.1.1 Erbauung und Einweihung am Wiener Schwarzenbergplatz

#### 5.1.2 Vom „Befreiungsdenkmal“ zum „Russendenkmal“: Funktionen und Nutzungsformen

### 5.2 Österreich 1955 bis 1990: Alles anders durch den Staatsvertrag?

#### 5.2.1 Die Unterhaltung des Denkmals

#### 5.2.2 Ungeliebtes Relikt einer kurzen Besatzungszeit? – Funktionen und Nutzungsformen des sowjetischen Ehrenmals am Schwarzenbergplatz

### 5.3 Österreich 1990 bis 2010: Ein Bedeutungswandel des „Russendenkmals“?

#### 5.3.1 Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts (1989/1990)

#### 5.3.2 Während des doppelten Gedenkjubiläums (2005)

### 5.4 Die geschichtspolitische Einordnung des „Russendenkmals“ am Wiener Schwarzenbergplatz (1945 bis 2010)

## 6. Die sowjetischen Ehrenmale in Berlin und Wien. Zum geschichtspolitischen Umgang in Deutschland und Österreich mit einem schwierigen Erbe (1945-2010).

Anhang 1: Literaturverzeichnis

Anhang 2: Quellenverzeichnis

Anhang 3: Abbildungsverzeichnis

Anhang 4: Interviews

## **Rückkehrende Gutsbesitzer und Dorfbewölkerung in Brandenburg - Getrennte Geschichte nach 1945? Gemeinsame Geschichte seit 1989/90?**

von Ines Langelüddecke

In Brandenburg kehren seit 1989/90 einige der Nachfahren enteigneter Gutsbesitzer auf ihre Familiengüter von einst zurück. Sie müssen sich zurechtfinden in einer ländlichen, postsozialistischen Transformationsgesellschaft, während die Dorfbewohner mit dem impliziten Anspruch der Rückkehrer konfrontiert sind, dem Dorf eine neue Ordnungsstruktur zu verleihen. In meiner Promotion soll es anhand ausgewählter Fallbeispiele darum gehen, welche Konzepte von Gut und Dorf das Verhältnis von rückkehrenden adligen Gutsbesitzern und vom DDR-Sozialismus geprägten Dorfbewohnern in Brandenburg heute bestimmen.

Die zentrale Frage ist, welche Deutungen vom Ende des zweiten Weltkriegs mit Enteignung, Vertreibung und Bodenreform, aber auch welche historischen Narrative von Gut und Dorf vor 1945 auf der Seite der vertriebenen Gutsbesitzer in der Bundesrepublik ebenso wie auf der Seite der Dorfbewohner in der DDR weitergegeben wurden. Wie haben sich die unterschiedlichen Vergangenheitsdeutungen und die sozialen und materiellen Realitäten im Adel und im Dorf gewandelt, wie hoch ist das Ausmaß an Stabilität und Kontinuität über den doppelten Umbruch von 1945 und 1989/90 hinweg?

Der zeitliche Bogen der Untersuchung reicht von 1945 bis in die Gegenwart. Man kann nach Pierre Nora den Komplex von Gut und Dorf als einen Erinnerungsort mit besonderer Bedeutung für Gutsbesitzer und Dorfbewohner betrachten, der für die jeweilige Gruppe identitätsstiftende Bedeutung hat.

In dieser Untersuchung zum Diskurs von Gut und Dorf werden zwei Gruppen in den Blick genommen, die im Verhältnis zueinander stehen als Vertriebene und Zurückgebliebene, Bundesbürger und DDR-Bürger, aber auch als zwei habituell unterschiedliche Gruppen, als Adlige und Dorfbewohner, die sich bis 1945 einem traditionell überlieferten Gesellschaftsgefüge von Obrigkeit und Untergebenen zuordneten.

Das Ziel der Promotion soll eine deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte zwischen brandenburgischen Gutsbesitzern und Dorfbewohnern sein. In dieser Arbeit sollen vor dem Hintergrund der Teilung Deutschlands die unterschiedlichen Vergangenheitsdeutungen, Diskurse und kulturellen Praktiken zum Thema Gut und Dorf innerhalb des jeweiligen sozialen Kontextes analysiert und auf ihren Gegenwartsbezug hin untersucht werden. Das Anliegen der Promotion ist eine sozialgeschichtlich fundierte Deutungsgeschichte, die nach den Erfahrungen einzelner Individuen und Bevölkerungsgruppen in einer durch den doppelten Umbruch von 1945 und 1989/90 radikal veränderten Gesellschaft fragt.

Dabei bilden Gutsbesitzer und Dorfbewölkerung nach 1945 zwei parallele Erinnerungsgemeinschaften, zwischen denen in den meisten Fällen keine reale Beziehungsebene besteht. Der durch Vertreibung und Enteignung heimatlos gewordene Adel in der Bundesrepublik betreibt eine eigene innerfamiliäre Erinnerungskultur, indem er in Erzählungen und Chroniken sein Bild des Lebens auf den Gütern vor 1945 an die Nachfahren weitergibt und häufig Rituale wie Bälle, Familientage oder Jagdausflüge pflegt. Traditionspflege und Familienbewusstsein haben für den Adel immer auch eine stabilisierende Funktion, um den gesellschaftlichen Abstieg und die Gefahr der „Verbürgerlichung“ abzuwenden, wie Eckart Conze in seiner Studie „Von deutschem Adel. Die Grafen von Bernstorff im 20. Jahrhundert“ feststellt.

Parallel zum Adel in der Bundesrepublik betreibt auch die Dorfbewölkerung in der DDR ihre Erinnerungsarbeit, durch die sie sich mit den positiven wie negativen Aspekten der früheren Obrigkeit auseinandersetzt. Denn das traditionelle Herrschaftsgefüge mit dem Gutsbesitzer als Respektsperson und dem Gut als dominierendem Wirtschaftsfaktor hatte für die Untergebenen immer zwei Seiten. Sie erfuhren im Patronat Fürsorge und Schutz, aber auch Ausbeutung und Abhängigkeit. In dieser Ambivalenz bewegt sich für die Dorfbewölkerung die Erinnerung an die, aber auch die Abgrenzung von den alten Herrschern. Den Rahmen dafür bilden



jedoch stets die Handlungsspielräume, die die SED-Führung als neue Herrschaftselite mit ihrer „Anti-Junker-Propaganda“ in der DDR vorgibt. Zugleich werden die Dorfbewohner nach der Enteignung von den neuen Machthabern aufgefordert, sich die ehemaligen Güter und landwirtschaftlichen Flächen anzueignen. Dabei lassen sich auf lokaler Ebene deutliche Unterschiede bei der Umsetzung der offiziellen Direktiven der SED-Diktatur beobachten.

In den 50er und 60er Jahren baute die SED stetig ihre alleinige Machtposition aus, verbunden mit einer Deutung, in der die Erinnerung an die Geschichte vor 1945 entweder tabuisiert oder vor allem negativ konnotiert war. Erst Ende der 70er und in den 80er Jahren wird mit der Diskussion um „Tradition und Erbe“ in der DDR innerhalb eines staatlich vorgegebenen Rahmens die Erinnerung an die preußische Geschichte und damit zum Teil auch die Erinnerung an die Gutsbesitzer wieder zugelassen. Währenddessen können die vertriebenen Familien und ihre Nachfahren seit Abschluss des Grundlagenvertrags 1972 zwischen der DDR und der Bundesrepublik und den damit verbundenen Reiseerleichterungen zum ersten Mal wieder ihren früheren Gutsbesitz und die Dörfer in der DDR besuchen. Zeitgleich bekommen sie mit dem Lastenausgleich nach 1975 erstmalig eine offizielle Anerkennung des Verlusts durch die Bundesrepublik und eine finanzielle Aufrechnung ihrer früheren Vermögenswerte. Seit den 80er Jahren reisen die früheren Gutsbesitzer und ihre Familien verstärkt in die DDR.

Mit dem Mauerfall und der Wiedervereinigung vollzieht sich 1989/90 der zweite Umbruch nach 1945, mit dem die Rückkehr der Gutsbesitzer bzw. deren Nachfahren auf die früheren Güter wieder möglich wurde. Da die Enteignungen, die in der sowjetischen Besatzungszone von 1945 bis 1949 stattgefunden hatten, nach der Wiedervereinigung nicht rückgängig gemacht wurden, mussten die vertriebenen Familien ihren früheren Besitz zurückkaufen. Nur die Gutsbesitzer, die unter nationalsozialistischer Herrschaft, insbesondere nach dem 20. Juli 1944, enteignet wurden, bekamen nach der Wiedervereinigung ihr Eigentum zurückerstattet.

Nur ein kleiner Teil der enteigneten adligen Familien hatte die Möglichkeit für Rückkehr und Rückkauf. Meine eigenen Schätzungen belaufen sich derzeit auf ungefähr 50 bis 70 Familien, die heute wieder dauerhaft in Brandenburg leben.

Im Mittelpunkt meiner Arbeit stehen die adligen Familien, die zurückgekehrt sind. Ihre Vergangenheitsdeutungen und Perspektiven auf die Gegenwart sollen in Beziehung zu den Sichtweisen der Dorfbewohner gesetzt werden. Dabei geht es nicht darum, Erfolg oder Scheitern der Rückkehr zu beurteilen, sondern den Wandel und die Kontinuitäten im Diskurs von Gut und Dorf in der Vergangenheit zu verfolgen sowie die sozialen und mentalen Auswirkungen eines historischen Narrativs in der Gegenwart zu verorten.

Der Quellenkorpus zur Erforschung der Familiengeschichte der vertriebenen adligen Familien nach 1945 setzt sich zusammen aus Familienchroniken, Briefen, Tagebüchern und Presseauschnitten, die größtenteils im Brandenburgischen Landeshauptarchiv Potsdam archiviert sind oder mir von den Familien überlassen wurden. Zentral für meine Arbeit sind die von mir geführten lebensgeschichtlichen Interviews mit adligen Rückkehrern verschiedener Generationen.

Für die Untersuchung des staatlichen Rahmens in der Bundesrepublik, in dem sich seit ungefähr 1968 der Prozess der offiziellen Anerkennung der Enteignung und der finanziellen Entschädigung vollzog, ist die Überlieferung der Lastenausgleichsakten von Bedeutung. Die Lastenausgleichsakten der brandenburgischen adligen Familien, soweit vorhanden, konnten im Lastenausgleichsarchiv in Bayreuth eingesehen werden.

Das Quellenmaterial zu den früheren brandenburgischen Gutsdörfern umfasst die Bodenreformprotokolle, die Gemeindeakten, die Berichte der jeweiligen SED-Grundorganisationen, Berichte übergeordneter staatlicher Stellen und der SED-Behörden, aber auch Kirchenarchive und Presseberichte über die Dörfer. Überlieferungen finden sich im Brandenburgischen Landeshauptarchiv in Potsdam, in den jeweiligen Kreisarchiven und teilweise im Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde. Diese Quellen werden durch von mir geführte lebensgeschichtliche Interviews und teilweise auch durch Experteninterviews zu bestimmten Themen ergänzt. Interviewt werden Dorfbewohner mit einer Verbindung zum Gut genauso wie frühere Bauern, Pfarrer, SED-Parteifunktionäre oder Bürgermeister.

Methodisch stütze ich mich auf Konzepte von Gedächtnis und diskursiven Erinnerungspraktiken, wie sie vor allem von Jan und Aleida Assmann, Maurice Halbwachs oder Pierre Nora diskutiert werden. Ich ziehe Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR heran, wie die von Ralph Jessen oder Thomas Lindenberger, um Handlungsspielräume und die Grenzen der SED-Diktatur auszuloten. Zentral für meine Forschung ist außerdem der methodische Ansatz einer Beziehungsgeschichte zwischen Abgrenzung und Verflechtung, die bezogen auf die DDR und die Bundesrepublik von Christoph Kleßmann mit dem Konzept der „asymmetrisch verflochtenen Parallelgeschichte“ konkretisiert wurde.

Während Kleßmann und andere mit dem Terminus der „asymmetrisch verflochtenen Parallelgeschichte“ die These verbinden, dass im allgemeinen die Aufmerksamkeit der DDR-Bürger für die Bundesrepublik größer war als vice versa, lassen meine bisherigen Recherchen im Fall der Gutsbesitzer und der Dorfbevölkerung ein umgekehrtes Aufmerksamkeitsgefälle vermuten. Die Gutsbesitzer waren stärker auf die verlorene Heimat und ihre Güter in der DDR ausgerichtet als die Dorfbevölkerung auf die abwesenden Gutsbesitzer, deren Bild immer mehr verblasste, je weiter 1945 zurücklag.

Zugleich soll diese Arbeit ein Beitrag zur Sozialgeschichte des deutschen Adels sein, der durch neuere Studien von Heinz Reif, Eckart Conze oder Stephan Malinowski in den Fokus der Geschichtsschreibung gerückt ist. Allerdings wurde die Geschichte des vertriebenen deutsch-deutschen Adels bisher kaum systematisch erforscht.

Mit elf adligen Rückkehrern, deren Familien 1945 in Brandenburg enteignet wurden, sind von mir bisher lebensgeschichtliche Interviews geführt worden, so mit Alard von Arnim, Fredenwalde; Ferdinand von Lochow, Petkus; Hans-Georg von der Marwitz, Friedersdorf; Barbara von Oppen, Kröchlendorff; Daisy von Arnim, Lichtenhain; Friedrich von Ribbeck, Ribbeck; Anke von Arnim Freifrau von Reitzenstein, Bietikow; Isa-Marie von Holtzendorff, Wilsickow; Bernhard von Barsewisch, Groß Pankow; Detlef Graf von Schwerin, Berlin/Bülowssee und Jürgen von Chamier, Berlin/Gollmitz. Insgesamt 15 Interviews sind geplant.

Aus diesem Sample von adligen Rückkehrern und dazu gehörenden Dörfern sollen drei bis fünf Fallgeschichten ausgewählt werden, die genauer beschrieben werden. Die Recherche eines Fallbeispiels ist abgeschlossen, ein zweites Fallbeispiel wurde teilweise bearbeitet.

In dem ersten erforschten Fallbeispiel geht es um ein brandenburgisches Dorf, in dem während der DDR-Zeit der adlige Gutsbesitzer und Saatzüchter nie ganz in Vergessenheit geriet. So entschied sich die Gemeinde nach der Enteignung der adligen Familie 1946 dafür, eine Straße nach dem berühmten Saatzüchter zu benennen, die trotz einer offiziellen Anordnung zur Umwidmung von 1951 weiter diesen Namen behielt. In dem Dorf wurde das frühere Gut in ein sogenanntes volkseigenes Gut (VEG) Saatzucht umgewandelt, vor Ort wurde damit die Tradition der Züchtung fortgeführt. Die positive Beurteilung des früheren Gutsbesitzers auf lokaler Ebene und das Bestreben, seine Person anschlussfähig zu machen für den sozialistischen Erinnerungskanon, gipfelte 1981 in der Umsetzung eines alten Denkmals für den Saatzüchter vor das VEG-Gebäude.

Die Aufnahme dieses historischen Narrativs im Rahmen der „Tradition- und Erbe-Debatte“ lässt sich vor allem damit erklären, dass der Saatzucht im Sozialismus eine hohe wirtschaftspolitische Bedeutung zukam und sich auf diese Weise sozialistische Fortschrittskonzepte an eine frühere ortsspezifische Tradition anknüpfen ließen. Außerdem hatte die adlige Familie bereits vor dem Bruch von 1945 ihre Familientradition für eine positive Aneignung durch das Dorf geöffnet. Durch die Umstrukturierung des Saatzuchtbetriebs in eine GmbH legte sie bereits 1926 den Grundstein dafür, dass sich ein früherer Gutsbetrieb partiell in ein von einem Aufsichtsgremium und einem Geschäftsführer geführtes Unternehmen umwandelte und sich damit nicht mehr ausschließlich im Familienbesitz befand.

Nach 1945 wurde das renommierte Brandenburger Saatzuchtunternehmen von einem der früheren Geschäftsführer in der Bundesrepublik neugegründet. Allerdings gelang es der vertriebenen adligen Familie nicht, wieder maßgeblich in die Führung ihres früheren Familienbetriebes einzusteigen. Teile der Familie ließen sich nach der Vertreibung in Chile nieder.

Die Nachfahren des letzten Gutsbesitzers kamen 1990 nicht nur in ein seit 1945 völlig verändertes Dorf, das sich nach dem Ende der DDR in einer Transformationssituation befand, sondern waren auch damit konfrontiert, ihr über die Zeit der Bundesrepublik konserviertes Bild des früheren Gutsdorfes an eine neue Realität anpassen zu müssen. Anknüpfen konnten sie allerdings an die positive Beurteilung ihres Vorfahren, der das Dorf durch die Saatzucht bekannt gemacht hat. Die mentalen Auswirkungen des Bruchs von 1945, die Prägungen durch die Bundesrepublik und die DDR sind für alle aus dieser Generation, Dorfbewohner wie Adlige, heute noch permanent spürbar.

An dem zweiten von mir erforschten Fallbeispiel ist vor allem auffällig, wie stark im Dorf – im Unterschied zum ersten Fall – die Erinnerung an die adlige Familie während der DDR-Zeit tabuisiert war. Die Ländereien des Gutes wurden mit der Bodenreform aufgesiedelt, das Schloss wurde 1947 abgerissen, die Kirche wurde nach Kriegsschäden nur notdürftig repariert und seit Ende der 50er Jahre nicht mehr genutzt, auch die Gräber der adligen Familie wurden nicht mehr gepflegt. Anfang der 80er Jahre kamen dann regelmäßiger westdeutsche Tagesreisende in das kleine Dorf, um die von Theodor Fontane in seinen „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“ ausführlich beschriebene Kirche, die Ruinen des Schlosses und den Herkunftsort einer der bekanntesten preußischen Adelsfamilien zu besichtigen. Als zeitgleich mit dem wachsenden Interesse an der Geschichte des Gutes und des Dorfes der Einsturz des Kirchendachs drohte, wurde der Kirchenvorstand aktiv und sanierte notdürftig in Eigeninitiative. Zu den früheren Besitzern waren über die Dauer der Teilung die Verbindungen abgebrochen, aber nach der Wiedervereinigung kaufte ein landwirtschaftlich und unternehmerisch ausgebildeter Nachfahre, der nicht der direkte Erbe ist, den Landbesitz zurück und entschied sich dafür, mit seiner Familie wieder an dem Ort seiner Vorfahren zu leben. Restauration und Neuerfindung sind die hier beiden Pole, mit der sich der Versuch der zweiten Generation der Vertriebenen beschreiben läßt, - über den doppelten Bruch von 1945 und von 1989/90 hinweg – an die adligen Traditionen der Familie anzuknüpfen.

### **Kurzbiographie**

Ines Langelüddecke, Jahrgang 1976, zwei Kinder, studierte Geschichte, Politikwissenschaft und Literatur in Göttingen, Oxford und Berlin. Ihrer Magisterarbeit über den Mythos Tamara Bunke in der DDR wurde 2004 der Humboldt-Preis der HU Berlin verliehen. Sie hat als Beraterin in der Politik und für Stiftungen gearbeitet. Ihre Dissertation wird von Prof. Dr. Dorothee Wierling an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg betreut.

## **Aktualisierte Gliederung**

|  |               |
|--|---------------|
| I Einleitung   | Seiten 1 – 15 |
| II Kurze historische Einordnung: Gutsbesitzer und Dorfbevölkerung bis 1945   | 15 – 20       |
| III Getrennte Geschichte 1945 – 1989/90? –<br>Deutungsgeschichte, Erfahrungsgeschichte, Sozialgeschichte                           | 20 – 25       |
| <u>1. Gutsbesitzer ohne Güter in der Bundesrepublik</u>  |               |
| a) Adelspezifische Opfernarrative<br>und der Lastenausgleich als Entschädigungsverfahren   | 25 – 40       |
| b) Der ambivalente Blick auf die frühere Heimat:<br>Imagination der Vergangenheit und Realität der DDR-Gegenwart                   | 40 – 48       |
| c) Der Adel als Traditionsgemeinschaft<br>in der egalitär verfassten Bundesrepublik  | 48 – 55       |
| <u>2. Dorfbevölkerung ohne Gutsbesitzer in der DDR</u>   |               |
| a) Die Aneignung der Güter<br>im Spannungsfeld von Kontinuität und Neubeginn   | 55 – 65       |
| b) Das Gut als Erinnerungsort zwischen offizieller Propaganda<br>und eigensinniger Gedächtnispraxis der Dorfbevölkerung            | 65 – 77       |
| c) Vom Gutsdorf zum Dorf im Sozialismus:<br>Modernisierungsprozesse, Geschichtsbewusstsein<br>und der Blick auf die Bundesrepublik | 77 – 85       |
| IV Fünf Fallgeschichten 1945 – 1989/90 – heute   |               |
| a) Fallgeschichte A  | 85 – 125      |
| b) Fallgeschichte B  | 125 – 165     |
| c) Fallgeschichte C  | 165 – 205     |
| d) Fallgeschichte D  | 205 – 245     |
| e) Fallgeschichte E  | 245 – 285     |
| V Schluss  | 285 – 300     |

## **„Wo ein Genosse ist, da ist die Partei“!?**

### **Stabilität und Erosion an der SED-Parteibasis von 1979 bis 1989**

von Sabine Pannen

Die Stärke und Unbesiegbarkeit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, so heißt es im letzten Statut der SED von 1976, liege in der ideologischen und organisatorischen Einheit und Geschlossenheit ihrer Reihen, der freiwilligen und bewussten Disziplin, der aktiven und selbstlosen Arbeit aller Kommunisten, in ihren engen und vertrauensvollen Beziehungen zu den Werktätigen sowie im sozialistischen Patriotismus und proletarischen Internationalismus. Dieses Selbstverständnis der SED, die ihre Mitgliedschaft als „geschlossenen Kampfbund Gleichgesinnter“ begriff, wurde spätestens mit ihrem Machtverlust und schlagartigem Zerfall von der Realität eingeholt. Im Herbst 1989 setzten die Massenausritte ein und Ende 1990 war der einstige „Vortrupp der Arbeiterklasse“ – inzwischen in Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) umbenannt – auf etwas mehr als zehn Prozent der einstigen Größe, auf 284.000 Mitglieder geschrumpft. Diesem von außen scheinbar plötzlichen Zerfall gingen innere Entwicklungen voraus, so die Hypothese, die zusammenfassend als Erosionen bezeichnet werden und sich hinter dem propagierten Bild der „Stärke und Unbesiegbarkeit“ ausbreiteten.

Neben der Analyse von Erosionsprozessen widmet sich die Untersuchung umkehrt den Faktoren, die den Zusammenhalt der Großorganisation bedingten und letztlich ihre Stabilität bewirkten, um eine eindimensionale teleologische Perspektive auf das bekannte Ende der Staatspartei zu vermeiden. Im Zentrum der Untersuchung stehen schließlich Fragen nach den Ursachen dieser Entwicklungen, ihren Dynamiken und in welchen Schüben sie sich bis zu den Massenausritten im Herbst 1989 vollzogen.

Die Parteibasis, die in der Arbeit in Kontrast zum hauptamtlichen Parteiapparat und zur Parteiführung verstanden wird, war laut Statut „Fundament der Partei“. Auch wenn diese Metapher Teil des Parteimythos war, so bringt sie doch zum Ausdruck, dass der Mitgliedschaft eine zentrale Stabilisierungsfunktion zukam. Als Bindeglied zwischen Regime und Bevölkerung galten die Genossen im staatssozialistischen Alltag der Betriebe und Wohngebiete als Repräsentanten der Einheitspartei und als Vermittler ihrer Politik. Somit waren sie zentral für die Legitimation und Aufrechterhaltung der so genannten „führenden Rolle“ der SED. Die Einheitspartei war zudem keine kleine privilegierte Kaste, sondern eine Massenpartei. 1987 erreichte sie mit 2.328.331 Mitgliedern und Kandidaten den Höchststand ihrer Mitgliederentwicklung. Bei insgesamt 12 Millionen Erwachsenen Einwohnern war damit jeder sechste DDR-Bürger Genosse und die Staatspartei auch quantitativ eine bedeutende Größe im gesellschaftlichen Gefüge der DDR. Trotz ihrer unbestreitbaren Relevanz für das Verständnis der zweiten deutschen Diktatur fand die Parteibasis und ihr Innenleben in der Forschung bisher kaum Beachtung. Wir wissen wenig über die soziale Praxis und Kultur der untersten Ebene der SED. Über die in ihr vorherrschenden Kommunikationsformen oder deren Milieu bildende Kraft fehlt es bisher an einer systematischen empirischen Aufarbeitung des Parteiensowie einer Untersuchung der Bindungs- und Integrationskraft der Staatspartei, um ihren Zusammenhalt und damit ihre Dauer sowie ihren Zusammenbruch zu erklären. Die Untersuchung verfolgt deshalb das Ziel die Innenwelt und die Tragfähigkeit des so genannten „Fundaments der Partei“ zu untersuchen, um zu verstehen welche Kräfte bzw. Entwicklungen es ins Wanken und schließlich zum Einbruch brachten.

Zunächst gilt es das von der Parteiführung geprägte Bild des „freiwilligen Kampfbunds Gleichgesinnter“ aufzubrechen und die Parteibasis nicht als homogene und geschlossene Gruppe williger Erfüllungsgehilfen zu betrachten. Sie wird vielmehr als äußerst heterogene Gruppierung verstanden, die aus Menschen unterschiedlichen Alters und Geschlechts bestand und der zudem verschiedene Berufsgruppen und soziale Milieus angehörten. Insofern ordnet sich die Parteizugehörigkeit in unterschiedliche Bedeutungszusammenhänge, die

durch strukturelle Bedingungen und individuelle Erfahrungen bestimmt sind. Abhängig vom beruflichen Kontext, der Generationszugehörigkeit und familiär-sozialen Prägungen formten sich unterschiedliche Alltagsstrukturen sowie Wahrnehmungs- und Denkhorizonte. Die Bindung zur Partei, zu ihren Werten und ihrer Programmatik, hatte demnach verschiedene Intensitäten und Loyalität übersetzte sich in variierende Verhaltensmuster, von „absoluter“ Identifikation bis hin zu Anpassung und Akzeptanz. Diese unterschiedlichen Bindungen zur Partei werden in einer Typologie von Mitgliedern abgebildet, die nicht den Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. Gleichwohl sollen mit ihr qualitative Aussagen über die SED-Mitgliedschaft getroffen werden, so dass ein für die achtziger Jahre charakteristisches Bild der Mitgliedschaft gezeichnet wird, welches beispielsweise für die fünfziger Jahre andere Ausprägungen und „Typen“ vorzuweisen hätte. Insofern umfasst dieses Panorama bisher folgende Typen: der hauptamtliche Parteisekretär - „Kümmerer“ und autoritärer Parteisoldat, der kritisch-treue Parteiintellektuelle, der sich Freiräume schaffende Künstler/ „Intelligenzler“, das Kind des Funktionärs, der „missmutige“ Wehrdienstleistende, der karrierebewusste Betriebsmanager, der distanzierte Ingenieur, der unter Druck stehende Meister, der unabhängige Stahlarbeiter, der engagierte Lehrer, die angepasste Angestellte, der Parteiveteran, der Kommunist ohne Parteibuch.

Neben IM- und Stimmungsberichten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) und Analysen sowie Berichten der Abteilung Parteiorgane des Zentralkomitees (ZK) und der Zentralen Parteikontrollkommission (ZPKK) speist sich die Typologie überwiegend aus Autobiographien und selbstreflexiven Schilderungen „einfacher“ Parteimitglieder in publizierten Interviewbänden, Autobiographien und Tagebüchern. Da jenseits der Apparatperspektive überwiegend Personen aus dem „White-Collar“ Bereich Artikulationsbereitschaft durch zeitgenössische oder retrospektive Texte zeigen, wird eine Oral-History Studie durchgeführt. Die Studie konzentriert sich dabei auf die Stadt Brandenburg/Havel und das dortige Stahlwerk und bildet somit eine industrielle und provinzielle Kontrastfolie zu den dominierenden Überlieferungen städtisch geprägter Intellektueller, Künstler und Funktionäre. Neben der Möglichkeit jene Milieus bzw. Gruppen der Mitgliedschaft abzubilden, die sich kaum in Ego-Quellen äußern, gilt für Brandenburg/Havel und das dortige Stahlwerk die besondere Situation einer relativ dichten SED-Überlieferung. Stimmungs- und Informationsberichte sowie Untersuchungen und Protokolle der Kreispartei kontrollkommission der Kreisleitung Brandenburg/Havel und der Betriebsparteileitung des Stahlwerkes sind fast vollständig erhalten und reichen teilweise bis in das Jahr 1989. So kann die Wahrnehmung und Erinnerung von Zeitzeugen als auch die Sicht des Parteiapparates verknüpft werden, um davon ausgehend verallgemeinernde Aussagen über republikweite „Normalität(en)“ der Parteizugehörigkeit und des Parteilebens treffen zu können.

Neben der Mitgliedertypologie werden in einer weiteren Untersuchungsebene die Logiken und Ausprägungen des Parteilebens sowie seine soziale Praxis in den Blick genommen. Einerseits wird die Funktion der Rituale aus Sicht der SED und andererseits deren tatsächliche Ausprägung im Alltag untersucht. Dabei gilt es die innerparteilichen Rituale der Inklusion und Exklusion wie etwa die Eingabepraxis von Genossen oder Parteistrafen zu analysieren. Da das Stahlwerk in Brandenburg/Havel als Fallbeispiel für die Untersuchung dient, wird das Parteileben dieses Großbetriebes genauer in den Blick genommen, wobei die Parteistrukturen im Werk betrachtet und das Stahlwerk darüber hinaus als Arbeitsplatz in der Stadt Brandenburg/Havel kontextualisiert wird.

Parteizugehörigkeit und Berufsleben waren im Alltag eng miteinander verzahnt, da die SED betrieblich organisiert war. Diese Organisationsstruktur und -kultur war Spezifikum einer kommunistischen Partei sowjetischen Typs und aus Perspektive der höheren Ebenen von entscheidender Bedeutung um ihre „führende Rolle“ aufrecht zu erhalten. Sie gewährleistete eine effiziente Kontrolle bzw. Disziplinierung sowie Mobilisierung der Genossen an der Basis zur Umsetzung der so genannten „führenden Rolle“. Zugleich war die Parteizugehörigkeit auf individueller Ebene eng mit sozialer Mobilität verknüpft und der berufliche Aufstieg ging nicht selten mit Erhalt oder Besitz des Parteibuches einher. Diese Reziprozität fand ihren Niederschlag im Parteileben. Insofern werden soziale und berufliche Logiken des Parteilebens beispielhaft am Stahlwerk in Brandenburg/Havel analysiert, das auch im Verlauf der folgenden

diachronen Ebene als Fallbeispiel immer wieder für empirische Tiefenbohrungen herangezogen wird.

Ausgehend von der Mitgliedertypologie und der Analyse des Parteilebens erstreckt sich die diachrone Ebene, wobei die Kontrolle der Parteidokumente 1980 und der Umtausch der Parteidokumente 1989 die zeitlichen Bezugspunkte bilden. Im Zentrum stehen die Fragen nach Themen und Problemen, die insbesondere Parteimitglieder beschäftigten und der Reaktion der verschiedenen Mitgliedertypen darauf. Um Entbindungs- bzw. Entloyalisierungsprozesse und damit die mentale Verfassung der SED-Mitgliedschaft im letzten Jahrzehnt der DDR nachzuzeichnen, werden insbesondere Stimmungsberichte und IM-Berichte des MfS, aber auch Eingaben von Genossen und Berichte und Analysen der Abteilung Parteiorgane und der Parteikontrollkommission auf zentraler und lokaler Ebene herangezogen. Um eine einseitige Apparatperspektive aus MfS und SED-Überlieferungen zu vermeiden, werden ebenso Ego-Quellen von Parteimitgliedern sowie Zeitzeugeninterviews herangezogen. Die Analyse setzt bereits vor dem Jahr 1980 ein, wobei der Topos der „goldenen siebziger Jahre“ angesichts der seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage hinterfragt und innerparteilich von einer relativen Stabilität ausgegangen wird. Den Zerrüttungen zwischen Regime und Künstlern nach der Zwangsausbürgerung Wolf Biermanns (1976) sowie der Aufregung um Bahros Alternative (1977) und dem Spiegel-Manifest (1978) folgte eine republikweite Kontrolle der Parteidokumente. Zwar konnten innerparteiliche Oppositionsbestrebungen zum Erliegen gebracht werden, allerdings wird bezweifelt, dass damit in der Mitgliedschaft die proklamierte Einheit und Geschlossenheit herrschte. Vielmehr zeigt sich die Tendenz, dass in der ersten Hälfte der achtziger Jahre soziale Ungleichheit in Mitgliedschaft und Gesellschaft im Zuge der sich verschärfenden wirtschaftlichen Krise zunahm. Intershops, die nur jenen mit Westgeld und insofern auch mit Westverwandtschaft offen standen, wuchsen zum Symbol der Ungleichheit heran. Das Versprechen der Grundversorgung und sozialen Gerechtigkeit im Sozialismus wurde ausgehöhlt, wobei spezifische Gruppen in der Mitgliedschaft sozialen Desintegrationsprozessen ausgesetzt waren. Als „Geheimnisträger“ durften insbesondere Funktionäre und Angestellte im Staatsdienst keinen Kontakt zur ihrer Westverwandtschaft pflegen. Somit versperrte ihre berufliche Position und ihre politische Zugehörigkeit den Zugriff auf die entscheidende Ressource Westmark, die jenseits der offiziellen Hierarchien über die soziale Stellung in der Gesellschaft entschied. Zugleich gilt es diese sich schon in den siebziger Jahren abzeichnende Entwicklung vor dem Hintergrund der Destabilisierungen im Nachbarland Polen zu betrachten, da die Entwicklungen in der Volksrepublik aufmerksam von Bevölkerung und Parteimitgliedern verfolgt wurden.

Eine weitere Dimension, die für die Untersuchung der ersten Hälfte der achtziger Jahre von Relevanz ist, bildet der Umgang mit dem „Klassenfeind“. Während der NATO-Doppelbeschluss eingeübte Feindbilder beglaubigte, ließen sich Honeckers Dialog-Politik und die Milliardenkredite der Bundesrepublik angesichts des fest gefügten Weltbildes schwerlich kommunizieren. Im Zentrum des Interesses steht die Frage, wie den Genossen an der Basis angesichts der angespannten wirtschaftlichen Lage diese Politik seitens der höheren Ebenen vermittelt wurde und wie sie diese wiederum an parteilose Kollegen und Nachbarn kommunizierten. Dabei gilt es zu sondieren, welche Gruppen in der Mitgliedschaft welche Positionen bezogen.

Mit dem Amtsantritt Gorbatschows wurde eine Dynamik des vielschichtigen „Problemstaus“ ausgelöst, die sich erst langsam vollzog und teilweise sogar stabilisierende Momente hatte, jedoch spätestens ab 1988 immer schneller und massiver Erosions- und Entbindungsprozesse auslöste. Das Sputnik-Verbot (1988) stellt nach bisherigen Recherchen einen zentralen Legitimationsbruch dar, da weite Teile der Parteibasis ihre Folgebereitschaft aufkündigten. Es gilt zu ermitteln, welche Gruppen in der Mitgliedschaft ihre Loyalität bereits vorher entzogen hatten, welche mit dem Sputnik-Verbot und wer weiterhin an der Parteiführung in der eskalierenden Systemkrise des Jahres 1989 fest hielt. In der „Wende“ setzte der Zerfall der Partei ein, wobei die „leisen“ Massenaustritte ihr Pendant in den Protesten der Basis vor

dem Gebäude des ZK und im Berliner Lustgarten am 8. und 11. November 1989 fanden. Mit der Streichung der „führenden Rolle“ der Partei aus der Verfassung am 1. Dezember 1989 lösten sich die Strukturen des bisherigen politischen Systems auf, womit auch die Auflösung der Betriebsparteigruppen und die organisatorische Verlagerung der verbliebenen Parteibasis in die Wohngebiete einherging. Damit war jedoch nicht das Ende der sozialistischen Einheitspartei eingetreten, sondern eine Etappe ihrer Transformation, die diese Untersuchung bis zum Sonderparteitag und der Umbenennung in SED-PDS verfolgen wird.

### **Kurzbiographie**

Sabine Pannen, geboren 1980, studierte von 2001 bis 2008 Neuere und Neueste Geschichte und Kunstgeschichte in Berlin und Kapstadt. Während ihres Studiums arbeitete sie als studentische Hilfskraft am Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte in Berlin. Nach Abschluss ihres Studiums war sie am DHM und als Mitarbeiterin im SPD-Parteivorstand tätig. Seit Januar 2010 ist sie als Doktorandin am Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam assoziiert.



## Gliederung

### I. Einleitung

- Fragestellung, Forschungsstand, methodischer Ansatz, theoretische Einbindung
- historischer Bezugs- bzw. Fluchtpunkt (1953, 1956, 1961)

### II. Mitgliedertypologie (Mentalität und Parteibindung)

- Der ideale Kommunist – Archetyp und moralischer Bezugspunkt (Statut als wichtiger moralischer Bezugspunkt für Mitglieder, kommunistische Mythen, wie Thälmann etc.)
- Der hauptamtliche Parteisekretär: „Kümmerer“ und autoritärer Parteisoldat
- Der kritisch-treue Parteiintellektuelle
- Der sich Freiräume schaffende Künstler/ Intelligenzler
- Das Kind des Funktionärs
- Der „missmutige“ Wehrdienstleistende
- Der karrierebewusste Betriebsmanager
- Der distanzierte Ingenieur
- Der unter Druck stehende Meister
- Der unabhängige Stahlarbeiter
- Der engagierte Lehrer
- Die angepasste Angestellte
- Der Parteiveteran
- Der Kommunist ohne Parteibuch

### III. „Normalität“ und innerparteiliche Stabilität? Die soziale Praxis des Parteilebens

- Innerparteiliche Logiken: Die Leninschen Normen des Parteilebens und der „revolutionäre Alltag“
- Integrations- und Disziplinierungsmechanismen (Parteistrafen/ Eingaben)
- Fallbeispiel: Das Stahlwerk in Brandenburg/Havel - Das Werk als Sozialraum in Brandenburg und die SED im Stahlwerk

### IV. Das Jahr 1979 - am Ende des „goldenen“ Jahrzehnts?

- Biermann, Bahro und das „Spiegel-Manifest“ – keine innerparteiliche Opposition
- Kaffeekrise und NATO-Doppelbeschluss – Versorgungsschwierigkeiten und alte Feindbilder

### V. Risse unter der Oberfläche – fragile Stabilität und Desintegrationsprozesse (1980-85)

- Die **Kontrolle der Parteidokumente 1980** (republikweit, in Brandenburg/Havel und im Stahlwerk)

- Intershops - Symbol der Ungleichheit in Mitgliedschaft und Gesellschaft
- „Parteitagsmüdigkeit“: der X. Parteitag im April 1981 (Memorandum)
- Polnische Verhältnisse? Informationspolitik und Versorgungskrise: Parteimitglieder zwischen allen Fronten (1982)
- Der Feind im Westen? Honecker und Strauß im Dialog (1983)

#### VI. „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen“ – Außenpolitische Stabilität und ideologische Erosion (1985-1987)

- Der neue Mann im Kreml und der XI. Parteitag April 1986
- Versorgungskrise und Westreisen
- Erosion der Feindbilder: Sacharow und Ideologiepapier (1987)
- Honecker besucht die BRD: Höhepunkt der Anerkennungspolitik

#### VII. Delegitimierungsprozesse und „rasender Stillstand“ (1988)

- Rosa-Luxemburg Demo
- Die Westmark als „Fetisch der DDR-Bevölkerung“ (Reisebestimmung für den Osten, CSSR und UVR Jan. 1988)
- Das Sputnik-Verbot: Aufbegehren und Disziplinierung der Basis (Nov. 1988)

#### VIII. Zwischen Stillstand und Aufstand – das 40. Jahr der DDR

- Reiseregulation – Vertiefung der Spaltung der Gesellschaft (Jan. 1989)
- Dissidenz in der Krise - Rolf Henrich und „Der vormundschaftliche Staat“
- **Umtausch der Parteidokumente Sept. 1989** (republikweit, in Brandenburg/Havel und im Stahlwerk)

#### IX. Autoritätsverfall und Agonie: Die SED in der „Wende“ (Okt.1989 bis Dez. 1989)

- Aufstand der Parteibasis – Parteikonferenz oder außerordentlicher Parteitag (8. November ZK, 11. November Lustgardemonstration)
- Reformprojekt „Moderner Sozialismus“ an der Humboldt-Universität
- Umbenennung statt Auflösung – Der Sonderparteitag

#### X. Fazit: Normalität(en) im Niedergang – Kohäsion und Erosionen

## **Arena des Übergangs.**

### **Die Treuhandanstalt in den ökonomischen, kulturellen und gesellschaftlichen Transformationsprozessen 1990-1990**

von Markus Böick

In den frühen 1990er-Jahren erschien eine Institution des (ökonomischen) Übergangs in den fünf neuen Ländern den allermeisten Zeitgenossen als zentral: Die Treuhandanstalt. Diese „Zwitterbehörde“ (W. Seibel), noch von der Modrow-Regierung im März 1990 zur „Bewahrung“ des „volkseigenen Vermögens“ gegründet, jedoch in Folge des ersten Staatsvertrages strategisch und personell ab Juli 1990 ausgebaut und radikal neu ausgerichtet, dominierte insbesondere die zeitgenössische Wahrnehmung des ökonomischen Umbaus Ostdeutschlands. Obgleich die Institution in den frühen 1990er-Jahren omnipräsent war – allein das Treuhand-interne Medienarchiv umfasst über 150.000 Presseberichte bis Ende 1994 – verschwand die extrem umstrittene Institution mit ihrer (Schein)Auflösung am 30. Dezember 1994 gänzlich aus dem öffentlichen, später auch aus dem wissenschaftlichen Blickfeld: Hatte sich in den frühen 1990er-Jahren noch insbesondere Sozial-, Politik- sowie Wirtschaftswissenschaftler in Forschungsprojekten begleitend mit den vielschichtigen Tätigkeitsfeldern der Institution befasst, versiegte dieses Interesse schon bald nach ihrer Auflösung. Die deutsche Zeitgeschichtsforschung hingegen mied bisher die Beschäftigung mit den unübersichtlichen und hochumstrittenen ökonomischen Umbauprozessen sowie ihrer wesentlichen Akteure fast vollständig.

Das vorliegende Projekt will die Treuhandanstalt aus zeithistorischer Perspektive neu in den Blick nehmen und begreift sie als eine zentrale „Arena des Übergangs“, als institutionellen Begegnungs- und Interaktionsraum der Transformation in den frühen 1990er-Jahren. Vier größere Themenkreise sollen dabei im Fokus stehen: Erstens die historiografische Kontextualisierung der vielfältigen und polarisierten Interpretationen der zeitgenössischen Politik-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler, aber auch der Journalisten und Künstler, ihrer Perspektiven, Semantiken und Deutungen der ökonomischen Umbauprozesse; zweitens eine Vorgeschichte von Ideen und Ideologien der Privatisierung, die in die 1980er-Jahre ausgreifen muss und insbesondere professionelle Mentalitäten des späteren „Westpersonals“ der Treuhand im Blick hat, die aber auch Vorprägungen und Erwartungen auf Seiten des DDR-Personals nachgeht; drittens ein kulturgeschichtlicher Blick auf die Institution, der weniger auf institutionelle Entscheidungsfindungsprozesse abhebt und die Treuhandanstalt als komplexe „Miniaturgesellschaft“ mit eigener Symbolordnung, ihren Ritualen, Praktiken und Semantiken begreift; schließlich viertens der zentrale Aspekt der Interaktion verschiedener professioneller wie regionaler Gruppen in verschiedenen gesellschaftlichen Kontexten: Auf der einen Seite die Interaktionen im Binnenraum der Treuhand – innerhalb der „Transfereliten“ (Verwaltungsbeamte und Wirtschaftsexperten), zwischen westdeutschem Führungspersonal und ostdeutschem Verwaltungspersonal sowie auch zwischen Männern und Frauen; auf der anderen Seite die externen, oft konfliktreichen Begegnungen des west-östlichen Treuhandpersonals mit der Transformationsgesellschaft: hier vor allem die Betriebsführungen und -belegschaften, aber auch die lokale Gesellschaft insgesamt. Diese Begegnungs-, Beziehungs- und Wahrnehmungsmuster des Wirtschaftsumbaus sollen in an konkreten regionalen Fallbeispielen – auf Betriebsebene – herausgearbeitet werden.

Dem angestrebten Projekt liegt ein interaktives wie multiperspektives Verständnis der Transformationsprozesse zugrunde, dass sich von den bisher dominierenden abstrakten und quasi-naturgesetzlichen (Katastrophen-)Konzeptionen löst: Der Wirtschaftsumbau im Ostdeutschland der 1990er-Jahre erfolgte keineswegs ausschließlich „von oben und von außen“ (K. Jarausch), sondern realisierte sich in konkreten Interaktionsgefügen im Spannungsfeld verschiedener Gruppen vor Ort. Die zeithistoriografische Erkundung von Praxis, Erfahrung und Deutung dieser ökonomischen, kulturellen wie gesellschaftlichen Übergänge ist daher Hauptanliegen des Projekts.

## **Kurzbiographie**

Marcus Böick, 1983 in Aschersleben geboren, studierte von 2004 bis 2009 Geschichte, Politikwissenschaft, Soziologie und Sozialpsychologie an der Ruhr-Universität Bochum und war als Tutor und Hilfskraft, ab 2010 als Mitarbeiter und Lehrbeauftragter am Lehrstuhl für Zeitgeschichte tätig. Seine Masterarbeit behandelte mediale, wissenschaftliche wie politische Diskurse über den Umbau der ostdeutschen Wirtschaft nach 1990. Veröffentlichungen u.a. im *Deutschland Archiv*.

## **Vorläufige Gliederung**

### **I. Einleitung** ca. 20 S.

1. Forschungsstand und Literatur
2. Quellengrundlagen
3. Methodik
4. Leitfragen

### **II. Kontexte und Umfeld** ca. 80 S.

1. Vorgeschichte(n): Bundesrepublik und DDR in den 1980ern
2. Institutionengeschichte: Entstehung, Ausbau, Auflösung der THA
3. Deutungsstreit: öffentliche Debatten in den frühen 1990ern
4. Gesellschaft im Übergang: Transformationsprozesse
5. Nachgeschichte(n): Das „Erbe“ der Treuhandanstalt

### **III. Interaktion und Institution** ca. 100 S.

1. Personalentwicklung der Treuhandanstalt im Überblick
2. Ostdeutsches Verwaltungspersonal
3. Westdeutsches Führungspersonal
4. Interaktions- und Wahrnehmungsmuster
5. *Corporate Identity*: institutionelle Identifikationsangebote
6. *Meltingpot East-West*: Die Treuhand als „Miniatur der Einheit“?

### **IV. Regionale Konstellationen** ca. 130 S.

1. Die Treuhand vor Ort: die THA-Niederlassungen
2. Fallbeispiel A: Halle (Saale)
3. Fallbeispiel B: Schwerin
4. Fallbeispiel C: Erfurt
5. Grundmuster der lokalen Interaktionen

### **V. Fazit: Arena des Übergangs?** ca. 20 S.

### **VII. Anhang**

1. Literaturverzeichnis
2. Quellenverzeichnis

## **Wohnfabriken. Die Wissens- und Ideengeschichte von Planstädten in der DDR am Beispiel der "sozialistischen Chemiarbeiterstadt" Halle-Neustadt**

von Henning Schulze

Zwei Fahrgäste wirken etwas verloren auf dem Bahnsteig, der etwa fünfhundert Meter misst. Ein ungewöhnlicher Treffpunkt für eine untypische Stadtführung: Ich bin mit Henning Schulze zu einem Gespräch über die „Chemiarbeiterstadt der DDR“ verabredet, wie der heutige Stadtteil Halle-Neustadt einst hieß. Schulze ist Zeithistoriker und arbeitet an seiner Dissertation zur „Ideengeschichte von Planstädten in der DDR“.

„Halle-Neustadt ist, wenn man so will, mein Laboratorium.“, sagt Schulze. Wir haben die Bahnhofstreppen erklimmt und stehen auf einem großen, zugigen Platz im Stadtzentrum. Das hier war die Hauptschlagader Halle-Neustadts dimensioniert für den täglichen Transfer von mehreren tausend Menschen. Daher die langen Bahnsteige, an denen ab Mitte der 1960 Jahre täglich bis zu drei Schichtzüge gleichzeitig in Richtung Leuna und Buna abfuhr. Die „Chemiarbeiterstadt“ sollte in erster Linie ein Arbeitskräftereservoir für die Chemiekombinate der DDR sein. Gerade in der chemischen Industrie hatte die DDR große Probleme, die Arbeiterinnen und Arbeiter zu halten. Halle-Neustadt war ein Prestigeprojekt mit der Botschaft: „Wir kümmern uns um die Arbeitenden“: modern, großräumig gestaltet und für damalige Verhältnisse geradezu luxuriös ausgestattet. Graue Betonklötze, die so genannten „Scheiben“, dominieren das Stadtzentrum. Kaum vorstellbar: Dies war einst begehrter Wohnraum. Wohnungen waren Mangelware in der DDR, und das Konzept ging auf. Mitte der 1970er Jahren wohnten bereits 70.000 Menschen in Halle-Neustadt.

Aber es ging hier, wie in den Planstädten der DDR überhaupt, um mehr als nur Wohnungsbau oder Sozialpolitik. Halle-Neustadt sollte erzieherisch auf die Bewohnerinnen und Bewohner wirken. Hier sollte sich die vielbeschworene „sozialistische Menschengemeinschaft“ prototypisch verwirklichen. Während des Rundgangs wird das bei jedem Schritt deutlich: Die Stadt war flächendeckend mit einem Netz von Schulen, Kindergärten und -krippen überzogen. Werke „sozialistischer Kunst“ finden sich noch heute überall. Die Kunst stand wie die Bildung im Auftrag der Ideologie. Staat und Partei bestimmten die Inhalte, mit denen die Bewohnerinnen und Bewohner Halle-Neustadts planmäßig „beschult“ und „bekunstet“ wurden. Dabei ging es nicht um eine freie Bildung oder kritische Auseinandersetzung mit der Kunst, sondern um die Schaffung eines „neuen Typs von Menschen“. Schulze bringt das Ansinnen auf eine griffige Formel: „Aus Proleten sollten Proletarier werden – nicht weniger, aber auch nicht mehr.“

Zwischen den Wohnhäusern – fast ausschließlich Plattenbauten – erinnern flache Zweckgebäude an die einstigen „Komplexzentren“ mit Großkaufhallen, -gaststätten und -reinigungen aber auch Bibliotheken und Kultureinrichtungen. Schulze interessieren die Ideen, die hinter der Gestalt und Ordnung der Planstädte stehen. Dem Willen der Erbauer nach hätte hier eine sozialistische Mustergemeinschaft entstehen sollen: arbeitsam, klassisch gebildet, staatsreu. In der Realität habe das freilich anders ausgesehen, und das will er mit Aktenstudien und Zeitzeugeninterviews untersuchen. Gemessen an den Erwartungen waren die Lebensentwürfe der Bewohnerinnen und Bewohner offenbar eigensinnig. Dafür sprechen auch die wenigen bereits in der DDR erschienenen soziologischen Studien. Der Fernseher oder der Kleingarten waren wohl wichtiger als der Schreibzirkel oder das Studium marxistischer Klassiker. Besonders alarmiert war die Partei- und Staatsführung angesichts der ab den 1980er Jahren entstehenden Jugendsubkultur. Die Stasi observierte die Szene, es kam zu Verhaftungen. Aus Schulzes Sicht sind all dies Symptome für das letztendliche Scheitern der Idee von der „besseren Stadt“.

„Die Erbauer stellten sich Halle-Neustadt offenbar wie eine Fabrik vor.“, meint er, alles sei wie ein Fließband angelegt gewesen. Nur sei es hier nicht um die Herstellung von Maschinen gegangen, sondern um die Produktion von Menschen. „Das Projekt ‚Chemiarbeiterstadt‘ und sein utopischer und dystopischer Gehalt oder einfacher gesagt: ‚Was ist da – glücklicherweise – schiefgegangen?‘“ – so fasst Henning Schulze sein Thema zusammen.

## Kurzbiographie

Henning Schulze, Jahrgang 1980, studierte Mittlere und Neuere Geschichte, Politik- und Religionswissenschaften in Leipzig. 2004 bis 2005 war er Sprecher des StudentInnenRates der Universität Leipzig. 2006-2010 war er als studentischer, zuletzt als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Hochschulforschung (HoF) Halle-Wittenberg tätig.

Publikationsauswahl unter:

[http://www.hof.uni-halle.de/mitarbeiter/henning\\_schulze/publikationen.htm](http://www.hof.uni-halle.de/mitarbeiter/henning_schulze/publikationen.htm)

## Gliederungsentwurf

### 1. „Wohnfabriken“: Das narrative Feld

- 1.1. Das Leitbild der sozialistischen Modellstadt
  - 1.1.1 Gleichheitspostulat
  - 1.1.2 Arbeitsethos
  - 1.1.3 Bildungsideal
- 1.2. Der Planstadt-Prototyp Halle-Neustadt
  - 1.2.1 Vom Stadtteil zur Stadt
  - 1.2.2 „Chemiearbeiterstadt“
  - 1.2.3 „Großstädtigkeit“

### 2. Stadtplanungs- und Baugeschichte

- 2.1. Von der „KuLiNaTra“ zum Plattenbau
- 2.2. Die ersten Planstädte: Stalinstadt, Schwedt, Hoyerswerda
- 2.3. Halle-West: Planungsphase und Baubeginn: 1960–1964
- 2.4. Halle-Neustadt: Die 60er Jahre
- 2.5. Konsolidierung der Planungen: Korrekturen und Pragmatisierung
- 2.6. P2 und WBS 70

### 3. Die Planstadt als Bildungskombinat

- 3.1. Kinderkrippen und -gärten
- 3.2. Schulwesen
- 3.3. Berufsbildungswesen
- 3.4. Fort- und Weiterbildung
- 3.5. Planstadt als Wissenschaftsstandort
- 3.6. Das „Bildungszentrum“ Halle-Neustadt: Bildungsoptimismus in Beton

### 4. Die Planstadt als Kulturkomplex

- 4.1. Stadt der Bildenden und Angewandten Künste
  - 4.1.1. Bekunstung des Stadtraumes
  - 4.1.2. Halle-Neustadt als künstlerisches Motiv
  - 4.1.3. Galerie- und Ausstellungswesen
- 4.2. Literaturstadt
  - 4.2.1. Halle-Neustadt-Literatur
  - 4.2.2. Bibliotheksnetz
- 4.3. Halle-Neustadt-Filme
  - 4.3.1. Großbaustellen-Filme
  - 4.3.2. Plattenbaustadt-Filme
- 4.4. Kunstpreis Halle-Neustadt
- 4.5. Organisierte Freizeitkultur
  - 4.5.1. Schulkulturarbeit
  - 4.5.2. Chöre und Orchester
  - 4.5.3. Arbeiterfestspiele

- 4.5.4. Klub der Intelligenz
- 4.6. Jugendkultur
  - 4.6.1. Jugendszene
  - 4.6.2. FDJ-Klubkultur
  - 4.6.3. Offene Arbeit: Junge Gemeinde
- 4.7. Evangelische Kirchengemeinde

## **5. Öffentlicher Raum und Alltag**

- 5.1. Politische Symbolproduktion
- 5.2. Lokalpresse
- 5.3. Routinen des Alltags als Symbolproduzenten
- 5.4. Stadtwahrnehmung
- 5.5. Halle-Neustadt-Images
  - 5.4.1. Selbstimages
  - 5.4.2. Fremdimages

## **6. Fazit: Der Ideenhaushalt einer sozialistischen Planstadt**

- 6.1. Die städtebauliche Idee als Realität?
- 6.2. Die institutionelle Landschaft: Makro-, Meso-, Mikroebene
- 6.3. Das Wissen der Stadt: Narratives Feld, Kommunikation und symbolpolitische (Selbst-)Steuerung
  - 6.3.1. Wissensformen und Wissensordnung
  - 6.3.2. Halle-Neustadt als Inkubator kultureller Devianz: Planstadt und Autonomie

## **Die Strafvollzugsanstalt Hoheneck. Das zentrale Frauengefängnis der DDR 1950 – 1989/90**

von Sebastian Lindner

Die noch vor knapp 60 Jahren im bundesrepublikanischen Diskurs als „Ausdruck menschlichen Handelns und Empfindens“, gar als „Kulturerscheinung“ gelobten Gefängnisse sind in unserer heutigen pluralistischen Gesellschaft längst keineswegs mehr eine unumstrittene Institution zur Verwahrung straffällig gewordener Bürger. Schlagworte wie die der „erlernten Hilfslosigkeit“ oder der „Selbstrekrutierung“ künftiger Strafgefangener machen die Runde und offenbaren die lauter werdende Kritik am Gefängnis als solchen. Eine derartige Grundsatzdebatte wäre unter den Vorzeichen des totalitären Regimes der SED allein wegen der eklatanten Missstände im DDR-Strafvollzug undenkbar gewesen. Inhärentes Wesensmerkmal des realsozialistischen Strafvollzugs war die Komponente der politischen Haft, die durch die Obrigkeit allerdings geleugnet worden ist. Doch ist das keineswegs auf die Nichtexistenz politischer Gefangener zurückzuführen, sondern auf die eigenwillige Wahrnehmung dieser Delikte als kriminelle Taten. Eine der über 80 Haftanstalten, in der politische und kriminelle Häftlinge zusammen ihre Freiheitsstrafen verbüßten, war Hoheneck, der als zentralem Frauengefängnis der DDR eine exponierte Rolle im vielfältigen Repressionsapparat des SED-Regimes zukam. Am Ende der zweiten deutschen Diktatur waren die meisten von ihr genutzten Gefängnisse über 100 Jahre alt und damit schon vor deren Beginn dreidimensionaler Ausdruck längst vergangener Strafvollzugsideen gewesen. Hoheneck bildet hierbei keine Ausnahme. Bereits im Jahr 1864 auf den Ruinen einer hochmittelalterlichen Burg als Königlich-Sächsisches Weibezuchthaus eröffnet, war es bis zur Übergabe an die Deutsche Volkspolizei im Jahr 1950 auch schon Männerzuchthaus, Reservelazarett, Jugendgefängnis und Haftanstalt für nach Befehl 201 Verurteilte gewesen. Als sich die sowjetische Besatzungsmacht jedoch dazu entschlossen hatte die letzten Speziallager auf deutschem Boden aufzulösen, wurden im Februar 1950 1.119 tribunalverurteilte Frauen mitsamt etwa 30 Kleinkindern von Sachsenhausen nach Hoheneck verlegt. Neben den SMT-Verurteilten wurden bereits seit 1950 auch von deutschen Gerichten verurteilte Kriminelle hierher eingeliefert. Aufgrund der sukzessiven Zunahme der kriminellen Neuzugänge im Wechselspiel mit mehreren Amnestien und Entlassungsaktionen stellten bald die Kriminellen die Mehrheit unter den Strafgefangenen in Stollberg. Über die 40 Jahre realsozialistischen Stollberger Strafvollzugs hinweg waren politische Häftlinge dennoch stets präsent und machen in etwa ein Drittel aller Personen aus, die je in Hoheneck inhaftiert gewesen sind.

Anhand dieses berüchtigten Frauengefängnisses, das nicht etwa geheim war, wie eine SPIEGEL-Reportage unlängst glauben machen wollte, wird einem konkreten Haftort Gestalt verliehen, um an ihm die Facetten des DDR-Strafvollzuges und dessen Transformation aufzuzeigen. Die Arbeit fußt dabei auf drei thematischen Längsschnitten: Gefangenenstruktur, Arbeitseinsatz und Erziehung, medizinische Versorgung. Letztere kann dabei nur skizzenhaft rekonstruiert werden, da sowohl die Literatur- als auch die Quellenlage schütter sind. Das Alleinstellungsmerkmal des Vorhabens ist zweifelsohne die Einbeziehung der kriminellen Häftlinge bzw. die Fokuserweiterung auf den gesamten Mikrokosmos des Stollberger Gefängnisses, während bisherige Betrachtungen sich auf die politisch motivierte Inhaftierung beschränkten.

Die Entwicklung des Gefangenenbestandes ist ein verlässlicher Gradmesser für Tendenzen in der Strafverfolgung, wobei dessen Veränderungen auf unterschiedlichste Ursachen zurückzuführen sind. Grundlage für die Rekonstruktion der Gefangenenstruktur ist die Auswertung der Haftkarteikarten, welche in der JVA Waldheim überliefert sind. Um sowohl dem Beobachtungszeitraum von 40 Jahren als auch einer ausgewogenen Kosten-Nutzen-Relation zu genügen, wurde für die Samplebildung jede zehnte Haftkarteikarte ausgewertet. Dadurch ist eine belastbare empirische Basis gewährleistet, um verlässliche Aussagen zu den mehr



als 23.000 Frauen treffen zu können, die unter dem SED-Regime ihre Strafe in Hoheneck verbüßen mussten.

Generell unterteilt sich die Arbeit in drei Phasen, von denen die Erste gleichzeitig die kürzeste, nämlich von 1950 bis 1956, ist. Dieser Zeitabschnitt ist geprägt durch die übergroße Mehrheit der aus Sachsenhausen verlegten SMT-Verurteilten auf der einen und den zahlreichen Entbehrungen und Missständen auf der anderen Seite, die nicht zuletzt am schlecht bis gar nicht ausgebildetem Personal und der baulichen Beschaffenheit der Anlage festzumachen sind. Durch die in der deutschen Rechtsgeschichte einzigartige Übernahme des Strafvollzugs durch das Innenministerium wurde der Erziehungsgedanke durch das Primat der Unterdrückungs- und Sicherungsfunktion abgelöst. Zeitgleich erfuhr der Strafvollzug eine Ökonomisierung, die in den Anfangsjahren lediglich durch den Mangel an Produktionsstätten limitiert war. In den Arbeitsprozess wurden ausnahmslos alle Strafgefangenen eingebunden, unabhängig ob politischer Häftling oder Krimineller. Hatten die SMT-Verurteilten in den ersten Jahren des Strafvollzugs in Hoheneck den überwiegenden Teil der Gefangenen gestellt, gerieten die politischen Häftlinge zusehends zur Minderheit. Die Auswertung der Haftkarteikarten offenbart die schrittweise Verschiebung der Delinquenz, die durch die zwei Amnestien von 1954 und 1956 jeweils noch verstärkt worden war. In Korrelation mit der eingesetzten Entstalinisierung sank der Anteil der politischen Häftlinge 1957 gar auf ein Allzeittief von 8,77 Prozent. Für den Haftalltag hatte dies ganz praktische Folgen, mussten sich die Politischen nun die Zellen bisweilen mit Schwerverbrecherinnen teilen. Die zweite Phase endet mit dem Jahr 1974, wofür gleich mehrere Gründe sprechen. So tritt die DDR 1973 den Vereinten Nationen bei, in dessen Nachgang im Jahr darauf ein neues Strafvollzugsgesetz in Kraft tritt, welches die internationalen Standards zumindest auf dem Papier übernimmt. Zur selben Zeit vermeldet Hoheneck aber auch mit 1.483 Strafgefangenen die höchste Jahresdurchschnittsbelegung, was einer Überbelegung, legt man eine realistische Belegungsobergrenze von 700 Strafgefangenen zugrunde, von mehr als 100 Prozent gleichkommt. Damit wird selbst die auf 1.250 SG festgelegte totale Belegungsgrenze überschritten. Ebenso gelingt es den Verantwortlichen erst im Jahr 1974 den ständigen Wechseln an der Anstaltsspitze ein Ende zu setzen und mit Wolfgang Veit personelle Stabilität zu gewährleisten. Da in der Zeit zwischen 1957 und 1974 die Zahl der politischen Häftlinge in toto zurückging, traten die eher frauentypischen Delikte wie Diebstahl und Betrug in den Vordergrund und dominierten mit durchschnittlich 43 Prozent die Statistik deutlich. Im Vergleich betrug der Anteil der Politischen im selben Zeitraum rund 24 Prozent, wobei allein davon 58 Prozent auf den Straftatbestand der Republikflucht entfielen. Der Vollzug von Freiheitsstrafen erfuhr in den siebziger Jahren innerhalb kurzer Zeit gleich zweimal deutliche Korrekturen. Dem ersten Strafvollzugsgesetz (StVG) von 1968 waren im kurzen Abstand in den Jahren 1974 und 1977 zwei weitere gefolgt. Die im StVG von 1974 festgelegte Kategorisierung nach vier Vollzugsarten (erleichtert, allgemein, streng, verschärft) war realitätsfremd und in Hoheneck aufgrund der baulichen Gegebenheiten auch nicht umzusetzen. In keiner Weise entsprach diese Klassifizierung den modernen Standards, wie sie etwa in der Bundesrepublik galten, die lediglich zwischen allgemeinem und erleichtertem Vollzug unterschieden. Da politische Häftlinge generell als besserungsunwillig galten, wurden sie stets zum allgemeinen Vollzug verurteilt. Auffällig für die Zeit von 1975 bis 1989/90 ist der deutliche Rückgang des Gesamtbestandes nach dem Rekordhoch von 1974. Seit 1977 entwickelt sich der Anteil politischer Häftlinge, in ihrer übergroßen Mehrheit immer noch Republikflüchtlinge, in etwa analog zum Gesamtbestand der Strafgefangenen, d.h. steigt dieser, steigt mit ihm der Anteil der politischen Häftlinge. Lediglich die Jahre 1982 bis 1985, als der Anteil politischer Häftlinge dramatisch zugenommen hat, bilden hier eine Ausnahme. Andererseits fällt auf, dass der §249 („asoziales Verhalten“) häufiger als in den Jahren zuvor als Verurteilungsgrund herangezogen worden ist. Dabei blieb die Anwendung nicht auf die Strafverfolgung vermeintlich gesellschaftlich Desintegrierter beschränkt, sondern fand z. B. auch bei der Aburteilung eben von Republikflüchtlingen oder gewöhnlicher Diebinnen Anwendung. Durch eine letzte Amnestie von 1987, auf die die Anstaltsleitung nicht vorbereitet war, sank der Jahresdurchschnitt im Folgejahr auf gerade einmal 211 Strafgefangene.

Das Diktat der Ökonomie war die den Haftalltag alles überlagernde Signatur. Unter dem Deckmantel des Erziehungsanspruches mit dem postulierten Ziel die Gefangenen (wieder) zu vollwertigen und nützlichen Mitgliedern der Gesellschaft zu machen, wurden die Insassen der ostdeutschen Gefängnisse zur Zwangsarbeit herangezogen. Mussten die Frauen in Hoheneck anfangs noch Uniformen für die SV-Bediensteten anfertigen und hauptsächlich die Logistik der Strafanstalt unterstützen, stellten sie später Damenstrumpfhosen her, montierten Elektro-motoren oder nähten Bettwäsche für westdeutsche Versandhäuser, die freigekaufte Häftlinge dann auch im Sortiment westdeutscher Einzelhändler wiedererkannten. Eigens für die Arbeit hinter Gittern hatten VEBs der Region Verträge mit der Strafvollzugsanstalt geschlossen, die ihrerseits Arbeitskraft und Räumlichkeiten kostengünstig zur Verfügung stellte. Seitens der Betriebe wurden Zivilarbeiter nach Hoheneck entsandt, die die Arbeit beaufsichtigten und den Strafgefangenen vorgesetzt waren. Die Arbeit als solche, meist im Dreischichtsystem und monoton, musste dabei unter grober Vernachlässigung der Arbeitsplatzsicherheit, an veralteten Maschinen, unter hohem Druck und im Wettbewerb mit den anderen Kommandos erledigt werden. Auch dank der billigen Arbeitskraft wurde die Produktion innerhalb der Gefängnis-mauern schnell ein fester Bestandteil der Planwirtschaft, was besonders dann offensichtlich wurde, wenn Amnestien dazu geführt hatten, dass die selbstverständliche Plan(über)erfüllung in Gefahr geraten war. Einen Teil des Lohnes, über welchen die Strafgefangenen in Hoheneck verfügen durften, konnten sie nutzen, um im hauseigenen HO über-teuerte Dinge für den all-täglichen Bedarf zu kaufen.

Ein bisher kaum beachtetes Kapitel ist die medizinische Versorgung der Strafgefangenen. Grundlegendes Problem hierbei ist die schwierige Aktenlage, die auch durch Parallelüberlieferungen anderer Anstalten nicht zu kompensieren ist. Zusätzlich zur Betreuung durch medizinisches Personal dienen daher auch infrastrukturelle Gegebenheiten wie Warmwasserversorgung, Heizung oder sanitäre Anlagen als Indikatoren für den Stellenwert der Gesunderhaltung.

Die ersten Jahre in Hoheneck waren durch die unhaltbaren hygienisch-sanitären Zustände und der steten Bedrohung an Tuberkulose zu erkranken geprägt, wobei das anfängliche Fehlen eines Anstaltsarztes wesentlich zur mangelhaften Versorgung der Strafgefangenen beitrug. Noch im Jahr 1952 zählten gerade sechs Angestellte zum medizinischen Personal, welches für die Gesundheit von etwa 1.200 Gefangenen verantwortlich war. Im Laufe der Zeit hat sich aber auch in Hoheneck die medizinische wie sanitäre Versorgung, wenn auch nur langsam, gebessert. So erhielt in den Jahren 1975/1976 der 1863 erbaute Westflügel erstmals eine zentrale Warmwasseraufbereitung. Mitte der achtziger Jahre wurde dann auch mit dem Neubau eines Heizhauses begonnen. Für die Modernisierung der Krankenhausabteilung 1986/87 war gar ein Investitionsvolumen von 170.000 Mark bereitgestellt worden. Nicht zuletzt hat auch die erhebliche Entspannung der Belegungssituation zur Entspannung der Gesamtlage beigetragen.

Die Rekonstruktion und Analyse der Vorgänge in und um Hoheneck fußen auf umfassendem Quellenmaterial unterschiedlichster Provenienzen. Neben dem hauptstädtischen Bundesarchiv, den Sächsischen Staatsarchiven Chemnitz und Dresden, der BStU nähren auch das Archiv des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland und die unverzeichneten, aber unverzichtbaren Bestände der JVA Waldheim das Wissen um die Strafvollzugsanstalt. Weil ein Zugang zu den Personalakten ehemaliger Bediensteter aufgrund eines selbstreferenziellen Systems des Sächsischen Justizministeriums praktisch unmöglich ist, wurden zur Kompensation dieses Umstandes vier Interviews mit ehemaligen SV-Angehörigen geführt, von denen drei selbst in Hoheneck und einer in Waldheim tätig waren. Alles in allem soll die Geschichte der Strafvollzugsanstalt unter Einbeziehung des SV-Personals, der MfS-Mitarbeiter, unter Berücksichtigung der politischen Rahmenbedingungen, selbst gesetzter Strafvollzugsziele und des mehrseitigen Beziehungsgeflechts der involvierten Parteien einschließlich dessen brisanter Verstrickungen nachgezeichnet werden, um so den genauen Bestimmungsort im Repressionsapparat der DDR zu lokalisieren und einen Rück-schluss auf die Gesamtsituation im DDR-Strafvollzug zu zulassen.

## Kurzbiographie

Sebastian Lindner, 1980 in Altdöbern geboren, studierte Neuere Neueste Geschichte, Technikgeschichte und Germanistik/Literaturwissenschaft an der Technischen Universität Dresden. Seine Magisterarbeit thematisierte die „Arisierung in Dresden“ zwischen 1933 und 1938. Nach dem Studium war er u.a. Mitarbeiter im Frauenstadtarchiv/Zeitzeugenarchiv Dresden. Im Austausch mit einem Mitarbeiter der Stiftung Sächsische Gedenkstätten kam er zu seinem Promotionsthema.

## Vorläufige Gliederung

- I. Einleitung
  1. Quellenlage
  2. Forschungsstand
  3. Fragestellung/Methodik
- II. Die Strafvollzugsanstalt Hoheneck
  1. Vorgeschichte
  2. 1950 – 1956:
    - i. Von Sachsenhausen nach Hoheneck – die SMT-Verurteilten und die VP
    - ii. Gefangenenstruktur
    - iii. Die Kinder der Landesregierung
    - iv. Arbeitseinsatz für die Haftanstalt
    - v. Medizinische Versorgung
  3. 1957 – 1974:
    - i. NS-Verbrecherinnen
    - ii. Gefangenenstruktur
    - iii. Arbeitseinsatz und Erziehung
    - iv. Die politisch-operative Arbeit des MfS in Hoheneck
    - v. Medizinische Versorgung
    - vi. Personalroulette – Der stetige Wechsel an der Anstaltsspitze
  4. 1975 – 1989/90:
    - i. Gefangenenstruktur - §213 und asoziales Verhalten
    - ii. Arbeitseinsatz
    - iii. Medizinische Versorgung – Medizin und Psychologie in Hoheneck
    - iv. Doppelte Überwachung – Personal und Gefangene unter Beobachtung des MfS
    - v. Amnestie 1987
- III. Verunsicherung als Zeichen des politischen Umbruchs  
Erinnern – Mahnen – Gedenken
- IV. Zusammenfassung
- V. Abkürzungsverzeichnis
- VI. Chronologie
- VII. Anhang
  1. Statistiken
  2. Dokumente
- VIII. Quellen- und Literaturverzeichnis
- IX. Register

## Schwarzhörer, Schwarzseher und heimliche Leser Die DDR und die Westmedien

von Franziska Kuschel

Ende Juli 1961 leitete das Ministerium für Staatssicherheit ein Ermittlungsverfahren ein gegen Bruno Meyer<sup>5</sup>. Meyer war Bürgermeister von Eichenroda<sup>6</sup> im Bezirk Erfurt. Was hatte er getan? Er hatte einige Jahre lang Abende organisiert, bei denen Bürger gemeinsam Westfernsehen schauen konnten. Damit habe er Menschen gegen die DDR beeinflusst und überdies seine staatliche Funktion als Bürgermeister missbraucht, so die Stasi. Sie übergab den Fall der Erfurter Bezirksstaatsanwaltschaft.

Man musste kein Funktionär sein, um in der DDR der fünfziger und sechziger Jahre vor Gericht gestellt zu werden, weil man zusammen mit Freunden und Bekannten das Fernsehen des Klassenfeinds eingeschaltet hatte. Der Fall des Bürgermeisters zeigt jedoch, wie stark die DDR-Staats- und Parteiführung an die Macht der Medien glaubte. Medien bargen für sie Hoffnung und Furcht zugleich. Auf der einen Seite wollte die SED die Bevölkerung über Rundfunk, Fernsehen, Zeitungen und Bücher von ihren Zielen und Maßnahmen überzeugen, auf der anderen Seite fürchtete sie sich vor der Wirkung der Westmedien.

Im Verständnis der SED war die Medienpolitik zuerst eine Machtfrage: Wer Fernsehen und Zeitungen beherrschte, beherrschte die Köpfe der Bürger. Umso wichtiger war der Kampf gegen feindliche Einflüsse aus Westdeutschland und West-Berlin. Freie Informationen aus dem Lager des Imperialismus zerstörten das Meinungsmonopol der Partei, begrenzten ihre Deutungsmacht und bedrohten ihre Herrschaft. Die SED hatte recht, zumal die Leute zwischen Rostock und Suhl guckten und hörten, was sie wollten, egal was sich der Staat einfallen ließ, um sie davon abzuhalten. Es war für die Führung ein Menetekel, dass die Mediennutzung ihrer Bürger zu einem der wenigen Beispiele in der Geschichte der DDR wurde, bei dem die Diktatur mit ihrem allumfassenden Kontroll- und Überwachungsanspruch vor dem Druck der Bevölkerung resignierte, lange bevor die Friedliche Revolution von 1989 die Macht der SED brach. Die Nutzungspraktiken der Bürger zwangen die SED dazu, die Parteilinie zu überdenken und ihre Herrschaftsstrategien zu verändern. Aber bis zuletzt versuchte die DDR-Führung, die Nutzung westlicher Medien einzudämmen. Don Quichotte hatte bessere Erfolgschancen.

Die Analyse dieser langwierigen und komplexen Entwicklung liefert Erkenntnisse über Einflussmöglichkeiten von Bürgern, auch des Einzelnen, über Handlungsräume in einer Diktatur und über Aushandlungsprozesse mit Blick auf Grenzen des Erlaubten oder Geduldeten. Wie der Sammelband von Richard Bessel und Ralph Jessen über die „Grenzen einer Diktatur“ zeigt, ergab sich eine Grenze bereits durch den Anspruch der DDR-Führung, die Gesellschaft im Ganzen und in ihren Gliederungen restlos zu beherrschen.

Meine Arbeit analysiert, wie sich die Medienpolitik der SED wandelte: In den fünfziger und sechziger Jahren verfolgt und unterdrückt die Staatsmacht die Radiohörer, Fernsehzuschauer und Leser. Sie will abschrecken, disziplinieren und erziehen. Als dies aussichtslos erscheint, verfällt die Staatspartei in den siebziger und achtziger Jahren zunehmend in TV-Lethargie. Die DDR-Bürger gucken Westfernsehen, die Staatsmacht schaut zu. Vor der Niederlage gegen das Westfernsehen aber hatte die SED alle Register gezogen, um die Nutzung westlicher Medien zu verhindern: Störsender und Postkontrollen, politischer und sozialer Druck durch Kampagnen sowie juristische Verfolgung. Dazu gehörte auch der Versuch, die Wirkung von Westfernsehen und Westradio durch eigene Programmangebote einzudämmen.

Die Dissertation erweitert jedoch die Perspektive und nimmt neben der Medienpolitik der SED auch den Nutzer in den Blick. Sie sucht eine Antwort auf die Frage, wie sich Individuen Herrschaftsstrukturen aneignen. Es handelt sich um das auf die DDR angewandte, jedoch verfeinerte Konzept des Eigen-Sinns, wie es Alf Lüdtke und Thomas Lindenberger vorge-

---

<sup>5</sup> Name geändert, F. K.

<sup>6</sup> Name geändert, F. K.

schlagen haben. Es ermöglicht, jenseits der Dichotomie von Anpassung und Widerstand eine Vielzahl von Motiven und Strategien bei der Nutzung westlicher Medien zu analysieren. Das Spektrum des eigen-sinnigen Umgangs mit Westmedien umfasst die bewusste Abstinenz ebenso wie das heimliche Tauschen von Zeitschriften, das bewusste Radiohören in der Öffentlichkeit oder die Kontaktaufnahme zum Westsender via Hörerbrief. Der Eigen-Sinn zeigte sich aber vor allem im Mut, in der Beharrlichkeit und im Erfindungsreichtum vieler DDR-Bürger, die sich weder durch Strafe noch durch Verlockung davon abhalten ließen, ARD und RIAS zu sehen und zu hören.

Betrachtet man die vier Jahrzehnte der DDR, so lassen sich verschiedene Phasen im Umgang mit Gesendetem und Gedrucktem aus dem Westen sowie seinen Zuschauern, Hörern und Lesern benennen. Zäsuren wie der Mauerbau spiegeln sich in dieser Darstellung genauso wie die politische und technische Entwicklung der Medien.

### *Herr Zacharias warnt*

Seit Gründung der DDR sah sich deren Führung durch Westmedien herausgefordert. Die beiden deutschen Staaten trugen den Wettkampf der Systeme im Kalten Krieg nicht zuletzt über die Massenmedien aus. Die Bundesrepublik Deutschland verfügte, ebenso wie die westlichen Alliierten, mit dem inmitten der DDR gelegenen West-Berlin über einen strategisch guten Ausgangspunkt, TV- und Radiosendungen auszustrahlen. Die audiovisuellen Medien, in den fünfziger Jahren vor allem der Rundfunk, nahmen eine besondere Stellung ein, gab es für sie doch keine Grenze. Bis zum Bau der Mauer im August 1961 war es Einwohnern der DDR zudem leicht möglich, bei einem Besuch im Westteil Berlins Zeitungen und Bücher zu kaufen oder in Grenzkinos Westfilme zu sehen. Die Staats- und Parteiführung der DDR hatte den feindlichen Medien nichts Vergleichbares entgegensetzen und begriff deren Einfluss als Bedrohung. Von Beginn an war die SED bemüht, zu kontrollieren und zu lenken, was die DDR-Bürger sahen, hörten und lasen. Doch die mediale Konkurrenz des Westens untergrub tagtäglich die Bestrebungen der Einheitssozialisten, ein Informations- und Meinungsmonopol zu schaffen.

In besonders scharfer Form bekämpften die DDR-Oberen den RIAS und seine Hörer. In der Hochphase der Spionagehysterie der fünfziger Jahre galt der Partei jeder RIAS-Hörer potenziell als Agent des Westens. In monatelangen Kampagnen schürten die Agitatoren immer aufs Neue das Feindbild des amerikanisch kontrollierten RIAS. Mit Unterschriftenaktionen und Bekenntnissen, keine „Hetzsender abzuhören“, sollten Belegschaften und Schulklassen mobilisiert werden, nur die „richtigen“ Rundfunksender einzuschalten. Die DDR-Satirezeitschrift „Frischer Wind“ veröffentlichte 1952/53 mehr als ein Jahr lang wöchentlich eine Bildergeschichte über Herrn Zacharias, deren Ziel allein darin bestand, die Leser vor den Gefahren zu warnen, die das Hören des RIAS heraufbeschwor. Die Botschaft war klar: Der Staat duldet es nicht, „Feindsender“ zu hören, und wer es trotzdem tat, musste mit Strafe rechnen.

Ein Höhepunkt war die Kampagne anlässlich eines Schauprozesses gegen fünf Bürger, die im Juni 1955 als vermeintliche RIAS-Agenten vor dem Obersten Gericht der DDR angeklagt wurden. Vier erhielten langjährige Zuchthausstrafen, einer wurde zum Tode verurteilt und hingerichtet. Die Führung inszenierte weitere Gerichtsverfahren gegen Westfernsehgucker, die oft agitatorisch begleitet wurden. Besonders beliebt waren öffentliche Erklärungen aus Betrieben und Behörden, in denen die Abtrünnigen verdammt wurden. Die Urteile in den Westfernsehverfahren seit Ende der fünfziger Jahre fielen jedoch nicht annähernd so drastisch aus wie beim RIAS-Schauprozess 1955. Doch dienten auch sie nicht weniger der Abschreckung und Erziehung.

### *Feindbild „geistiger Grenzgänger“*

Es sei ein „großes Glück“, den „verderblichen Einfluß“ Westberliner Kinos sowie der „Schund- und Schmutzliteratur“ beseitigt zu haben. Auch mit diesem Argument verteidigten im Sommer 1961 DDR-Funktionäre den Mauerbau. Nachdem die SED die Bevölkerung von diesen Gefahren abgeschottet hatte, widmete sie sich den „geistigen Grenzgängern“. In der

Aktion „Blitz kontra NATO-Sender“ holten Ordnungsgruppen der FDJ so genannte Ochsenköpfe von den Dächern. Das waren Antennen, die auf den westlichen Sender Ochsenkopf gerichtet waren. Oder sie bauten die Kanalstreifen in den Fernsehgeräten aus, die einen Westempfang ermöglicht hätten. Oft verriet die Ausrichtung der Dachantenne den Nutzer westlicher Programmangebote.

Die Aktionen der Dachkletterer in den Bezirken unterschieden sich stark. Im September und im Oktober 1961 erfolgten vor allem im Bezirk Leipzig und in den Grenzkreisen Zwangsmaßnahmen gegen die „Unbelehrbaren“. Auch danach wurden Westmediennutzer in den grenznahen Gebieten schikaniert. Dort waren Westsender gut und DDR-Sender häufig schlecht zu empfangen. In Grenzkreisen ohne DDR-Empfang war es einige Jahre lang nicht möglich, ein Fernsehgerät zu kaufen, und TV-Besitzer wurden aufgefordert, ihr Gerät bei der Post abzumelden.

Doch nicht jeder nahm die Demontage der Antenne oder den Einzug des Fernsehapparats hin. Viele installierten stillschweigend eine Antenne unter dem Dach. Andere Bürger wehrten sich tätlich dagegen, dass Funktionäre ihre Antennen entfernten, und wurden vor Gericht gestellt. In Berichten der FDJ-Bezirksleitungen ist die meist offene und deutliche Kritik an den Zwangsmaßnahmen aus vielen Teilen der Bevölkerung überliefert – von Eltern, Lehrern und sogar von Funktionären. Auch Eingaben beim Ministerium für Post- und Fernmeldewesen belegen, wie stark diese Übergriffe das Rechtsempfinden von Bürgern verletzten.

Eingaben verraten, was zu welcher Zeit als sagbar und was als nicht sagbar galt. Die Antworten zeigen, dass nicht nur der Eingabenverfasser Erwartungen und Regeln des Schreibens unterworfen war, auch die staatlichen Autoritäten nahmen ihrerseits Rücksicht auf den Eingabenverfasser bzw. dessen (vermutete) Erwartungen an den Staat. Besonders anschaulich ist dies in Fällen, bei denen die Entwürfe sowie die internen Diskussionen und Anordnungen überliefert sind. Für all diese Fragen sind die in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO) sowie weitere im Bundesarchiv in Berlin erschlossene Quellen von unschätzbarem Wert. Ebenso unerlässlich ist es, die Hinterlassenschaften des Staatssicherdienstes heranzuziehen. Ergänzt werden die Forschungen in den Zentralarchiven durch die Recherche in einem Regionalarchiv, um genauere Einblicke auf der mikrohistorischen Ebene zu erlangen.

### *Eine allmächtige Partei kapituliert?*

Der Blick auf die SED-Politik in den siebziger und achtziger Jahren offenbart Ratlosigkeit, aber auch Ambivalenz: zwischen der Duldung der „Feindsender“ – ob ohnmächtig oder geplant – und der Hybris, den Kampf gegen die Westmedien und ihre Nutzer fortzuführen. Auf der einen Seite gab es Konzessionen an die Bevölkerung und öffentliche Eingeständnisse der nicht mehr zu leugnenden Wirklichkeit. Auf der anderen Seite aber versuchte die DDR-Führung nach dem Ende der Ära Ulbricht weiterhin, den Empfang von Westsendern zu behindern, wenn auch nicht mehr so drastisch wie zuvor.

Im Jahr 1973, auf der 9. Tagung des ZK der SED, verkündete Erich Honecker, Westmedien könne man „jederzeit nach Belieben ein- oder ausschalten“. Mit diesen dünnen Worten gestand die Führung ihre medienpolitische Bruchlandung ein. Ende der siebziger Jahre bot der Handel sogar PAL-Fernsehgeräte und -Decoder an, die es ermöglichten, das bundesdeutsche Fernsehen in der DDR in Farbe zu empfangen. Die Oberen hatten resigniert angesichts der weitverbreiteten Praxis in der Bevölkerung, PAL-Decoder zu schmuggeln oder zu basteln. Mit dem Verkauf so genannter Zwei-Norm-Empfänger kapitulierte die SED vor der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Endgültig gescheitert war nun ihr Versuch, mit der Einführung des von den Franzosen entwickelten SECAM-Systems Mitte der sechziger Jahre den Konsum bundesdeutscher PAL-Programme zu behindern.

Und doch verhielt sich die DDR-Führung bis zum Ende widersprüchlich. Das Ministerium für Staatssicherheit verschärfte seine Postkontrollen, um mehr Hörer- und Zuschauerbriefe an Westmedien abzufangen, und Gerichte der DDR verurteilten Briefverfasser. Noch in den achtziger Jahren erwog die Führung Möglichkeiten, westliche Fernsehsender zu stören (verwarf sie aber als technisch nicht machbar), und beim Ausbau des eigenen Sendernetzes

nutzte sie jede Chance, den ZDF-Empfang wenigstens in einzelnen Gebieten zu überlagern. Die SED beschäftigte dabei allerdings stets die Sorge vor den Reaktionen in der Bevölkerung auf diese technischen Maßnahmen, die sie zugleich aber als Punktsiege im Kampf gegen das Westfernsehen begriff.

Was Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre kaum jemanden mehr störte, sollte kurz nach dem Mauerbau Eichenrods Bürgermeister Bruno Meyer in Teufels Küche bringen. Eine Weisung von oben machte dem zögerlichen Erfurter Bezirksstaatsanwalt Dampf. Der zuständige Ost-Berliner Justiz-Instrukteur rügte scharf, die Staatsanwaltschaft habe die Bedeutung des Verfahrens gegen den Mattscheibenverbrecher nicht erkannt. Die DDR-Führung wollte nämlich nach dem Mauerbau mit Westfernsehverfahren wieder in die Offensive kommen beim Kampf um die Köpfe. Die Bezirksstaatsanwaltschaft aber wusste lange nicht, nach welchen Paragrafen sie anklagen sollte. Selbstverständlich beseitigte das Machtwort aus Ost-Berlin alle Spitzfindigkeiten, und Anfang November 1961 ging auch dieser Fall seinen Gang. Das Erfurter Bezirksgericht verurteilte Bruno Meyer zu einer zweijährigen Gefängnisstrafe. Wer zu früh Westfernsehen guckte, den bestrafte die DDR-Justiz.

### **Kurzbiographie**

Franziska Kuschel, 1980 in Lübz geboren, studierte Geschichte und Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin und der Universität Potsdam. Mit ihrer Magisterarbeit über den Schauprozess gegen den RIAS in der DDR Mitte der fünfziger Jahre beendete sie im Jahr 2007 ihr Studium. Anschließend arbeitete sie als Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Europäische Geschichte an der Humboldt-Universität. Sie ist Mutter eines Sohnes.

## **Gliederung**

Einleitung

### **Teil I: Vorgeschichten**

- 1 „Schmutz und Schund“
- 2 Schwarzhörer und ihre Verfolgung
- 3 Kino

### **Teil II: 1949–1961: Krieg um die Köpfe**

- 1 Öffentlichkeit(en) und westliche Medienangebote in der DDR
  - 1.1 Rundfunk und Fernsehen
  - 1.2 Zeitungen, Zeitschriften und andere Druckerzeugnisse
  - 1.3 Grenzkinos
- 2 „Feindsender“ RIAS und Co.
  - 2.1 Die Kampagnen 1952/53 und folgende
  - 2.2 Empfangsbehinderungen und Mediennutzungskontrollen: der 17. Juni 1953 und die Folgen
  - 2.3 Strafverfolgung: Rechtsgrundlagen und Verfolgungspraxis
  - 2.4 Prozesse als Medienereignisse
- 3 Fernsehen in der DDR
  - 3.1 Die Vision des neuen Mediums
  - 3.2 Von Fernsehstuben zum Heimempfang
  - 3.3 „Organisiertes Westfernsehen“ vor Gericht
- 4 „Schund und Schmutz“ und andere westliche Printmedien
  - 4.1 „Pressemauer“
  - 4.2 Die Überwachung der Lesezirkel in der DDR
  - 4.3 Der Kampf gegen „Schund und Schmutz“
- 5 Der „ideologische Grenzgänger“
  - 5.1 Nutzungsgewohnheiten
  - 5.2 Hörerversammlungen, Zuschauerbriefe und Eingaben
  - 5.3 Der „ideale Konsument“

### **Teil III: 1961–1971: Der Kampf gegen „geistige Grenzgänger“**

Exkurs: „Der unbekannte Hörer drüben“: westliche Programmangebote und die Medienpolitik der Bundesrepublik nach dem Bau der Mauer

- 1 Der Mauerbau und die Folgen
  - 1.1 Die „Aktion Ochsenkopf“
  - 1.2 Fernsehempfang in den Grenzkreisen der DDR
  - 1.3 Westliche Printmedien nach dem Mauerbau
- 2 Das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) und der Konverterkonflikt in der DDR
  - 2.1 Neue westliche Programmangebote – alte Herausforderungen
  - 2.2 Die Einführung des II. Programms des DDR-Fernsehens
- 3 Justiz und Propaganda in den sechziger Jahren
  - 3.1 Feindbild Westmedien
  - 3.2 Der „Schwarze Kanal“
  - 3.3 Hörerbriefschreiber und ihre Verfolgung
  - 3.4 Antennenbauer vor Gericht



- 4 Konsumentenstrategien im Umgang mit den Westmedien
- 4.1 Konstanten und Änderungen in der Westmediennutzung
- 4.2 Von Nachtantennen zu Antennengemeinschaften
- 4.3 Schmuggel- und Tauschgeschichten
- 4.4 Öffentlichkeit(en) und Privatheit
- Exkurs: Vom Empfänger zum Sender – Piratensender in der DDR

- 5 Zugeständnisse an den Mediennutzer
- 5.1 Neue Spielräume für das Radio
- 5.2 Alternative Programmangebote: das Beispiel DT 64

#### **Teil IV: 1971–1989: Resignation und Kapitulation**

- 1 Von Ulbricht zu Honecker: Liberalisierung der Medienpolitik?
- 1.1 „Nach Belieben ein- oder ausschalten“: Honeckers Eingeständnis 1973
- 1.2 Wandel der Verfolgungspraxis
- Exkurs: Westmedien und widerständiges Verhalten?

- 2 Der Umgang mit westlichen Printmedien
- 2.1 Giftschränke, Literaturkästen und verplombte Koffer
- 2.2 Der (heimliche) Leser
- Exkurs: Die Leipziger Buchmessen

- 3 Der Umgang mit Rundfunk und Fernsehen
- 3.1 Das Farbfernsehen und der Konverterkonflikt in der DDR
- 3.2 Propagandistische und juristische Maßnahmen
- 3.3 Antennengemeinschaften
- 3.4 Satelliten- und Privatfernsehen in den achtziger Jahren
- Exkurs: Westmedien im „Tal der Ahnungslosen“

- 4 Programmaustausch und Programmreformen

- 5 Westmedien und die Friedliche Revolution 1989

Zusammenfassung und Fazit

## **Öffentlichkeit in der Diktatur: Möglichkeiten und Grenzen politischer Aushandlung in der DDR**

von Angelika Zahn

Im Herbst 1981 verteilten Jugendliche in Dresden Einladungen zu einer Gedenkfeier zur Erinnerung an die Bombardierung am Ende des Zweiten Weltkrieges. Ohne Einflussnahme von SED oder Kirche wollten sie sich am Jahrestag der Bombardierung vor der Ruine der Frauenkirche in einem Sitzkreis versammeln, in ihrer Mitte angezündete Kerzen in Form eines Kreuzes aufstellen, gemeinsam das Lied „*We shall overcome*“ singen und damit ihren „Wunsch nach Frieden ausdrücken“. Ihrer Einladung folgten circa sechstausend Menschen. Zwar wurde die Staatssicherheit aktiv, die Jugendlichen wurden verhört und punktuell auch bedroht. Aber ihr Vorhaben war mittlerweile in der gesamten DDR bekannt. Strafrechtliche Konsequenzen blieben aus. Stattdessen gelang es den Jugendlichen, nachhaltigen Einfluss auf die Gedenkkultur auszuüben.

Zum einen gelang es den Jugendlichen, neue öffentliche Handlungsräume dauerhaft zu erschließen. Auch in den folgenden Jahren versammelten sich am Jahrestag der Bombardierung zahlreiche Menschen an der Ruine, zündeten Kerzen an und legten Blumen nieder. Darüber hinaus wurden sich sowohl die SED als auch die Kirche der Bedeutung der Ruine im kollektiven Gedächtnis der ostdeutschen Bevölkerung gewahr. In den kommenden Jahren war die Ruine aus den städtischen Gedenkfeierlichkeiten nicht mehr wegzudenken. Die SED ergänzte ihre – bis dato kläglich besuchte – Kranzniederlegung auf dem außerhalb der Stadt gelegenen Heidefriedhof durch pompöse Feierlichkeiten mit diversen Rednern und Aufmärschen vor der Ruine der Frauenkirche. Und die Kirche knüpfte mit zahlreichen (Friedens-)Gottesdiensten zum Gedenken an die Bombardierung an den Erfolg der Jugendlichen an. Die Ruine der Frauenkirche mutierte zum Kristallisationspunkt einer vielfältigen Vergangenheitsrezeption. Den Jugendlichen ist es unverkennbar gelungen, mit der Durchsetzung ihres Ansinnens in die Herrschaftskonstituierung und -behauptung der SED einzugreifen: die Deutungsmacht der SED über die Geschichte, wesentliches Moment für die Formierung eines staatlichen Selbstverständnisses, zeigte durch ihre Initiative erste Risse. Nicht nur wurden die Grenzen zwischen privatem und öffentlichem Handeln neu gezogen, indem die bislang vor allem individuell ausgelebte Trauer über die Toten eine Präsenz im öffentlichen Raum erhielt, welche die bisherige Beachtung der Bombardierung im öffentlich artikulierten kollektiven Gedächtnis bei weitem überstieg. Auch wurde die Ruine der Frauenkirche in einem neuen Kontext situiert. Nicht mehr der Zweite Weltkrieg, sondern der Ost-West-Konflikt stand im Vordergrund: Die SED stilisierte die Ruine zum Mahnzeichen für die Folgen des westlichen Imperialismus. Die Kirche hingegen instrumentalisierte fortan den Jahrestag der Bombardierung, um die entstehende ostdeutsche Friedensbewegung unter ihrer Führung zu sammeln und an christliches Gedankengut zu binden.

Versucht man dieses Phänomen mit Foucault zu begreifen, lässt sich sagen, es hat sich eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse vollzogen – obwohl (oder gerade weil) die Gedenkfeier der Jugendlichen nicht mit politischen oder umstürzlerischen Ambitionen einherging.

Aus demokratischer Perspektive werden solche Prozesse üblicherweise begrifflich als Widerstand gefasst. Dies impliziert allerdings eine Reihe von Vorannahmen, die den Blick auf Gesellschaftskritik in der DDR verengen.

Zunächst wird die Frage vernachlässigt, inwieweit sich die Handelnden mit ihrer Kritik tatsächlich außerhalb der gesetzten Ordnung situieren. Der Fokus liegt auf den Herrschaftsstrukturen, die sich den Handelnden entgegenstellen, nicht aber auf den systemimmanenten Bedingungen, die ein Miteinander von Staat und Bürgern sowohl erfordern als auch ermöglichen. Dies wiederum hat zur Folge, dass die tatsächlichen Grenzen gesellschaftskritischen Handelns nicht offen zutage treten. Mit der binären Entgegensetzung von Beherrschten und Herrschenden werden sie vielmehr bereits in der Analyse vorgedacht. Symptomatisch für jene Sichtweise ist der Terminus ‚Gegenöffentlichkeit‘. Ende der sechziger Jahre erstmals gebraucht, sollte mit ihm auf die herrschaftsstabilisierende Funktion von Öffentlichkeit verwiesen und die idealistische bürgerlich-liberale Vorstellung einer freien gemeinschaftlichen

Verständigung über politische Werte und Normen in Frage gestellt werden. In Diktaturen werden mit ihm jene sozialen Räume bezeichnet, die dem staatlichen Zugriff vermeintlich entzogen sind und daher – so die Annahme – den Freiraum bieten, die diktatorischen Strukturen im gemeinsamen herrschaftsfreien kommunikativen Austausch in Frage zu stellen. Damit aber wird die Vorstellung von Parallelwelten zementiert, die nur als Gegensätzliches aufeinander bezogen sind. Kritik wird dergestalt in staatsferne Räume verwiesen und aus dem alltäglichen politischen Miteinander von Herrschenden und Beherrschten ausgeklammert. Nicht nur erscheinen Herrschaftsstrukturen statisch, da eine Einflussnahme der Bevölkerung auf das Selbstverständnis der Herrschenden und die gesellschaftlichen Strukturen ausgeschlossen bleibt. Auch wird davon ausgegangen, dass sich Gesellschaftskritik in Diktaturen immer in Form eines bewussten Entscheidungsaktes vollzieht, sich die Kritisierenden also gezielt außerhalb der gesellschaftlichen Ordnung situieren und ihre Kritik notwendig einhergeht mit einer generellen Kritik an den diktatorischen Strukturen. Aber auch Diktaturen müssen – ebenso wie demokratische Staaten – Räume der Aushandlung eröffnen, in denen Regierungswille und gesellschaftliche Bedürfnisse koordiniert werden. Denn ohne eine gewisse Akzeptanz und Mitwirkung seitens der Beherrschten kann Herrschaft nicht aufrechterhalten werden. Dann ist indes auch anzunehmen, dass gesellschaftliche Erwartungen auch in Diktaturen Einfluss auf staatliches Handeln ausüben.

Ich möchte vorschlagen, Öffentlichkeit nicht als fragmentarisches Netz einer Vielzahl von Teilöffentlichkeiten zu denken, sondern vielmehr als ein sich immer wieder neu strukturierendes Miteinander von Personen, Gruppen, Institutionen, etc., ob staatlicher oder privater Natur. Dann rückt der dynamische Charakter der Öffentlichkeitsherstellung in den Blick. Kritik wird dann nicht unter dem Aspekt der Durchsetzung abweichender Sichtweisen gedacht, sondern vermittelt sich als Teil einer immer wieder neuen punktuellen inhaltliche Füllung von jenen Normen, über die sich das staatliche Selbstverständnis – ob diktatorisch oder demokratisch – verstetigt. Kritik kann sich dann jederzeit und überall wirkmächtig entfalten, sie ist als Potentialität ein immanenter und beständiger Teil öffentlichen Handelns.

Wie aber lässt sich Handlungsmacht auf Seiten der Beherrschten in nicht-demokratischen Staaten denken und wie kann sich Kritik überhaupt öffentlichen Ausdruck verschaffen, um Wirksamkeit zu entfalten?

Hierfür finden sich Anknüpfungspunkte bei dem postkolonialen Theoretiker Homi K. Bhabha. Am Beispiel der oben vorgestellten Durchsetzung einer Gedenkfeier an der Ruine der Frauenkirche möchte ich im Folgenden zeigen, wie sich eine solche Handlungsmacht auf Seiten der Beherrschten empirisch erfassen lässt.

Handlungsfähigkeit entsteht für Bhabha in einem Prozess der Sinngebung. Mit dem französischen Psychoanalytiker Jacques Lacan geht Bhabha davon aus, dass sich gesellschaftliche Wirklichkeit dem Menschen über Sprache vermittelt, indem Zeichen, Symbolen und Dingen eine Bedeutung zugeschrieben wird. Bhabha unterscheidet – wie auch Lacan – drei Ebenen, innerhalb derer Bedeutung konstituiert wird. Die grundlegendste aller Bedeutungszuschreibungen ist die Konstruktion der eigenen Identität auf der imaginären Ebene und der hieran anknüpfende Blick auf die Welt. Sie gleicht dem Blick in einem Spiegel. Ohne den korrigierenden Einfluss anderer bleiben diese subjektiven Sinndeutungen gefangen in den (weithin unbewussten) eigenen Idealen und Bedürfnissen. Erst auf einer zweiten, der symbolischen Ebene, in der Kommunikation mit den Mitmenschen, erhalten Bedeutungszuschreibungen gesellschaftspolitische Relevanz. Hier existiert ein allen Menschen gemeinsamer Vorrat an möglichen Bedeutungszuschreibungen, der ein gegenseitiges Verstehen ermöglicht. Zugleich ist die symbolische Ebene auch jener Ort, in dem unterschiedliche Identitäten und mit ihnen ebenso unterschiedliche (imaginäre) Sinndeutungen aufeinanderprallen und miteinander in Einklang gebracht werden müssen. Hier findet sich jener Moment, in der Handlungsmacht – und somit auch Kritik – ihre Wirkmächtigkeit entfaltet. Daneben nennt Lacan als dritte Ebene noch das Reale: das Unvorhergesehene, Zufällige oder auch Traumatische. Seine Einordnung in die symbolhaft gedeutete Wirklichkeit steht noch aus.

Die symbolische Ordnung ist zwar einerseits vorgängig, da sie immer schon gegeben ist. Das Individuum wird in sie hineingeboren und bekommt sie durch seine Umgebung vorgelebt. Zugleich ändert sich die symbolische Ordnung fortwährend – denn mit jeder Äußerung werden neue Bedeutungszuschreibungen vorgenommen. Das Individuum wirkt somit auch

immer aktiv an der fortwährenden (Um-)Gestaltung der symbolischen Ordnung mit. Die symbolische Ordnung, in der der Mensch seine Wirklichkeitsdeutungen mit anderen teilt, bleibt also notwendig unabgeschlossen. Bedeutungskonstituierung erfolgt kontextabhängig mit der immerwährende (Neu-)Verortung des Zeichens im Zeichensystem im Moment der Artikulation.

Hier indes knüpft Bhabha an. Eben jene Unabgeschlossenheit muss ihm zufolge nämlich verhindert werden, wenn Herrschaft gegen den Willen der Beherrschten aufrechterhalten werden soll. Denn Herrschaft bedarf, so Bhabha, der Aufrechterhaltung einer Differenz zwischen Herrschern und Beherrschten, da nur das Anderssein der unterworfenen Subjekte eine Rechtfertigung ihrer Beherrschung ermöglicht.

Wenn sich Bedeutung im Gefolge der Artikulation immer wieder neu hervorbringt, Herrschaft indes der Fixierung einer Differenz zwischen Herrschern und Beherrschten bedarf, dann ist Herrschaftsausübung gleichbedeutend mit der gewaltsamen Schließung jener Verweisungszusammenhänge, in welchen sich die vermeintliche Überlegenheit der Herrschenden manifestiert. Das heißt, den beherrschten Subjekten muss die Macht genommen werden, selbsttätig Bedeutung zu schaffen und dergestalt ihr eigenes historisches Begehren ins Spiel zu bringen, um die Formierung des Selbstverständnisses der dominierenden Gemeinschaft auf sich selbst beschränken zu können.

Ein solchermaßen allein auf sich selbst bezogenes Selbstverständnis gleicht, so schlussfolgert Bhabha, der von Lacan beschriebenen Deutung der Wirklichkeit in ihrer imaginären Dimension: die Konstruktion einer Identität, die dem Blick in einen Spiegel ähnelt, gefangen in der Selbstreflexion ohne Einbeziehung des Anderen.

Bhabha bezeichnet es auch als pädagogische Seite in der Formierung nationaler Identität. In ihr kommt der Wille der Führungselite zum Ausdruck, Einfluss auf das nationale Selbstverständnis zu nehmen. Der Verbreitung des Pädagogischen dienen vor allem die Massenmedien. Entsprechend möchte ich zunächst am Beispiel eines Zeitungsartikels aufzeigen, wie sich diese imaginäre Konstitution eines kollektiven Selbst-Bewusstseins ausformt. Der Autor berichtet über eine Kranzniederlegung am Dresdner Heidefriedhof, die bis zu der Initiative der Jugendlichen üblichen Form des öffentlichen Gedenkens an die Bombardierung Dresdens.

In seinem Bericht stilisiert der Autor den Erinnerungsgegenstand – die Bombardierung – zum Ergebnis einer von den Engländern und Amerikanern grundlos ausgeübten aggressiven Zerstörungswut. Mit Blick auf die Gegenwart konstatiert er eine Fortführung ihrer Handlungsweisen in dem nunmehr von ihnen repräsentierten westlichen Militärbündnis, der NATO. Ihre Bedrohlichkeit fixiert er in einem Täter-Opfer-Dualismus, mit welchem er unter Ausblendung des historischen Kontextes die eigene Unschuld begründet. Auf dieser Grundlage erscheint die den Bericht abschließende moralische Verurteilung des vermeintlich bis heute fortdauernden kriegstreibenden Verhaltens der NATO folgerichtig. Um diese Lesart auch unter seinen Leserinnen und Lesern zu gewährleisten, konstruiert er ihnen gegenüber ein Autoritätsverhältnis, indem er unter Berufung auf die Opfer der Bombardierung ein Verhältnis der Schuld entwirft, aus dem heraus er die Notwendigkeit für seine LeserInnen ableitet, die Erinnerung an die Bombenopfer durch Reflektion und aktives Engagement in der Gegenwart einzubinden. Das Wissen des Autors über die adäquate Einbettung der Erinnerung an die Bombardierung in den ‚richtigen‘ Kontext kreiert Distanz zu seinen LeserInnen, denen er unterstellt, dieses Wissen nicht zu besitzen.

Dieses in dem Zeitungsartikel imaginär entworfene Selbstbild bleibt für die Herrschenden aber letztlich unbefriedigend. Denn, wie Bhabha im Rückgriff auf die Psychoanalyse Lacans konstatiert, der Mensch ist durch sein grundlegendes Begehren gekennzeichnet, eine Bestätigung seiner imaginär entworfenen Identität durch seine Mitmenschen zu erhalten. Insofern erweist sich der Versuch, die Handlungsmacht anderer Subjekte zu unterbinden, das heißt, ihre Fähigkeit zur Bedeutungszuschreibung zu negieren, als eine Illusion.

Bhabha spricht von Mimikry als die spezifische Form der Kommunikation zwischen Herrschern und Beherrschten. In der Mimikry werden die von der dominanten Gemeinschaft nahe gelegten Bedeutungszuschreibungen von den Beherrschten nachgeahmt, aber nicht von ihnen verinnerlicht. Sie bleiben Bestandteil einer fremden Gemeinschaft. Diese Nachahmung hat zur Folge, dass das unterworfenen Subjekt immer nur einen Teil dessen, was die Kultur

der Herrschenden ausmacht, wiederholt. Aus Sicht der Herrschenden ist dies erwünscht, denn dergestalt bleibt dem Subjekt die Möglichkeit verschlossen, das Vorgelebte selbst zu repräsentieren und damit ‚gleich‘ zu sein. Dennoch ist die Mimikry auch bedrohlich für die Bewahrung der Herrschaft. Denn die fehlende Verinnerlichung führt dazu, dass die Beherrschten die autorisierten Formen der Interpretation umwerten, indem sie das Vorgegebene mit ihrem eigenen Selbstverständnis ergänzen und es damit – trotz der Versuche der Herrschenden, ebendies zu verhindern – in neuen Kontexten deplatzen. Mit der Einbettung der eigenen Bedeutungszuschreibungen in neue Kontexte spürt der Herrschende das Urteil der unterworfenen Subjekte über sein imaginär entworfenes Selbstbild; eine Fähigkeit der unterworfenen Subjekte, die er nicht zu unterbinden vermag und die seine Bedeutungszuschreibungen verfremdet.

Eben dies evozierten die Jugendlichen mit ihrer Gedenkfeier. Mit ihrem vermeintlich unpolitischen Erinnern an die Bombardierung in einem Kontext jenseits der festgefügtten Bedeutungszuschreibungen offenbarten die Jugendlichen eine Kluft zwischen dem individuellen Blick der Dresdner Bürger auf die Bombardierung ihrer Stadt und die von SED und Kirche forcierte Deutung in den öffentlichen Erinnerungsritualen. Damit durchbrachen sie die binäre Opposition von Kirche und SED und nötigte beide Institutionen zu einem Miteinander, damit diese ihr jeweiliges imaginäres Selbstverständnis beibehalten konnten: Die SED konnte den Schein ihrer vermeintlich in der Bevölkerung akzeptierten Überlegenheit nur wahren, indem sie die Kritik der Jugendlichen in das bereits von ihr eingestandene Andere, nämlich in die Kirche, verlagerte und damit deren Bedrohlichkeit auflöste. Dergestalt blieb den Jugendlichen eine Kriminalisierung ihres Tuns erspart. Die Kirche hingegen konnte sich das Recht auf eigene Signifizierungen jenseits der staatlichen Deutungsmuster nur bewahren, indem sie den Jugendlichen eben dieses Recht verwehrte und die staatliche Schuldzuweisung akzeptierte. Die Jugendlichen selbst wurden von beiden Institutionen in ihrem Anderssein weiterhin negiert und nur soweit mit ihren eigenen Vorstellungen wahrgenommen, sofern diese der erwünschten Einbettung in die eigenen Bedeutungszuschreibungen nicht widersprachen. Dies jedoch ermöglichte wiederum die zwar stillschweigende, aber nichtsdestotrotz dauerhafte Präsenz eines unabhängigen Gedenkens in der Öffentlichkeit.

## **Kurzbiographie**

Angelika Zahn, geb. 1968, promoviert bei Prof. Gerhard Wagner in Frankfurt im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften zu dem Thema: ‚Öffentlichkeit in der Diktatur. Möglichkeiten und Grenzen politischer Aushandlung in der DDR‘.

## **Inhaltsverzeichnis**

### **Einleitung**

### **Problematisierung der Begriffe ‚Öffentlichkeit‘ und ‚Gegenöffentlichkeit(en)‘**

1. Die freie Meinungsfindung unter Gleichen als normative Implikation des Öffentlichkeitsbegriffs bei Habermas
2. Die Vorstellung pluraler Öffentlichkeiten und ihre Konsequenzen

### **Fallanalyse: Durchsetzung einer Gedenkfeier an der Ruine der Frauenkirche in Dresden im Jahr 1982**

#### **1. Methodische Grundlegung**

- 1.1 Begründung des Auswertungsverfahrens
- 1.2 Ablauf der Auswertung

### 1.3 Darstellungsform der Analysen

## 2. Analyse

### **2.1 Das kollektive Erinnern an die Bombardierung Dresdens als Teil staatlicher Selbstinszenierung: Die offizielle Selbstdarstellung in der Zeitung**

2.1.1 Analyse eines Zeitungsartikels über die Kranzniederlegung am Heidefriedhof

2.1.2 Fallstruktur

### **2.2 Der Stein des Anstoßes: Die Einladung zu einer öffentlichen Gedenkfeier**

2.2.1 Analyse des von Jugendlichen verbreiteten Flugblattes zur Bekanntmachung ihres Vorhabens  
Fallstruktur

### **2.3 Die Suche nach dem ‚richtigen‘ Verantwortlichen: Die Gedenkfeier im Fokus der Staatssicherheit**

2.3.1 Analyse des Abschlussberichtes zum Operativen Vorgang ‚Ruine‘ der Staatssicherheit

2.3.2 Fallstruktur

### **2.4 Zwischen Handlungszwang und Handlungswillen: Die Selbstpositionierung der Kirche**

2.4.1 Analyse einer internen kirchlichen Niederschrift über das Vorhaben der Jugendlichen

2.4.2 Fallstruktur

### **2.5 Versuch der Integration: Gespräche über eine potentielle Mitwirkung der Kirche an den städtischen Gedenkfeierlichkeiten**

2.5.1 Analyse einer internen kirchlichen Niederschrift über ein Gespräch mit dem Rat des Bezirks Dresdens im Jahr 1984

2.5.2 Fallstruktur

### **2.6 Akzeptanz: Duldung der alljährlichen unabhängigen Versammlungen an der Ruine der Frauenkirche**

2.6.1 Analyse einer Textstelle der Staatssicherheit aus dem Jahr 1984

2.6.2 Fallstruktur

## Diskussion

